



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

"Arbeit und Beruf" in den 1920er-Jahren
eine Zeitschriftenanalyse

verfasst von | submitted by

Alexander Stadler BEd BA MEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von | Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1.	Forschungsfrage und Forschungsstand.....	1
1.2.	Auswahl der Zeitschrift und der Analysegebiete	3
1.3.	Methodik der Analyse	5
1.4.	Gliederung der Masterarbeit.....	6
2.	Vorstellung der Zeitschrift und der Jahrgänge bzw. Ausgaben	8
2.1.	Zeitschrift „Arbeit und Beruf“	8
2.2.	Jahrgang 1925.....	10
2.3.	Jahrgang 1926, Ausgabe A.....	14
2.4.	Jahrgang 1926, Ausgabe B	15
3.	Historische Kontextualisierung	25
3.1.	Überblick über die Wirtschaftslage in den Jahren 1925 und 1926.....	25
3.1.1.	Deutsches Reich.....	25
3.1.2.	Österreich	28
3.2.	Entwicklung der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenversorgung und der Arbeitslosigkeit	31
3.2.1.	Deutsches Reich.....	31
3.2.2.	Österreich	35
3.3.	Kontextualisierung des Fachkräftemangels.....	38
3.4.	Entwicklung der Berufsberatung im Deutschen Reich und in Österreich	40
3.4.1.	Deutsches Reich.....	40
3.4.2.	Österreich	41
4.	Allgemeine Analyse der Jahrgänge 1925 und 1926 von „Arbeit und Beruf“	43
4.1.	Jahrgang 1925	43
4.2.	Jahrgang 1926, Ausgabe A	52
4.3.	Jahrgang 1926, Ausgabe B	59
4.4.	Zwischenfazit.....	63
5.	Analyse ausgewählter thematischer Bereiche der Jahrgänge 1925 und 1926 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“.....	65
5.1.	Deutsches Reich vs. Österreich	65
5.2.	Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit	70
5.3.	Facharbeitermangel	80
5.4.	Berufsberatung.....	84
5.5.	Zwischenfazit.....	88

5.6. Exkurs: Unterrichtsbeispiel für Bildungs- und Berufsorientierung.....	89
6. Zusammenfassung	93
Verzeichnisse	95
Abkürzungsverzeichnis	95
Abbildungsverzeichnis	95
Tabellenverzeichnis.....	96
Quellenverzeichnis	97
Historische Quellen	97
Rezente Quellen	97
Literaturverzeichnis.....	98
Anhang 1: E-Mail-Faksimile.....	104
Anhang 2: Abstract.....	105

1. Einleitung

Menschen streben im Allgemeinen danach, ihr Leben so zu gestalten, dass sie zumindest eine sinnstiftende Tätigkeit ausüben. Arbeit ist für viele Menschen eine dieser sinnstiftenden Tätigkeiten und darüber hinaus die Grundlage, um ihr Leben mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung zu bestreiten. Die Berufswelt befindet sich derzeit jedoch in einem raschen Wandel. Dieser beschleunigte sich aufgrund der technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sowie im Besonderen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche in vielen Fällen Homeoffice (seit 2025: Telearbeit)¹ nötig machte und dieses damit in einer Vielzahl der Arbeitsbereiche zu einem opportunen Instrument werden ließ.

Auch vor einem Jahrhundert wurden Debatten im Themenkreis von Arbeit und Beruf geführt, die jedoch noch unter anderen Voraussetzungen als heute stattfanden und andere Gegenstände in den Fokus der Diskussion stellten. Die Entwicklungen in der Ausdifferenzierung der Berufe waren noch nicht so weit fortgeschritten wie heute. Ebenso war die Berufsbildung bzw. Berufsberatung ein Themengebiet, das langsam an Bedeutung gewann und heute im schulischen Kontext besonders bedeutsam ist.

1.1. Forschungsfrage und Forschungsstand

Wie das Literaturverzeichnis zeigt, ist die Arbeitswelt der 1920er-Jahre bereits aus mehreren Blickwinkeln erforscht worden. Eine wichtige Entwicklung ist dabei die einsetzende Rationalisierung im industriellen Bereich, welche als oberste Prämisse gesehen wurde. Diese wurde im Laufe der 1920er-Jahre immer weiter vorangetrieben.² Damit wurde eine Grundlage für Prozesse gelegt, die auch heute noch wirksam sind, indem Arbeit immer effizienter durchgeführt werden soll, sodass bessere Ergebnisse in kürzerer Zeit erreicht werden können.

Es zeigt sich darüber hinaus in der genannten Periode ein Trend zu einer besseren Ausbildung der arbeitenden Personen. Dies ist in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Rationalisierung zu sehen, da besser ausgebildete Personen komplexere Arbeiten rascher erledigen können. Die vertiefte Ausbildung erfolgte nun auch mit pädagogischen Ansätzen, um eine bessere Passung der vermittelten Inhalte an die Zielgruppen zu gewährleisten und eine

¹ Vgl. Stefan Jöchtl, Homeoffice wird zu Telearbeit. In: GÖD – Der Öffentliche Dienst aktuell 78, H. 7 (2024) 38-39.

² Vgl. Lars Bluma, Karsten Uhl (Hg.), Kontrollierte Arbeit - disziplinierte Körper?. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert (Bielefeld 2012) sowie Karin Büchter, Arbeitserfahrungen im Kontext von Produktionspolitik und Betriebserziehung — Industrialisierung, Wissenschaftliche Betriebsführung und Arbeitspädagogik der 1920er Jahre. In: Axel Bolder, Rolf Dobischat (Hg.), Eigen-Sinn und Widerstand. Kritische Beiträge zum Kompetenzentwicklungsdiskurs (Bildung und Arbeit, Wiesbaden 2009) 19-35.

Erhöhung der Effektivität der Ausbildung zu erreichen. Damit einhergehend wurde auch die Berufsorientierung sowie Berufsbildung im Sinne einer Auseinandersetzung mit möglichen Berufsbildern bereits vor dem Eintritt in das Arbeitsleben sowie einer Weiterbildung der Mitarbeitenden im Beruf immer wichtiger. In Verbindung damit stieg der Wert der individuellen Erfahrungen in den Betrieben, von denen andere Personen profitieren können. Auch diese Prozesse wirken bis heute nach und sind in den 1920er-Jahren langsam aufgekommen.³

Das Thema des Lebens in der Arbeit wird ebenso von der Literatur behandelt, indem es in Werke der Arbeiterbewegung Eingang fand.⁴ Auf diese Weise erfolgte eine Auseinandersetzung mit den damals ablaufenden Prozessen im Berufsleben sowie eine vertiefte Reflexion darüber.

Aus diesen Ausführungen zum Forschungsstand ergibt sich, dass ein grobes Bild der Arbeits- und Berufswelt der 1920er-Jahre bereits gezeichnet wurde. Ein Teil der zeitgenössischen Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex sind auch Fachzeitschriften, die heute wie damals einen Beitrag zu den diesbezüglichen Debatten leisten konnten. In den 1920er-Jahren existierte im deutschen Sprachraum eine große Zahl an Zeitschriften zu wirtschaftlichen Themen.⁵ Obgleich einzelne Zeitschriften bereits in Publikationen erforscht wurden,⁶ erfolgte eine umfassende wissenschaftliche Behandlung dieses Teilbereiches erfolgte noch nicht, so dass hier eine Forschungslücke feststellbar ist. Die dieser Masterarbeit zu Grunde liegende Forschungsfrage lautet daher:

Auf welche Weise spiegeln sich zeitgenössische facheinschlägige Debatten in den Inhalten einer wirtschaftlichen Fachzeitschrift der 1920er-Jahre im deutschsprachigen Raum wider?

Als weitere ergänzende Forschungsfragen zur Hauptfrage können die folgenden beiden Unterfragen gesehen werden:

³ Vgl. Karin Büchter, Berufsschule und Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag zwischen den 1920ern und 1970er Jahren – Die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel als blinder Fleck berufsbildungswissenschaftlicher Diskussion. In: Maja Maier, Thomas Vogel (Hg.), Übergänge in eine neue Arbeitswelt?. Blinde Flecke der Debatte zum Übergangssystem Schule-Beruf (Wiesbaden 2013) 27-47.

⁴ Vgl. Herbert Arlt, Michael Ludwig (Hg.), Literatur und Arbeiterbewegung. Dokumentation einer internationalen Konferenz vom 15.–18.10.1991 an der Volkshochschule Floridsdorf in Wien (Europäische Hochschulschriften 1354, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1992).

⁵ Vgl. Max Lederer, Grundriß des österreichischen Sozialrechts (Wien 1929) 61-68.

⁶ Vgl. Kathrin Spoerr, Recht und Revolution: Deutsche Ökonomen und ihr Einfluss auf das Recht der Weimarer Republik – eine Zeitschriftenschau 1917-1920 (Rechtshistorische Reihe 412, Frankfurt am Main 2011) sowie Irmgard Voß, Wertorientierungen in der bürgerlichen Mädchenerziehung am Beispiel der illustrierten Mädchenzeitung „Das Kränzchen“ 1888/89-1933/34 (Studien zur Kindheits- und Jugendforschung 15, Hamburg 1997).

Wie positioniert sich die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ in den Jahren 1925 und 1926 zu einschlägigen zeitgenössischen Tendenzen in für sie relevanten Themenfeldern?

Inwiefern beeinflusste die Lage in Österreich die Inhalte der genannten Zeitschrift?

Diese Masterarbeit soll dazu beitragen, die oben dargestellte Forschungslücke durch eine exemplarische Betrachtung zu schließen und eine Positionierung einer bestimmten Fachzeitschrift im Rahmen der aufgeworfenen Themenfelder vorzunehmen. Darüber hinaus sollen Verknüpfungen zu in der heutigen Zeit relevanten Debatten in der Wirtschaftswelt hergestellt werden. Zusätzlich sollen die Erfahrungen des Autors im pädagogischen Bereich als Lehrer an einer Mittelschule in die Masterarbeit einfließen, um einen umfassenderen Blick auf das behandelte Thema auch aus der heutigen Perspektive zu erhalten.

1.2. Auswahl der Zeitschrift und der Analysegebiete

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“⁷ ausgewählt, welche sich räumlich mit dem Deutschen Reich und Österreich auseinandersetzte. Inhaltlich beschäftigte sie sich mit Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandten Gebieten.⁸ Diese Publikation war im behandelten Themenfeld als Fachzeitschrift anerkannt⁹ und kann dementsprechend beispielhaft zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen werden.

Um den zeitlichen Rahmen zum Verfassen einer Masterarbeit einzuhalten, wurden zwei Jahrgänge (1925 und 1926) der erwähnten Zeitschrift selektiert, sodass einerseits eine gewisse zeitliche Breite eingehalten und andererseits der Umbruch innerhalb der Zeitschrift selbst dokumentiert werden kann. Die Zeitschrift veränderte sich während dieser beiden Jahre intern in ihrer Struktur und ergänzte sich räumlich und inhaltlich um eine weitere Ausgabe. Aus diesem Grund erscheint eine Auseinandersetzung mit der erwähnten Zeitschrift und den konkreten Jahrgängen als gewinnbringend, damit die Forschungsfrage ausreichend beantwortet werden kann.

⁷ Arbeit und Beruf. Halbmonatsschrift für die Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete. Bernau b. Berlin, Jahrgang 4, 1925 sowie Arbeit und Beruf. Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich. Bernau b. Berlin, Jahrgang 5, Ausgabe A, 1926 und darüber hinaus Arbeit und Beruf. Monatsschrift für Fragen der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich. Bernau b. Berlin, Jahrgang 1, Ausgabe B, 1926.

⁸ In Kapitel 2.1. werden nähere Informationen zur Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ bereitgestellt.

⁹ Vgl. Lederer, Grundriß des österreichischen Sozialrechts, 94.

Die Auswahl anderer, auch weiter auseinander liegender Jahrgänge, die sich gegebenenfalls in Krisenzeiten befunden hätten, wurde bewusst nicht getroffen. Derartige Krisenzeiten hätten sich mit der Zeit der Inflation im Deutschen Reich bzw. Österreich kurz vor dem gewählten Zeitraum oder mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 bzw. den daran anschließenden Banken Krisen im deutschsprachigen Raum (beispielsweise Zusammenbruch der Creditanstalt 1931) angeboten.¹⁰ Auch die Zeit des Nationalsozialismus wäre möglich gewesen; da allerdings das Erscheinen von „Arbeit und Beruf“ bereits 1934 eingestellt wurde, wäre hier kein umfassender Blick auf diese politische Periode in all ihren Facetten möglich gewesen. Die Jahre 1925 und 1926 waren nach tiefgreifenden Veränderungen Teil einer wirtschaftlich verhältnismäßig stabilen und ruhigen Phase. In einer derartigen Zeit sind geordnete, überlegte Veränderungen möglich, während in Krisenzeiten mit einer hohen Dynamik der Ereignisse Entscheidungen bzw. Veränderungen (auch aufgrund von Mangel an Informationen) oftmals überstürzt und nicht mit der nötigen Reflexionszeit getroffen werden¹¹ oder – als Gegenbewegung – nicht mehr vorhandene Stabilität mit Zuständen wie vor der Krise angestrebt wird. Weiters überstrahlt in einer Krise vielfach ein bestimmtes Thema alle anderen Themen, sodass eine monothematische Auseinandersetzung eintreten kann. Aus diesen Gründen erschien es sinnvoll, zur exemplarischen Analyse zwei Jahre auszuwählen, in denen relative Stabilität herrscht, um überlegte Veränderungen und reflektierte Auseinandersetzungen zum Gegenstand der wissenschaftlichen Beschäftigung zu machen.

Zur genaueren Analyse neben einer überblicksmäßigen Betrachtung der Zeitschrift wurden vier Gebiete ausgewählt, die einerseits in der Publikation und ihren Veränderungen besonders prominent zu Tage treten oder andererseits auch in der heutigen Zeit noch besondere Relevanz besitzen. Zunächst soll herausgearbeitet werden, wie sich das Verhältnis zwischen den Beiträgen entwickelt, die das Deutsche Reich oder Österreich behandeln. Damit soll nachvollzogen werden, ob sich die explizite räumliche Öffnung der Zeitschrift um Österreich auf diese Weise abbildet. Die in der fachwissenschaftlichen Behandlung immer höhere Bedeutung der Entwicklungen in Österreich, die sich von jenen im Deutschen Reich doch auch erheblich unterschieden, wird damit herausgearbeitet.

Ein wichtiges inhaltliches Gebiet der Zeitschrift ist die Arbeitslosenfürsorge oder Erwerbslosenunterstützung einschließlich des Arbeitsnachweises. Dies erklärt sich auch aus der erhebli-

¹⁰ Vgl. Felix Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (2., verbesserte Auflage, Wien/Köln/Weimar 2012) 182-250 sowie Heike Knortz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit. Eine Einführung in Ökonomie, Gesellschaft und Kultur der ersten deutschen Republik (Göttingen 2021) 21-120, 221-298.

¹¹ Vgl. die allseits bekannten Entwicklungen während der Corona-Pandemie.

chen Arbeitslosigkeit, die von den wirtschaftlichen Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg maßgeblich beeinflusst wurde und einen bedeutsamen Faktor im Zusammenleben in der Gesellschaft darstellte.¹² Aus diesem Grund lohnt sich eine genauere Auseinandersetzung mit den Beiträgen der Zeitschrift in diesem Bereich.

Ein weiteres Thema, welches in „Arbeit und Beruf“ immer wieder behandelt wird, ist jenes des Facharbeitermangels. Eine Analyse der diesbezüglichen Artikel erscheint bedeutsam, weil dieses Phänomen (inzwischen eher als „Fachkräftemangel“ bezeichnet)¹³ in der aktuellen Zeit und dem derzeitigen wirtschaftlichen Umfeld als eine erhebliche Herausforderung betrachtet wird.¹⁴ Insofern lohnt es sich, die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen in den 1920er-Jahren genauer zu betrachten und zu reflektieren.

Zuletzt wird der Bereich der Berufsberatung in den Fokus genommen, welcher ähnlich wie die Arbeitslosenunterstützung ein wichtiges Thema in der behandelten Zeitschrift ist. Die Auseinandersetzung damit war zum damaligen Zeitpunkt aktuell und ist es heute an der Nahtstelle zwischen Schulbildung und Berufsleben genauso noch, um die Jugendlichen aus dem Kontext der Schule heraus an das Arbeitsleben heranzuführen und ihnen einen guten Übergang in dieses zu ermöglichen. Auch hier soll eine Verbindung zwischen den in den 1920er-Jahren relevanten Inhalten und der heutigen Zeit hergestellt werden.

Mithilfe dieser ausgewählten Bereiche kann eine umfassende Auseinandersetzung mit bestimmten Themen der Fachzeitschrift „Arbeit und Beruf“ erfolgen.

1.3. Methodik der Analyse

Für die Analyse der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ wurden – wie oben ausgeführt – die Jahrgänge 1925 und 1926 für die exemplarische Analyse der Publikation herangezogen. Der Jahrgang 1925 bestand dabei aus einer Ausgabe;¹⁵ der Jahrgang 1926 aus zwei Ausgaben (Ausga-

¹² Nähere Ausführungen dazu folgen in der Historischen Kontextualisierung in Kapitel 3.

¹³ Vgl. Rechnungshof Österreich (Hg.), Bestandsaufnahme Fachkräftemangel. Bericht des Rechnungshofes, Reihe BUND 2024/12 (Wien 2024); online unter: <https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2024_12_Fachkraeftemangel.pdf> (24.07.2025).

¹⁴ Vgl. Carina Wurz, Die Herkules-Aufgabe des AMS zwischen Sparkurs und Reformdruck. In: GÖD – Der Öffentliche Dienst aktuell 79, H. 5 (2025) 22-27.

¹⁵ Arbeit und Beruf. Halbmonatsschrift für die Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete. Bernau b. Berlin, Jahrgang 4, 1925. Im Folgenden referenziert als AuB 1925.

be A¹⁶ ganzjährig halbmonatlich, Ausgabe B¹⁷ ab April monatlich).¹⁸ Alle drei verwendeten Ausgaben liegen als gesamter Jahrgang in gedruckter Form als Buch gebunden vor.

Sämtliche Beiträge der drei Ausgaben wurden in einem Microsoft-Excel-Dokument erfasst, wobei pro Ausgabe ein Tabellenblatt verwendet wurde. Es erfolgte eine Zuordnung der einzelnen Beiträge zum jeweiligen Jahrgang sowie zur jeweiligen Ausgabe. Weiters erfasst wurden der Titel des Beitrages, der Name des*der Autors*in, die Seitenzahl sowie der Bereich, dem der Beitrag innerhalb der Zeitschrift zugeordnet war (z.B. „Aufsätze“). Darüber hinaus wurde – soweit möglich und relevant – eine Zuordnung getroffen, ob sich der Beitrag auf das Deutsche Reich oder Österreich bezog und – soweit zutreffend – auf ein bestimmtes Bundesland bzw. eine Gebietseinheit. Zuletzt wurde eine doppelte Zuordnung als Kategorisierung vorgenommen: einmal in eine grobe Kategorie gemäß dem Untertitel der Zeitschrift; einmal in eine feine Kategorie nach dem jeweiligen Inhalt des Beitrages.

Auf diese Weise konnte ein umfassender Blick auf sämtliche Inhalte vorgenommen werden. Um die Arbeit bewältigbar zu machen und den Überblick zu bewahren, wurden „Nachrichten aus der Praxis“ weitgehend zusammengefasst als ein Beitrag gesehen. Wäre dies nicht erfolgt, wäre die Zahl der zu erfassenden Teilbeiträge aufgrund der erheblich erhöhten Kleinteiligkeit noch deutlich gestiegen, sodass die Erfassung in der vorgesehenen Zeit nicht möglich gewesen wäre und auch kein bedeutender Erkenntnisgewinn davon zu erwarten gewesen wäre. Unter dieser methodischen Einschränkung muss die vorliegende Masterarbeit gesehen werden.

In Summe wurden im Jahrgang 1925 369 Beiträge erfasst. Jahrgang 1926, Ausgabe A bestand aus 562 erfassten Beiträgen; Jahrgang 1926, Ausgabe B umfasste 148 aufgelistete Beiträge. Dies zeigt, dass mit über 1000 Beiträgen in den beiden Jahrgängen der Zeitschrift eine umfassende Beschäftigung mit den betreffenden Themengebieten möglich war.

1.4. Gliederung der Masterarbeit

Kapitel 1 bildet die Einleitung, in der die Forschungsfragen und der Forschungsstand erläutert werden sowie die Auswahl der Zeitschrift, der konkreten Jahrgänge und der einzelnen The-

¹⁶ Arbeit und Beruf. Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich. Bernau b. Berlin, Jahrgang 5, Ausgabe A, 1926. Im Folgenden referenziert als AuB 1926A.

¹⁷ Arbeit und Beruf. Monatsschrift für Fragen der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich. Bernau b. Berlin, Jahrgang 1, Ausgabe B, 1926. Im Folgenden referenziert als AuB 1926B.

¹⁸ In Kapitel 2.1. erfolgen genauere Ausführungen zur Zeitschrift „Arbeit und Beruf“.

mengebiete begründet wird. Weiters wird die Methodik der Analyse dargelegt. In Kapitel 2 wird die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ detailliert vorgestellt. Darüber hinaus werden die einzelnen Jahrgänge konkret in ihren Einzelheiten dargestellt. Die historische Kontextualisierung der behandelten Themen bildet Kapitel 3. In Kapitel 4 werden die Jahrgänge der Zeitschrift allgemein analysiert. Daran anschließend erfolgt in Kapitel 5 die eingehende Analyse der ausgewählten Themengebiete. Die Zusammenfassung einschließlich Beantwortung der Forschungsfragen in Kapitel 6 rundet die Masterarbeit ab.

2. Vorstellung der Zeitschrift und der Jahrgänge bzw. Ausgaben

In diesem Kapitel erfolgt eine Vorstellung des dieser Masterarbeit zu Grunde liegenden Quellenmaterials. Nach allgemeinen Ausführungen zu „Arbeit und Beruf“ werden die ausgewählten Jahrgänge 1925 und 1926 konkret in ihren Besonderheiten dargestellt.

2.1. Zeitschrift „Arbeit und Beruf“

Die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ wurde 1921 als Vereinigung der beiden Zeitschriften „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“¹⁹ und „Der Arbeitsnachweis in Westfalen“²⁰ erstmals publiziert und erschien bis 1934.²¹ Verlegt und versendet wurde sie in dieser Zeit durch den Grüner-Verlag in Bernau bei Berlin,²² der mit 1. Oktober 1926 seinen Verlagsort nach Berlin verlegte.²³ Die Seiten der einzelnen Jahrgänge waren durchlaufend nummeriert.²⁴ Wie aus Abbildung 1 auf der übernächsten Seite ersichtlich ist, besaßen die einzelnen Hefte eine blaue Anmutung mit ihrem Umschlag. Inhaltlich erfolgte eine Spezialisierung auf den Arbeitsmarkt, die Arbeitslosenfürsorge und die Berufsberatung.²⁵

„Arbeit und Beruf“ war als Fachzeitschrift zu ökonomischen Themen in der fachwissenschaftlichen Community anerkannt²⁶ und hat daher in dieser eine entsprechende Verbreitung gefunden. Die Auflage²⁷ der Zeitschrift lag 1923 bei 2.500 Exemplaren;²⁸ bis zum Jahr 1926 stieg

¹⁹ „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“ erschien seit 1913 und war seinerseits der Nachfolger der seit 1897 publizierten Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“. Vgl. Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Der Arbeitsnachweis in Deutschland : Zeitschrift d. Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=012673897>> (27.07.2025) sowie Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Der Arbeitsmarkt : Monatsschrift d. Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=012674109>> (27.07.2025).

²⁰ „Der Arbeitsnachweis in Westfalen“ erschien seit 1917. Vgl. Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Der Arbeitsnachweis in Westfalen : Mitteilungen d. Landesarbeitsamtes Westfalen und Lippe in Münster, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=012673951>> (27.07.2025).

²¹ Der 1. Jahrgang (1921/22) und der 2. Jahrgang (1922/23) mit monatlichem Erscheinen deckten sich noch nicht mit dem Kalenderjahr; erst mit der Umstellung auf halbmonatliches Erscheinen ab dem 3. Jahrgang (1924) war dies der Fall. Vgl. Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Arbeit und Beruf : Monatsschrift für Fragen d. Arbeitsmarktes, d. Berufsberatung u. verwandter Gebiete, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=01267379X>> (27.07.2025).

²² Vgl. AuB 1925.

²³ Vgl. AuB 1926A, H. 19, 561.

²⁴ Vgl. AuB 1925.

²⁵ Vgl. AuB 1926A und AuB 1926B.

²⁶ Vgl. Lederer, Grundriß des österreichischen Sozialrechts, 94.

²⁷ Zeitgenössisch als Zahl der gedruckten Exemplare eines Heftes gesehen, die nicht unbedingt mit der Anzahl der tatsächlich verbreiteten Exemplare eines Heftes übereinstimmen muss. Vgl. Richard Pape, Handbuch der Fachpresse. Für Zeitschriften-Verleger, Herausgeber, Verlags- u. Schriftleiter, Anzeigenvertreter und Angestellte der gesamten Fachpresse (Berlin 1926) 146.

²⁸ Vgl. Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (Hg.), Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch. Handbuch der deutschen Presse (50. Ausgabe, Leipzig 1923) 163.

die Auflage auf 3.500 Exemplare.²⁹ Die Erwähnung und Referenzierung in Werken zu den Themenkreisen der Zeitschrift zeigt in Zusammenhang mit der gestiegenen Auflage, dass eine Nachfrage für die Inhalte der Zeitschrift bestand, diese in der wissenschaftlichen Diskussion rezipiert wurden und auch als Grundlage für die Auseinandersetzung mit ökonomischen Themen dienten.

Die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ wurde stets durch die Beilage „Berufskundliche Nachrichten“ ergänzt, die jedoch nicht Teil dieser Masterarbeit ist. In dieser Beilage wurden detaillierte Kundmachungen und Hinweise für sämtliche Berufsgruppen des Deutschen Reiches aufgelistet, sodass alle arbeitenden Menschen umfangreich über sämtliche Belange ihres jeweiligen Berufes informiert waren.³⁰ Weiters enthielt „Arbeit und Beruf“ anlassbezogen zusätzliche Beilagen, wie beispielsweise zu Heft 22 der Ausgabe A des Jahrganges 1926 das „*Dezember-Heft 1926 des „Jugendblattes zur Berufswahl und Berufsberatung“, herausgegeben vom Berufsamrt Harburg-Elbe*“.³¹ Eine begleitende Schriftenreihe ergänzte im Laufe der Jahre mit einer tieferen thematischen Auseinandersetzung die Publikation.³²

Aus diesen Ausführungen zeigt sich, dass „Arbeit und Beruf“ einen bedeutsamen Teil der wissenschaftlichen Diskussion im Deutschen Reich und Österreich bildete. Aus diesem Grund ist eine exemplarische Auseinandersetzung mit zwei Jahrgängen der Zeitschrift gewinnbringend.

Ergänzend ist festzuhalten, dass zwischen 1975 und 2006 in (der Bundesrepublik) Deutschland eine weitere Zeitschrift namens „Arbeit und Beruf“ erschien.³³ Diese war das „*Zentralorgan der Bundesagentur für Arbeit*“³⁴ und wurde von dieser im Jahr 1950 unter dem Namen „Arbeit, Beruf und Arbeitslosenhilfe“ gegründet; die Umbenennung erfolgte mit Jahreswechsel.

²⁹ Vgl. Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (Hg.), Sperlings Zeitschriften-Adressbuch. Handbuch der deutschen Presse (52. Ausgabe, Leipzig 1926) 222.

³⁰ Die Berufsgruppen waren in Anlehnung an die Berufsgruppen des Berufsverzeichnisses der Arbeitsnachweistatistik des Deutschen Reiches gestaltet. In der dieser Masterarbeit zu Grunde liegenden gebundenen Ausgabe von AuB 1926A sind im hinteren Teil – wenngleich mit einigen Druckfehlern, da mehrere Seiten leer geblieben sind und damit offensichtlich fehlen – sämtliche Beilagen „Berufskundliche Nachrichten“ des Jahres 1926 beige schlossen. Vgl. AuB 1926A, Beilage „Berufskundliche Nachrichten“.

³¹ AuB 1926A, H. 22, 688. Die Hervorhebungen wurden zur besseren Lesbarkeit entfernt.

³² Vgl. Universitätsbibliothek Leipzig, Bibliothekskatalog, Arbeit und Beruf, Schriftenreihe Arbeit und Beruf : Schriftenreihe für Fragen d. Arbeitsmarktes, d. Erwerbslosenfürsorge, d. Berufsberatung u. verwandter Gebiete, online unter: <<https://katalog.ub.uni-leipzig.de/Record/0-130130885/HierarchyTree>> (26.07.2025).

³³ Vgl. Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Arbeit und Beruf : Fachzeitschrift für die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=010730230>> (27.07.2025).

³⁴ Zitat von Peter Becker im Zuge der Lehrveranstaltung UE Proposal-Workshop – Schreibwerkstatt zur Masterarbeit an der Universität Wien (Wintersemester 2024, LV-Nr. 070107) am 16.01.2025.

sel 1974/75.³⁵ Aufgrund dieser Umstände des Erscheinens ist nicht davon auszugehen, dass die genannte Zeitschrift als direkte Nachfolgerin der dieser Masterarbeit als Quellenbasis dienenden Publikation „Arbeit und Beruf“ gesehen werden kann.

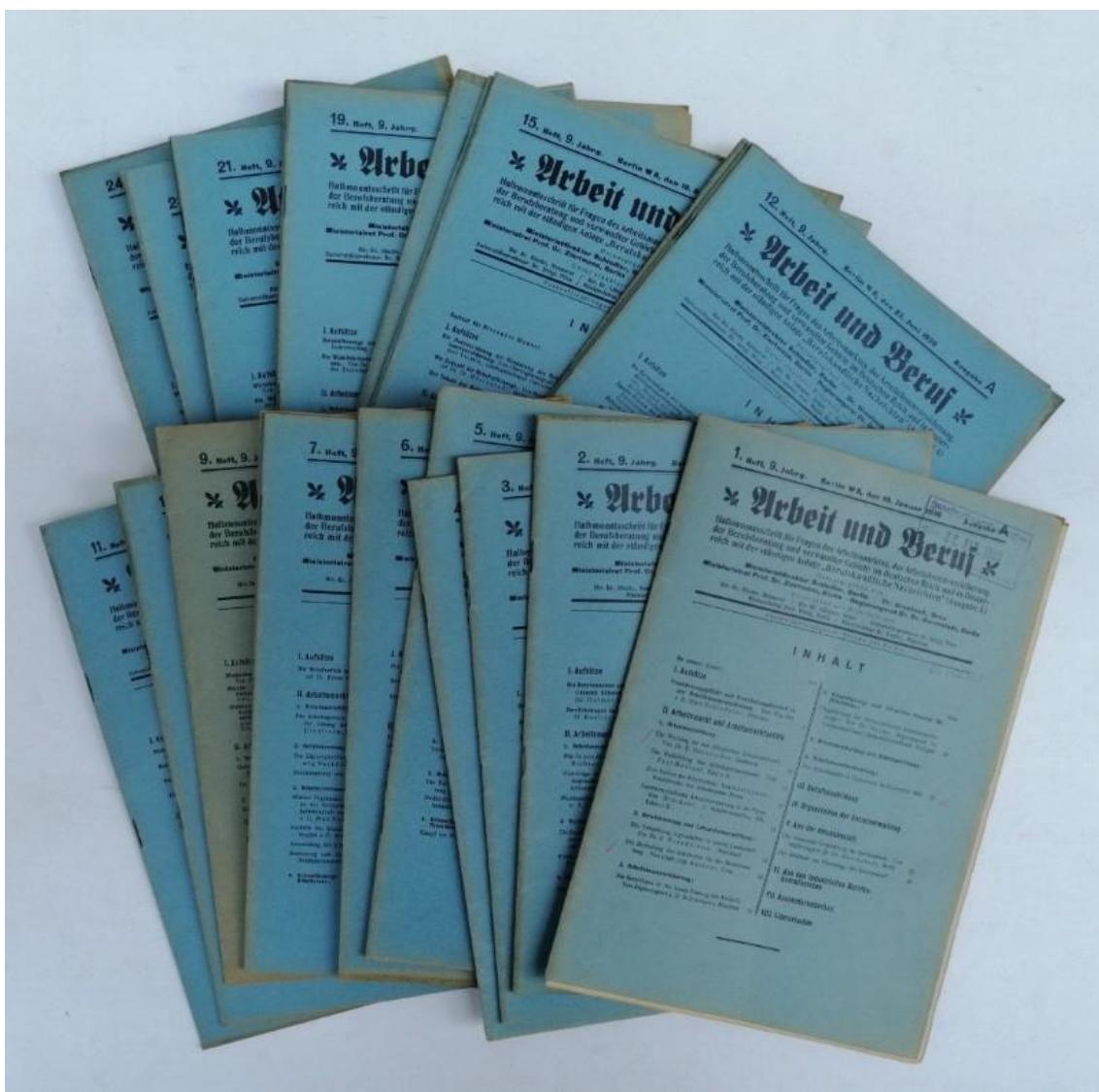


Abbildung 1: Einzelhefte der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ (Quelle: Der Buchfreund Walter R. Schaden, online unter: <<https://buch-schaden.at/website2021/wp-content/uploads/2021/02/80593073.jpg>> [24.07.2025])

2.2. Jahrgang 1925

Der Jahrgang 1925 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ erschien halbmonatlich, d.h. zu zwei fixen Terminen pro Monat. Für diese Publikation waren dies stets der 10. Tag und der 25. Tag

³⁵ Vgl. Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Arbeit, Beruf und Arbeitslosenhilfe : das Arbeitsamt ; Fachzeitschrift für die Aufgabengebiete der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=010003320>> (27.07.2025).

eines Monats. Unter dem Titel war in Klammer die Beilage vermerkt, indem diese durch „(mit der ständigen Anlage ,Berufskundliche Nachrichten‘)“ angegeben wurde.³⁶

Der Untertitel lautete „Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete“. Die Schriftleitung wurde durch Dr. Paul Dermietzel und Ernst Schindler ausgeübt. Ersterer fungierte als Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes; letzterer war Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe.³⁷

In den ersten 14 Heften des Jahrganges ist auf dem Titelblatt folgende Anmerkung abgedruckt:

„Bei unregelmäßiger Belieferung oder Ausbleiben von einzelnen Nummern der Zeitschrift werden die Bezieher gebeten, sich vorerst schriftlich an die für sie zuständige Postanstalt zu wenden. Sollte dies erfolglos bleiben, ist die Reklamation an den Grüner-Verlag in Bernau bei Berlin zu richten.“³⁸

Dies deutet auf allgemeinere Probleme bei der Zustellung des Blattes im Deutschen Reich hin, die Bezieher*innen dazu veranlassten, sich an den Verlag zu wenden. Hätte es sich hierbei um vereinzelte Rückmeldungen gehandelt, wäre ein Abdruck auf dem Titelblatt über längere Zeit kaum nötig gewesen. Spätestens im Sommer 1925 dürften sich diese Probleme gelöst haben, da ab Heft 15 diese Anmerkung nicht mehr auf dem Titelblatt aufscheint. Damit gingen eine leichte optische Bereinigung und Erfrischung des Titels einher, indem der Untertitel nun zweizeilig abgedruckt wurde.³⁹

Auf dem Titelblatt waren zusätzlich Hinweise zur Bestellung der Zeitschrift und ihrem Preis, zur Aufgabe von Inseraten und zur Einsendung von Beiträgen angegeben. Gesetzt war die Zeitschrift in Fraktur.⁴⁰ Dies führte zu einer sehr klassischen Anmutung, die auf eine längere Tradition der Zeitschrift hinweist.

Abbildung 2 und Abbildung 3 auf den folgenden beiden Seiten zeigen die beiden oben beschriebenen Varianten des Titelblattes. Damit lässt sich diese Veränderung optisch nachvollziehen.

³⁶ Vgl. AuB 1925.

³⁷ Vgl. ebd.

³⁸ Als Beispiel AuB 1925, H. 14, 321.

³⁹ Vgl. als Beispiel AuB 1925, H. 15, 353.

⁴⁰ Vgl. AuB 1925.

Erscheinungsort Bernau bei Berlin.

Jahrgang 4

Bernau, den 25. April 1925

Nr. 8

Arbeit und Beruf

(mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“)

Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Berufssberatung und verwandter Gebiete

Schriftleitung:

Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes
Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel u. Gewerbe

Die Zeitschrift erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis monatlich 2,00 Goldmark, zu bezahlen in wertbeständigem Gelde oder umgerechnet in Papiermark. Der Bezugspreis ist stets im voraus auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 129 664 des Grüner-Verlages, Bernau bei Berlin, zu entrichten. Manuskripte sind zu senden an die Schriftleitung zu Händen des Herrn Direktor Dr. Dermietzel, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Straße 7, soweit sie die Berufssberatung oder Erwerbslosigkeit der Jugendlichen betreffen zu Händen des Herrn Ministerialrat Schindler, Berlin-Steglitz, Arndtstraße 40. Inseraten - Annahme, Grüner-Verlag, Bernau bei Berlin. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Insertionspreis pro 2 spaltigen Millimeter 0,30 Goldmark.

Bei unregelmäßiger Belieferung oder Ausbleiben von einzelnen Nummern der Zeitschrift werden die Bezieher gebeten, sich vorerst schriftlich an die für sie zuständige Postanstalt zu wenden. Sollte dies erfolglos bleiben, ist die Reklamation an den Grüner-Verlag in Bernau bei Berlin zu richten.

Abbildung 2: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 8 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Scheinungsort Bernau bei Berlin.

Jahrgang 4

Bernau, den 10. August 1925

Nr. 15

Arbeit und Beruf

(mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“)

Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung
und verwandter Gebiete

Schriftleitung: Dr. Paul Dermiezel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes
Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel u. Gewerbe

Die Zeitschrift erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis vierteljährlich Mark 6,—, Einzelnnummer Mark 1,25, Sonder-
nummer Mark 2,50. Der Bezugspreis ist stets im voraus auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 129 664 des Grüner-Verlages, Bernau bei Berlin,
zu entrichten. Manuskripte sind zu senden an die Schriftleitung zu Händen des Herrn Direktor Dr. Dermiezel, Berlin-Wilmersdorf, Lanzauer Straße 7,
soweit sie die Berufsberatung oder Erwerbslosigkeit der Jugendlichen betreffen zu Händen des Herrn Ministerialrat Schindler, Berlin-Steglitz, Arndtstraße 40.
Inseraten - Annahme, Grüner-Verlag, Bernau bei Berlin. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Insertionspreis pro
2 spaltigen Millimeter 0,30 Goldmark.

Abbildung 3: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 15 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

2.3. Jahrgang 1926, Ausgabe A

Im Vergleich zum Jahrgang 1925 änderten sich mehrere Dinge im Jahrgang 1926 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“. Die optisch auffälligste Veränderung besteht darin, dass die Publikation nicht mehr in Fraktur gesetzt war, sondern in einer heute üblichen lateinischen Schriftart. Inhaltlich und räumlich wurde die Zeitschrift um eine Auseinandersetzung mit Österreich erweitert, wohin nun auch eine Zustellung zur expliziten Zielgruppe erfolgen konnte.⁴¹ Der Untertitel wurde entsprechend angepasst auf „Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich“.⁴² Lediglich im ersten Heft des Jahrganges wird im Untertitel die Bezeichnung „Deutschland“ statt dem „Deutschen Reich“ verwendet.⁴³ Warum diese einmalige Bezeichnung in dieser Weise gewählt wurde, kann heute nicht mehr eruiert werden.

Das Team der Schriftleitung wurde zwei Mal erweitert: Ab dem ersten Heft des Jahrganges stieß Dr. Egon Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission in Graz, zu den beiden in Kapitel 2.2. genannten Personen.⁴⁴ Prof. Dr. Paul Ziertmann, ebenso wie Ernst Schindler Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, ergänzte in einem weiteren Schritt die Schriftleitung ab Heft 10 zu nun vier Personen. Ab diesem Zeitpunkt wurde die halbmonatliche Ausgabe auch offiziell als „Ausgabe A“ bezeichnet,⁴⁵ da nun auch eine monatlich erscheinende „Ausgabe B“ von „Arbeit und Beruf“ veröffentlicht wurde.⁴⁶ Aus diesem Grund erscheint die Erweiterung der Schriftleitung auf vier Personen sinnvoll, um zwei Ausgaben einer Zeitschrift mit drei Heften bzw. Erscheinungsterminen pro Monat effektiv inhaltlich betreuen zu können.

Die Erscheinung des Titelblattes änderte sich ebenso mehrfach. Die Anmerkung zur ständigen Beilage war nun nicht mehr in Klammern angegeben. Auf den Titelblättern der Hefte 1-3 fehlen die Hinweise zu Bezug und Inseraten- bzw. Beitragseinsendung.⁴⁷ Ab Heft 4 sind diese wieder zu sehen.⁴⁸ Mit dem Titelblatt von Heft 7 wurden zwei Zierelemente neben dem Namen eingeführt und der Untertitel auf „Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich mit der ständigen Anlage ‚Berufskundliche Nachrichten‘“ geändert. Die Er-

⁴¹ Vgl. AuB 1926A.

⁴² Vgl. ebd., H. 2, 33.

⁴³ Vgl. ebd., H. 1, 1.

⁴⁴ Vgl. ebd.

⁴⁵ Vgl. ebd., H. 7, 177.

⁴⁶ Vgl. AuB 1926B, H. 1, 1.

⁴⁷ Vgl. als Beispiel AuB 1926A, H. 3, 57.

⁴⁸ Vgl. als Beispiel ebd., H. 4, 89.

wähnung der Beilage wurde damit in den Untertitel verschoben.⁴⁹ Der Grund für diese letztgenannte Änderung ist nicht bekannt, könnte aber damit in Verbindung stehen, dass ab diesem Zeitpunkt parallel die Ausgabe B erschien, die die Beilage nicht enthielt.

Diese optische Anmutung blieb bis Heft 19 des Jahrganges gleich. In diesem Heft wurde die Änderung des Verlagsortes auf dem Titelblatt publiziert; diese blieb in den übrigen Ausgaben des Jahrganges vorhanden.⁵⁰ Unmittelbar darauf, in Heft 20, erfolgte eine weitere Änderung des Titelblattes, welche die letzte für diesen Jahrgang darstellte: Die Schriftart des Untertitels wurde geändert, sodass dieser statt vier Zeilen nur mehr drei Zeilen einnahm.⁵¹

In Summe zeigen sich daher für die Ausgabe B des Jahrganges 1926 sehr dynamische Veränderungen. Abbildung 4 bis Abbildung 8 auf den folgenden Seiten zeigen den oben ausgeführten Prozess der Veränderung. Eine Konstante blieb jedoch der Erscheinungstermin der Ausgabe am 10. sowie am 25. Tag des Monats.⁵²

2.4. Jahrgang 1926, Ausgabe B

Ab April 1926 wurde „Arbeit und Beruf“ um eine weitere Ausgabe B erweitert, die monatlich erschien. Der Erscheinungstermin war dabei der 15. Tag eines Monats,⁵³ sodass hier ein anderer Tag als bei der Ausgabe A gewählt wurde. Dies deutet auf eine bewusste Abgrenzung zwischen den beiden Ausgaben hin, um bei potentiellen Leser*innen beider Ausgaben keine Verwirrung bei einem allfälligen gleichzeitigen Eintreffen beider Ausgaben hervorzurufen.

Ausgabe B besaß den Untertitel „Monatsschrift für Fragen der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich“.⁵⁴ Die Schriftleitung bestand aus denselben Personen wie für Ausgabe A. Ausgabe B besitzt damit eine engere inhaltliche Ausrichtung im Vergleich zu Ausgabe A. Bedarf und Potential für eine zweite Ausgabe der Zeitschrift wurde gemäß Editorial im ersten Heft der Ausgabe B darin gesehen, dass „*die Berufsberatung eine Entwicklung gemacht [hat], die eine besondere Berücksichtigung notwendig macht.*“⁵⁵ Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Feld hatte sich vergrößert, sodass eine eigene Zeitschrift nur für diese Themen ein bestimmtes Publikum ansprechen konnte, das sich von jenem der Ausgabe A unterschied.

⁴⁹ Vgl. ebd., H. 7, 177.

⁵⁰ Vgl. ebd., H. 19, 561.

⁵¹ Vgl. ebd., H. 20, 593.

⁵² Vgl. ebd., H. 7, 177.

⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁴ Vgl. als Beispiel AuB 1926B, H. 1, 1.

⁵⁵ Ebd.

Jahrgang 5 * Bernau bei Berlin, den 10. Februar 1926 * Nummer 3

Arbeit und Beruf

Mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“

Halbmonatsschrift

für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und Oesterreich

Schriftleitung:

Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes — Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe — Dr. Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz

Abbildung 4: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 3 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Jahrgang 5 * Bernau bei Berlin, den 25. Februar 1926 * Nummer 4

Arbeit und Beruf

Mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“

Halbmonatsschrift

für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und Oesterreich

Schriftleitung:

Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes — **Schindler**, Ministerialrat im Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe — **Dr. Uranitsch**, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz

Die Zeitschrift erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis vierteljährlich Mark 6,—, Einzelnummer Mark 1,25, Sondernummer Mark 2,50. Der Bezugspreis ist stets im voraus auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 129664 des Grüner-Verlages Bernau bei Berlin, zu entrichten. Manuskripte sind zu senden an die Schriftleitung zu Händen des Herrn Direktor Dr. Dermietzel, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Straße 7; soweit sie die Berufsberatung oder Erwerbslosigkeit der Jugendlichen betreffen, zu Händen des Herrn Ministerialrat Schindler, Berlin-Steglitz, Arndtstraße 40. Inseraten-Annahme: Grüner-Verlag, Bernau bei Berlin. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Insertionspreis pro 2 spaltigen Millimeter 0,30 Goldmark.

Für Oesterreich beträgt der Bezugspreis vierteljährlich S 10,80, Einzelnummer S 2,25, Sondernummer S 4,50. Er ist stets im voraus zu zahlen auf das Postsparkassenkonto Wien **Nr. 115268** des Grüner-Verlag, Bernau bei Berlin. — Bestellungen sind zu richten an: „Arbeit und Beruf“, Oesterreichische Schriftleitung zu Händen des Herrn Dr. Uranitsch, Graz, Bürgergasse 2/II.

Abbildung 5: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 4 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Ausgabe A

Bernau bei Berlin, den 10. April 1926

7. Heft, 5. Jahrg.

Arbeit und Beruf

Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“

Schriftleitung: Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes / Ernst Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe / Dr. Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz / Prof. Dr. Paul Zlertmann, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe

Die Zeitschrift erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis vierteljährlich Mark 6,—, Einzelnnummer Mark 1,25. Sondernummer Mark 2,50. Der Bezugspreis ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 1296 64 des Grüner-Verlages, Bernau bei Berlin, zu entrichten. Manuskripte sind zu senden an die Schriftleitung zu Händen des Herrn Direktor Dr. Dermietzel, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Str. 7; soweit sie die Berufsberatung oder Erwerbslosigkeit der Jugendlichen betreffen, zu Händen des Herrn Ministerialrat Schindler, Berlin-Steglitz, Arndtstr. 40. Inseraten-Annahme: Grüner-Verlag, Bernau bei Berlin. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Insertionspreis pro 2 spalt. Millimeter 0,30 Goldmark

Für Oesterreich beträgt der Bezugspreis vierteljährlich S 10,80, Einzelnnummer S 2,25, Sondernummer S 4,50. Er ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ zu zahlen auf das Postsparkassenkonto Wien **Nr. 1152 68** des Grüner-Verlages, Bernau bei Berlin. — Bestellungen sind zu richten an: „Arbeit und Beruf“, Oesterreichische Schriftleitung zu Händen des Herrn Dr. Uranitsch, Graz, Bürgergasse 2/II

Abbildung 6: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 7 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Ausgabe A

Berlin W 8, den 10. Oktober 1926

19. Heft, 5. Jahrg.

Arbeit und Beruf

Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“

Schriftleitung: Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes / Ernst Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe / Dr. Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz / Prof. Dr. Paul Ziermann, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe

Die Zeitschrift erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis vierteljährlich Mark 6,— Einzelnummer Mark 1,25 Sondernummer Mark 2,50. Der Bezugspreis ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 129664 des Grüner-Verlages, Berlin W 8, zu entrichten. Manuskripte sind zu senden an die Schriftleitung zu Händen des Herrn Direktor Dr. Dermietzel, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Str. 7; soweit sie die Berufsberatung oder Erwerbslosigkeit der Jugendlichen betreffen, zu Händen des Herrn Ministerialrat Schindler, Berlin-Steglitz, Arndtstr. 40. Inseraten-Annahme: Grüner-Verlag, Berlin W 8, Friedrichstr. 78 IV. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Insertionspreis pro 2 sp Millim. 0,30 Goldm.

Für Oesterreich beträgt der Bezugspreis vierteljährlich S 10,80, Einzelnummer S 2,25, Sondernummer S 4,50. Er ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ zu zahlen auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 115268 des Grüner-Verlages, Berlin W 8, Friedrichstr. 78 IV. — Bestellungen sind zu richten an: „Arbeit und Beruf“, Oesterreichische Schriftleitung zu Händen des Herrn Dr. Uranitsch, Graz, Bürgergasse 2/I

Wir haben unseren Verlag ab 1. Oktober cr. von Bernau bei Berlin nach

Berlin W 8, Friedrichstraße 78^{IV}

(Ecke Französische Straße)

verlegt und bitten, alle Anfragen, Bestellungen usw. usw. in Zukunft nach dorthin zu richten.
Bank- und Postscheckkonto bleiben vorläufig unverändert. Fernspr.: Zentrum 5580, 5581, 5582.

Grüner-Verlag.

Abbildung 7: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 19 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Ausgabe A

Berlin W 8, den 25. Dezember 1926

24. Heft, 5. Jahrg.

Arbeit und Beruf

Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“

Schriftleitung: Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes / Ernst Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe / Dr. Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz / Prof. Dr. Paul Ziermann, Ministerialrat im Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe

Die Zeitschrift erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis vierteljährlich Mark 6,— Einzelnummer Mark 1,25 Sondernummer Mark 2,50. Der Bezugspreis ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 1296 64 des Grüner-Verlages, Berlin W 8, zu entrichten. Manuskripte sind zu senden an die Schriftleitung zu Händen des Herrn Direktor Dr. Dermietzel, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Str. 7; soweit sie die Berufsberatung oder Erwerbslosigkeit der Jugendlichen betreffen, zu Händen des Herrn Ministerialrat Schindler, Berlin-Steglitz, Arndtstr. 40. Insertions-Annahme: Grüner-Verlag, Berlin W 8, Friedrichstr. 78 IV. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Insertionspreis pro 2 sp Millim. 0,30 Goldm.

Für Oesterreich beträgt der Bezugspreis vierteljährlich S 10,80, Einzelnummer S 2,25, Sondernummer S 4,50. Er ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ zu zahlen auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 1152 68 des Grüner-Verlages Berlin W 8, Friedrichstr. 78 IV. — Bestellungen sind zu richten an: „Arbeit und Beruf“, Oesterreichische Schriftleitung zu Händen des Herrn Dr. Uranitsch, Graz, Bürgergasse 2/II

Wir haben unseren Verlag ab 1. Oktober cr. von Bernau bei Berlin nach
Berlin W 8, Friedrichstraße 78 IV

(Ecke Französische Straße)

verlegt und bitten, alle Anfragen, Bestellungen usw. usw. in Zukunft nach dorthin zu richten.
Postscheckkonto: Berlin 1296 64, Grüner-Verlag, Berlin W 8. Bankkonto: Stadtsparkasse Bernau bei Berlin Nr. 17. Fernsprecher: Zentrum 5580, 5581, 5582.

Grüner-Verlag.

Abbildung 8: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 24 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Als Zielgruppe für die neue Ausgabe B wurden Personen ausgemacht, die beruflich mit Jugendlichen in Verbindung standen. Nicht nur Schulen wurden dafür in den Blick genommen, sondern auch andere Institutionen wie „*Jugend- und Wohlfahrtsämter, Organisationen der Jugendbewegung*“⁵⁶ und ähnliche Einrichtungen. Auf diese Weise sollte eine wissenschaftliche Fundierung für Aktivitäten der Berufsberatung für alle Personen geboten werden, die diese ausübten. Fragen des Arbeitsmarktes und der Erwerbslosenfürsorge sind für diese aller Wahrscheinlichkeit nach weniger relevant gewesen, sodass diese einen Bezug von „Arbeit und Beruf“ möglicherweise bis zu diesem Zeitpunkt nicht in Betracht gezogen hatten. Mit der zielgruppengerechten Ausgabe B war nun der Grundstein dafür gelegt, dass sich dies potentiell änderte.

Trotz der nur neun Hefte im ersten Jahrgang des Bestehens der Ausgabe B traten auch hier Veränderungen auf dem Titelblatt ein, die analog zu jenen der Ausgabe A gesehen werden können. Das Titelblatt des ersten Heftes lehnte sich an jenes des Heftes 7 der Ausgabe A an, kam jedoch ohne Hinweise auf Bezug sowie Bezugspreis und Einsendung von Beiträgen aus.⁵⁷ Ab Heft 7 der Ausgabe B erscheint der Hinweis zur Änderung des Firmensitzes des Grüner-Verlages von Bernau bei Berlin nach Berlin, wobei der Postauflieferungsort der Ausgabe B in Bernau bei Berlin verblieb.⁵⁸ Auf dem Titelblatt zu Heft 8 wurde die Schriftart des Untertitels angepasst, sodass dieser nun der für den Untertitel ab Heft 20 der Ausgabe A verwendeten Schriftart entsprach.⁵⁹ Abbildung 9 bis Abbildung 11 auf den folgenden Seiten stellen diese Veränderungen mit Beispielen dar.

Allgemein zeigt sich daher für den Jahrgang 1926 von „Arbeit und Beruf“ eine erhebliche Dynamik. Auf diese Weise konnte den Zielgruppen inhaltlich und räumlich besser entsprochen werden, um der Zeitschrift einen größeren Absatz zu ermöglichen.

⁵⁶ AuB 1926B, H. 1, 2.

⁵⁷ Vgl. ebd., H. 1, 1.

⁵⁸ Vgl. ebd., H. 7, 149.

⁵⁹ Vgl. ebd., H. 8, 169.

Bernau bei Berlin, den 15. April 1926

Ausgabe B

1. Jahrgang (der Gesamtzeitschrift 5. Jahrgang)

1. Heft

Arbeit und Beruf

Monatsschrift für Fragen der Berufsberatung und verwandter Gebiete
im Deutschen Reich und in Oesterreich

Schriftleitung: Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes, Berlin

Ernst Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin

Dr. Egon Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz

Prof. Dr. Paul Ziertmann, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin.



Abbildung 9: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 1 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Postauflieferungsort: Bernau bei Berlin

Berlin W 8, den 15. Oktober 1926

Ausgabe B

1. Jahrgang (der Gesamtzeitschrift 5. Jahrgang)

7. Heft

Arbeit und Beruf

Monatsschrift für Fragen der Berufsberatung und verwandter Gebiete
im Deutschen Reich und in Oesterreich

Schriftleitung: Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes, Berlin
Ernst Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin

Dr. Egon Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz

Prof. Dr. Paul Ziertmann, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin.

Wir haben unseren Verlag ab 1. Oktober cr. von Bernau bei Berlin nach

Berlin W 8, Friedrichstraße 78^{IV}

(Ecke Französische Straße)

verlegt und bitten, alle Anfragen, Bestellungen usw. usw. in Zukunft nach dorthin zu richten.
Bank- und Postscheckkonto bleiben vorläufig unverändert. Fernspr.: Zentrum 5580, 5581, 5582.

Grüner=Verlag.

Abbildung 10: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 7 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

Postauflieferungsort: Bernau bei Berlin

Berlin W 8, den 15. Dezember 1926

Ausgabe B

1. Jahrgang (der Gesamtzeitschrift 5. Jahrgang)

9. Heft

Arbeit und Beruf

Monatsschrift für Fragen der Berufsberatung und verwandter Gebiete
im Deutschen Reich und in Oesterreich

Schriftleitung: Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes, Berlin
Ernst Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin

Dr. Egon Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz

Prof. Dr. Paul Ziertmann, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin.

Wir haben unseren Verlag ab 1. Oktober cr. von Bernau bei Berlin nach

Berlin W8, Friedrichstraße 78IV

(Ecke Französische Straße)

verlegt und bitten, alle Anfragen, Bestellungen usw. usw. in Zukunft nach dorthin zu richten.

Postscheckkonto: Berlin 1296 64, Grüner=Verlag, Berlin W 8. Bankkonto: Stadtsparkasse
Bernau bei Berlin Nr. 17. Fernsprecher: Zentrum 5580, 5581, 5582.

Grüner=Verlag.

Abbildung 11: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 9 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)

3. Historische Kontextualisierung

In diesem Kapitel erfolgt eine historische Kontextualisierung der einzelnen Analysegebiete. Nach einer Darstellung der Wirtschaftslage im Deutschen Reich und in Österreich zum Zeitpunkt des Erscheinens der untersuchten Ausgaben folgt eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenversorgung und Arbeitslosenzahlen. Danach wird eine kurze Erläuterung des Begriffes „Fachkräftemangel“ bzw. „Facharbeitermangel“ vorgenommen. Zuletzt werden die Entwicklungen im Feld der Berufsberatung geschildert.

3.1. Überblick über die Wirtschaftslage in den Jahren 1925 und 1926

Um die Erkenntnisse dieser Masterarbeit einordnen zu können, ist es als Basis erforderlich, die wirtschaftlichen Verhältnisse zur untersuchten Zeit darzustellen. Die Wirtschaftslage im Deutschen Reich und in Österreich ist im Kontext der umfassenden territorialen und damit einhergehenden wirtschaftlichen Veränderungen zu sehen, die nach dem Ersten Weltkrieg in Europa stattfanden.⁶⁰

3.1.1. Deutsches Reich

Die Entwicklungen im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg, der Weimarer Republik, sind untrennbar mit seiner Wirtschaftsgeschichte verbunden.⁶¹ Als Ausgangslage nach dem Ersten Weltkrieg ist festzuhalten, dass aufgrund des Vertrages von Versailles neben den territorialen Veränderungen auch wirtschaftliche Vorgaben vorhanden waren. Diese betrafen u.a. die Handelspolitik, da sämtlichen Kriegsgegnern im internationalen Handel die Meistbegünstigung, d.h. der geringstmögliche Zollsatz, einzuräumen war, sowie die Leistung von Reparationszahlungen für im Ersten Weltkrieg verursachte Schäden. Diese waren zunächst betragsmäßig nicht fixiert und wurden im April 1921 schließlich auf 132 Mrd. Goldmark festgelegt.⁶² Dazu kam noch ein Betrag in Höhe von 26% des jährlichen deutschen Exportwertes. Die Reparationen standen vor dem Hintergrund eines komplexen Systems interallierter Schulden. Die tatsächliche Leistung der Reparationen verlief zunächst nur schleppend, vor allem aufgrund

⁶⁰ Vgl. Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (5., aktualisierte Auflage, Köln/Weimar/Wien 2011) 156-157.

⁶¹ Vgl. Heike Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik (Göttingen/Oakville 2010) 11.

⁶² Vgl. Hermann Kellenbenz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Band II: Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (München 1981) 358-359.

inflationärer Entwicklungen im Deutschen Reich. 1923 wurde der Dawes-Plan vorgelegt und beschlossen, der sich statt betraglich fixer Zahlungen an den tatsächlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten des Deutschen Reiches orientierte. Dies führte zu einer langsamen Erhöhung der Reparationszahlungen. 1925 wurde die erste Rate nach dem erneuerten Zahlungsplan fällig, deren Summe von 1 Mrd. Reichsmark aus einem Baranteil von 200 Mio. Reichsmark und dem Erlös einer eigens aufgelegten internationalen Anleihe in Höhe von 800 Mio. Reichsmark bestand. In weiterer Folge wurde die Zahlung der Reparationen entgegen den Intentions des Dawes-Plans zu einem erheblichen Teil aus ausländischen Krediten bestritten. Dies kann als einer der Faktoren der Banken- und Kreditkrise des Jahres 1931 im Deutschen Reich gesehen werden. Weitere Änderungen in Bezug auf die Reparationen erfolgten 1929 mit der Annahme des Young-Plans und einem Ende der Zahlungen 1932. Da auf die Leistung des Schuldendienstes nicht verzichtet worden war, erfolgte eine endgültige Begleichung sämtlicher Leistungen in Zusammenhang mit Reparationsforderungen nach dem Ersten Weltkrieg erst im Jahr 2010.⁶³

Im Allgemeinen war es für die Wirtschaft im Deutschen Reich erforderlich, sich an die Verhältnisse nach dem Krieg anzupassen. Aus diesem Grund war nicht nur eine militärische, sondern auch eine wirtschaftliche Demobilisierung notwendig, um die Anpassung von einer Kriegswirtschaft auf eine Wirtschaft im Frieden mit den entsprechenden Produktionsprozessen durchzuführen.⁶⁴ Diese Anpassung führte – in Verbindung mit der Auseinandersetzung um die Leistung von Reparationen – zu erheblichen inflationären Tendenzen. 1922/23 kam es dabei zu einer Hyperinflation, bevor die Währung stabilisiert werden konnte.⁶⁵ Bereits im Ersten Weltkrieg war es zu einer kriegsbedingten Inflation gekommen. Aufgrund von Schulden (neben den Forderungen aus den Reparationen) vor bzw. aus dem Ersten Weltkrieg war der Reichshaushalt bereits von Anfang an nicht stabil. Die Inflation entwickelte sich auch in Bezug auf politische Ereignisse wie beispielsweise die Ermordung Matthias Erzbergers (August 1921) und Walter Rathenaus (Juni 1922) sowie Unruhen im Ruhrgebiet ab Jänner 1923, die dieselbe erhöhten. Nur zwischenzeitlich kam es zu leichteren Entspannungsphasen. In der zweiten Jahreshälfte 1923 setzte eine Hyperinflation ein. Daraufhin wurde die Golddeckung (Goldmark) aufgegeben und im Oktober 1923 die Rentenmark eingeführt. Diese konnte die Inflation kurzfristig stabilisieren. Mit der Einführung der Reichsmark, die nur mehr teilweise mit Gold hinterlegt war, im August 1924 konnte die Inflation endgültig eingedämmt werden.

⁶³ Vgl. Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik, 94-114.

⁶⁴ Vgl. ebd., 76-93.

⁶⁵ Vgl. Gerald D. Feldman, Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 60, Göttingen 1984) 58.

Die Folgen der Inflation waren umfangreich, so zählten Lohnempfänger*innen sowie in- und ausländische Anleger*innen zu den Verlierer*innen der umfassenden Inflation. Innerhalb der Industrie konnten exportorientierte Unternehmen jedoch Gewinne aus den starken inflationären Tendenzen ziehen. Das Erleben der Inflation war für die gesamte Bevölkerung prägend, sodass diese Erfahrung (in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929)⁶⁶ auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch nachhallte.⁶⁷

Nach dem Ende der oben erwähnten Einschränkungen im Außenhandel konnte dieser durch das Deutsche Reich ab 1925 wieder frei gestaltet werden. Ein Teil der verfolgten Politik bestand in der Einführung von Schutzzöllen für agrarische Produkte ab August 1925, die die landwirtschaftliche Produktion innerhalb des Deutschen Reiches stärken sollten.⁶⁸ Durch die Schutzzölle wurde jedoch ein nötiger Strukturwandel in der Landwirtschaft im Deutschen Reich verhindert. Aufgrund der global steigenden Rationalisierung und Produktionsausweitung im Agrarsektor sanken die Preise für landwirtschaftliche Produkte global gesehen stark, sodass ausländische Produkte trotz der Zölle preiswerter als deutsche landwirtschaftliche Güter waren. Dies führte ab 1927/28 zu einer akuten Agrarkrise mit stark fallenden inländischen Preisen, um diese Produkte noch absetzen zu können. Die Schutzzollbemühungen sind damit als nicht erfolgreich anzusehen.⁶⁹

Im Bereich der Industrie erfolgte im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg eine Rationalisierung, sodass die verrichtete Arbeit effizienter gestaltet wurde. Die Rationalisierung kann dabei mehrere Ansätze verfolgen, die aus einer Verbesserung des Arbeitseinsatzes von Menschen, einem Ersatz von Arbeitskräften durch Maschinen, Optimierungen in der Organisation oder der Zusammenarbeit zwischen Betrieben bestehen kann. Aufgrund der Inflation wurde diese nötige Rationalisierung aufgeschoben, sodass erst ab 1925/26 damit begonnen wurde. Organisatorische Rationalisierungen wie der Zusammenschluss oder die Schließung von Unternehmen wurden 1926/27 durch eine technologische Rationalisierung ergänzt. Erst danach rückte die intensivere Nutzung der (menschlichen) Arbeitskraft in den Fokus. Umstellungen wie beispielsweise von Einzel- auf Fließbandfertigung und die Schließung von Unternehmen bewirkten eine höhere Produktivität pro Arbeitsstunde bei gleichzeitiger Reduktion der benötigten Personen, sodass im industriellen Bereich die Arbeitslosigkeit stieg. Die Ratio-

⁶⁶ Vgl. Mark Spoerer, Jochen Streb, Die Weimarer Republik in der Weltwirtschaftskrise: Geschichte oder Erfahrung?. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 15, H. 4 (2014) 291-306.

⁶⁷ Vgl. Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik, 35-75.

⁶⁸ Vgl. Dieter Gessner, Marktregulierende Agrarpolitik in Deutschland 1924/25 bis 1967: Entwicklung, Ziele, Alternativen und Handlungsspielräume. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93, H. 2 (2006) 131-171, DOI: 10.25162/vswg-2006-0006; hier: 135.

⁶⁹ Vgl. Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik, 122-125.

nalisierung war nicht auf den Arbeitsprozess in der Industrie beschränkt, sondern betraf mit der Fokussierung auf funktionelle Gesichtspunkte auch den Hausbau (z.B. Bauhaus-Bewegung) sowie den Haushalt (z.B. Frankfurter Küche). Rationalisierungsbemühungen besaßen damit das Potential, die Lebensbedingungen einer Vielzahl von Menschen zu beeinflussen.⁷⁰

Konkret auf die untersuchten Jahre 1925 und 1926 bezogen bedeutet dies, dass diese beiden Jahre in eine verhältnismäßig ruhige und stabile Phase der Weimarer Republik fallen.⁷¹ Die Inflation war mit einer neuen Währung eingedämmt, die Reparationszahlungen liefen an, die Einschränkungen im Bereich des Handels waren ausgelaufen, Bestrebungen zur Rationalisierung im Gebiet der Industrie setzten ein, und auch die Aufnahme in den Völkerbund erfolgte (im Jahr 1926).⁷² Dennoch wird 1926 als „Depressionsjahr“⁷³ bezeichnet – hier wurde andererseits im Gegensatz zu den vorhergehenden und nachfolgenden Jahren bis 1929 ein Leistungsbilanzüberschuss⁷⁴ (und damit einhergehend auch ein positiver Saldo in den Devisen) erzielt.⁷⁵

3.1.2. Österreich

In Österreich stellte sich die Lage ähnlich jener dem Deutschen Reich dar. Die Umwälzungen in Österreich waren jedoch noch größer, da im Gegensatz zum Deutschen Reich nicht kleinere territoriale Verluste zu verkraften waren, sondern das verbliebene Österreich nur einen kleinen Teil des ehemals großen Reiches der Habsburgermonarchie darstellte. Mit dem Friedensvertrag von Saint-Germain 1919 wurde auch fixiert, dass Österreich alleine bestehen bleiben sollte und sich nicht – wie ursprünglich angedacht und im Namen „Deutschösterreich“ zum Ausdruck kommend – dem Deutschen Reich anschließen konnte.⁷⁶

In der Ersten Republik bestanden infolgedessen erhebliche Anpassungsschwierigkeiten an die Existenz als neuer, erheblich verkleinerter Staat. Diese Phase ab 1918 kann daher als Trans-

⁷⁰ Vgl. ebd., 126-143.

⁷¹ Vgl. Manfred Nussbaum, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik (Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jh. bis 1945 in drei Bänden, Band 2, Berlin 1978) 111.

⁷² Vgl. Philipp Müller, Zeit der Unterhändler. Koordinierter Kapitalismus in Deutschland und Frankreich zwischen 1920 und 1950 (Hamburg 2019) 150.

⁷³ Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925-1936. In: Werner Conze, Hans Raupach (Hg.), Die Staats und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33 (Industrielle Welt. Schriftenreiche des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 8, Stuttgart 1967) 35-81; hier: 59.

⁷⁴ Vgl. ebd.

⁷⁵ Vgl. Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik, 108.

⁷⁶ Vgl. Butscher, Österreichische Wirtschaftsgeschichte, 182-183.

formationskrise am Beginn der Ersten Republik gesehen werden.⁷⁷ Aus rechtlicher Sicht wurde trotz der neuen Verfassung vom 1. Oktober 1920 eine Vielzahl der Gesetze aus der Monarchie übernommen.⁷⁸ Die Anpassungsschwierigkeiten resultierten daraus, dass zur Aufrechterhaltung von Warenströmen innerhalb des ehemaligen Gebietes der Habsburgermonarchie, welches einen großen gemeinsamen Wirtschaftsraum dargestellt hatte, nun eine oder mehrere Grenzen überwunden werden mussten. Eine derartige wirtschaftliche Verflechtung war nun in vielen Fällen nicht mehr praktikabel.⁷⁹ Einige Industriebranchen waren für das kleine Österreich überdimensioniert, andere fehlten völlig, Arbeitsteilungen zwischen einzelnen Kronländern waren zerrissen worden.

Ähnlich wie im Deutschen Reich kam es am Beginn der Ersten Republik zu einer erheblichen Inflation, die auch gesellschaftliche Folgen nach sich zog.⁸⁰ Die erhebliche Geldschöpfung zur Finanzierung des Ersten Weltkrieges hatte bereits zu einer signifikanten Erhöhung des Bargeldumlaufs geführt. Die Umstellung auf die Friedensproduktion, die bis 1920 weitgehend abgeschlossen wurde, führte zu weiteren inflationären Entwicklungen. Die Inflation stieg aufgrund von Impulsen aus Zahlungsbilanz und Wechselkurseffekten immer weiter, sodass ab Sommer 1921 von einer Hyperinflation zu sprechen ist.⁸¹ Diese wurde auch dadurch ausgelöst, dass ein Plan einer Kreditgewährung an Österreich durch den Völkerbund, der sich seit März 1921 mit diesem Problem beschäftigte, nicht unmittelbar umgesetzt werden konnte. Weitere in Aussicht gestellte, aber nicht immer ausgezahlte Kredite bzw. der rasche Verbrauch von ausgezahlten Mitteln beschleunigten die Hyperinflation, die an ihrem Höhepunkt im August 1922 eine Inflationsrate von 124% im Vergleich zum August des Vorjahres erreichte. Aufgrund dieser Entwicklung und der möglichen unabsehbaren Folgen eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs Österreichs für Mitteleuropa konnte mit dem Völkerbund doch eine Lösung erzielt werden. Im Rahmen der „Genfer Sanierung“⁸² wurde u.a. die sogenannte

⁷⁷ Vgl. Peter Becker, Politisierung der Verwaltung in Zeiten der Krise: Drei Szenarien aus dem Österreich der Monarchie und Ersten Republik. In: Soziale Systeme. Zeitschrift für Soziologische Theorie 29, H. 1-2 (2024) 182-215, DOI: 10.1515/sosys-2024-0008; hier: 182.

⁷⁸ Vgl. Ilse Reiter-Zatloukal, Von der Demokratie zur Diktatur. Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz in der Ersten Republik. In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs. Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 8, H. 2: Normsetzung im Notstand. Außerordentliche Gesetzgebungsbefugnisse im 19. und 20. Jahrhundert (2018) 294-317; hier: 294-295.

⁷⁹ Vgl. Butscher, Österreichische Wirtschaftsgeschichte, 184-185.

⁸⁰ Vgl. Österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, Verein für Bildungswesen (Hg.), Industrielle und andere Revolutionen. Gesellschaftliche Umbrüche im 19. und 20. Jahrhundert in Österreich (Wirtschaft in der Praxis, Wien 1988) 21.

⁸¹ Vgl. Karl Bachinger, Österreich 1918-1945. In: Karl Bachinger, Hildegard Hemetsberger-Koller, Herbert Matis (Hg.), Grundriss der Österreichischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart (2. Auflage, Wien 1989) 40-83; hier: 55.

⁸² Vgl. Butscher, Österreichische Wirtschaftsgeschichte, 200-202.

„Völkerbundanleihe“⁸³ im Umfang von 650 Mio. Goldkronen begeben, die von mehreren Staaten garantiert wurde. Tatsächlich konnte ein Nettoerlös von 611 Mio. Goldkronen damit erzielt werden, der zur Stabilisierung des Wechselkurses beitrug.⁸⁴ Nach den „Genfer Protokollen“⁸⁵ die Österreichs Souveränität durch die Einsetzung eines Generalkommissars des Völkerbundes reduzierten, erfolgten weitere Schritte zur endgültigen und nachhaltigen Sanierung der Währung. Zu diesem Zweck wurde mit 1. Jänner 1923 die Oesterreichische Nationalbank gegründet. Die Inflation konnte eingedämmt sowie der Wechselkurs und damit der Wert der Währung erfolgreich stabilisiert werden, sodass die inzwischen entwertete Währung (Kronen, K) per 1. März 1925 durch eine neue Währung (Schilling, S) im Verhältnis von 1 S = 10.000 K ersetzt werden konnte.⁸⁶

Die Entwicklungen im Bereich der Industrie in Österreich wurden durch die Inflation ab dem Beginn der 1920er-Jahre stimuliert, wobei die Rationalisierung des Produktionsapparates jedoch unmittelbar ausblieb. Erst in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre kam es zu Bemühungen in dieser Richtung, die jedoch aufgrund des zu geringen Umfangs der damit einhergehenden Investitionen keinen durchschlagenden Erfolg erzielten. Lediglich die organisatorische Effizienzsteigerung im Sinne der Schließung und Zusammenlegung von Unternehmen brachte bemerkbare Erfolge. Nach Wachstumsraten von real bis zu 13% pro Jahr ging die Industrieproduktion nach 1929 daher stark zurück.⁸⁷ Ähnlich verlief die Rationalisierung im Bereich der Landwirtschaft, wo ab Mitte der 1920er-Jahre Traktoren in Österreich aufkamen und somit zu einer umfassenderen Mechanisierung beitrugen.⁸⁸

Die beiden Jahrgänge 1925 und 1926 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ sind daher in Österreich in eine Zeit einzuordnen, in der sich die Erste Republik aus Sicht der Währung nach dem Ende der überschießenden Inflation durch die Einführung des Schillings konsolidiert hatte. Weiters setzten in dieser Zeit Tendenzen zur Rationalisierung im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft ein. Die unmittelbarsten Anpassungsschwierigkeiten nach dem Ersten

⁸³ Vgl. Christa Hämerle, 1918 – Vom Ersten Weltkrieg zur Ersten Republik. In: Martin Scheutz, Arno Strohmeyer (Hg.), Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995) (VGS Studientexte 1, Innsbruck/Wien/Bozen 2010) 251-272; hier: 263.

⁸⁴ Vgl. Butscher, Österreichische Wirtschaftsgeschichte, 202.

⁸⁵ Vgl. Gerald Kohl, Die außerordentliche Gesetzgebung im Rahmen der Genfer Protokolle. Theorie und Praxis des „außerordentlichen Kabinettsrates“ 1922–1924. In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs. Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 8, H. 2: Normsetzung im Notstand. Außerordentliche Gesetzgebungsbefugnisse im 19. und 20. Jahrhundert (2018) 318-343; hier: 318.

⁸⁶ Vgl. Butscher, Österreichische Wirtschaftsgeschichte, 202-203.

⁸⁷ Vgl. Bachinger, Österreich 1918-1945, 63.

⁸⁸ Vgl. Hubert Weitensfelder, Technologische Entwicklungen. In: Markus Cerman, Franz X. Eder, Peter Eigner, Andrea Komlosy, Erich Landsteiner (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000-2000 (VGS Studientexte 2, Innsbruck/Wien/Bozen 2011) 161-177; hier: 173.

Weltkrieg waren damit überwunden und die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion erfolgt.

Auf das Deutsche Reich und Österreich bezogen fiel der besprochene Jahrgang damit in beiden Staaten in eine Phase nach dem Ersten Weltkrieg, in der wirtschaftlich gesehen nach turbulenten Jahren einigermaßen stabile Verhältnisse herrschten.

3.2. Entwicklung der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenversorgung und der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversorgung und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sind zentral, um die Analyse der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ entsprechend einordnen zu können. Aus diesem Grund erfolgt eine kurze Darstellung dieser Themenbereiche bezogen auf das Deutsche Reich und Österreich

3.2.1. Deutsches Reich

Die Entwicklung im Bereich der Arbeitslosenversorgung auf dem Gebiet des Deutschen Reiches ist als komplex anzusehen. Bereits 1841 wurde in Dresden der „Verein für Arbeits- und Arbeiternachweis“ gegründet. Gedacht war der Verein vor allem als sozialpolitisches Instrument im Sinne der Vorbeugung bzw. Minderung von Armut.⁸⁹ Derartige Initiativen setzten sich von diesem Zeitpunkt an fort, sodass von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg die kommunale Arbeitsvermittlung dominierte, welche auch die Arbeitslosenversorgung miteinschloss.⁹⁰ Diese Entwicklung erfolgte vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften, wobei sich das Deutsche Reich als Gesamtstaat sowie dessen einzelne Gliedstaaten als nicht zuständig für dieses sozial- und wirtschaftspolitische Anliegen erklärten. Daher erfolgte die Umsetzung auf der Ebene der einzelnen Gemeinden bzw. Städte. Diese Einrichtungen der Arbeitsvermittlung wurden als „Arbeitsnachweis“ bezeichnet. Auf Ebene der Städte wurden nicht nur eigene öffentliche Arbeitsnachweise eingerichtet, sondern auch gemeinnützige Arbeitsnachweise ge-

⁸⁹ Vgl. Wolfgang R. Krabbe, Die Gründung städtischer Arbeiterschutz-Anstalten in Deutschland: Arbeitsnachweis, Arbeitslosenfürsorge, Gewerbegericht und Rechtsauskunftstelle. In: Werner Conze, Ulrich Engelhardt (Hg.), *Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 33, Stuttgart 1981)* 425-445; hier: 427.

⁹⁰ Vgl. Dieter G. Maier, Anfänge und Brüche der Arbeitsverwaltung bis 1952. Zugleich ein kaum bekanntes Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte. (Brühl/Rheinland 2004), online unter: <<https://core.ac.uk/download/pdf/71728319.pdf>> (02.08.2025); hier: 12.

fördert.⁹¹ Die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Fragen des Arbeitsnachweises,⁹² seiner Ausgestaltung und Praxis⁹³ sowie einer allfälligen Arbeitslosenversicherung⁹⁴ erfolgte ebenfalls in umfassender Form in dieser Zeitspanne. Die Arbeitsnachweise dienten dabei vor 1918 auch zur Konstruktion von Arbeitsmärkten, die davor in dieser Form noch gar nicht vorhanden gewesen waren.⁹⁵

Während des Ersten Weltkrieges kam es ab 1916 zu einer schrittweisen Straffung der konkreten Bestimmungen und Agenden der Arbeitsvermittlung sowie zu einer allmählichen Zentralisierung auf der Ebene des Reiches, welche sich im Zuge der Demobilisierung nach dem Kriegsende fortsetzte.⁹⁶ Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften arbeiteten immer mehr zusammen und errichteten paritätische Arbeitsnachweise, die von Vertreter*innen beider Seiten (Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen) beschickt wurden. Dieses Modell setzte sich schließlich auch auf der Ebene des gesamten Reiches durch. Mit dem Arbeitsnachweisgesetz von 1922 wurden die Gemeinden angewiesen, derart ausgestaltete Arbeitsnachweise zu errichten.⁹⁷ Es erfolgte eine Strukturierung der Arbeitsvermittlung in drei Ebenen: über den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf Ebene der Kommunen agierten die Landesämter für Arbeitsvermittlung, welche wiederum von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung beaufsichtigt wurden.⁹⁸

Die Erwerbslosenfürsorge im Deutschen Reich für Personen, die nicht im Arbeitsprozess standen und somit arbeitslos waren, lag nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend in der Hand der Gemeinden.⁹⁹ Ab 1921 fanden Arbeiten zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung statt, die mit einem entsprechenden Gesetzesentwurf auf ministerieller Ebene began-

⁹¹ Vgl. ebd., 12-13 sowie Dieter G. Maier, Einleitung. In Dieter G. Maier (Hg.), Geschichte der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland. Ausgewählte Texte 1877-1952 (Schriftenreihe der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung 52, Brühl/Rheinland 2008) 1-6, online unter: <https://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2010/2067/pdf/band_52.pdf> (29.07.2025); hier 2-3.

⁹² Vgl. Ignaz Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft. Band I: Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis. Gewerbeberichte und Einigungsämter (Berlin 1902).

⁹³ Vgl. Paul Wöbling, Der Arbeitsnachweis. Handbuch für den Gebrauch bei der Stellenvermittlung im Deutschen Reiche (Berlin 1918).

⁹⁴ Vgl. Karl Kumpmann, Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Mit besonderer Rücksicht auf Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reich (Tübingen 1920).

⁹⁵ Vgl. Thomas Buchner, Arbeitsmärkte ordnen oder konstruieren?. Öffentliche Arbeitsnachweise in Deutschland (circa 1890 bis 1914). In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 100, H. 3 (2013) 292-310, DOI: 10.25162/vswg-2013-0009; hier: 298.

⁹⁶ Vgl. Maier, Anfänge und Brüche, 12.

⁹⁷ Vgl. Maier, Einleitung, 3.

⁹⁸ Vgl. Verena Hennings, Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik (Schriftenreihe des Arbeitskreises Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland 3, Frankfurt am Main 2008) 29.

⁹⁹ Vgl. Christoph Sachße, Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871-1929 (Stuttgart 1988) 95.

nen.¹⁰⁰ Im September 1925 veröffentlichte das Reichsarbeitsministerium eine entsprechende Gesetzesvorlage. Diese wurde im Reichstag und in der Fachwissenschaft intensiv diskutiert. Im Dezember 1926 erfolgte die Einbringung in den Reichstag zum Beginn des Gesetzgebungsprozesses, wobei der ursprüngliche Entwurf von 1925 nicht grundlegend verändert worden war. Der Beschluss des Gesetzes erfolgte im Juli 1927.¹⁰¹ Dieses Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vereinigte die damit neu eingeführte Arbeitslosenversicherung mit den Zuständigkeiten der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung.¹⁰² Damit verloren die Kommunen ihre Zuständigkeiten in diesem Bereich. Begründet wurde dies mit einem angeblich mangelnden Ausbau der Einrichtungen auf diesem Gebiet. Kritik an diesem Schritt der Zentralisierung setzte bald ein.¹⁰³ Kontinuitäten in Bezug auf die durch das AVAVG eingeführten organisatorischen Bestimmungen sind nach dem Zweiten Weltkrieg feststellbar, als in der Bundesrepublik Deutschland wieder darauf zurückgegriffen und diese in der Folge weiterentwickelt wurden.¹⁰⁴

Wohlfahrtspflege und damit auch Erwerbslosenfürsorge war im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur eine Angelegenheit öffentlicher Stellen. So existierten eigene Strukturen der jüdischen Wohlfahrtspflege, welche stets eine Sonderstellung eingenommen hatte.¹⁰⁵ Ebenso wurden besondere Vorkehrungen für eine effiziente Arbeitsvermittlung von Frauen getroffen.¹⁰⁶ Notstandsarbeiten, bei denen Personen durch Bemühungen im Sinne kommunaler oder anderer öffentlicher Arbeiten im Arbeitsprozess gehalten wurden, waren ebenso Teil der Arbeitsvermittlung im Sinne einer „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ (im Gegensatz zur „unterstützenden Erwerbslosenfürsorge“ mit lediglich Geld- und/oder Sachleistungen). Mit dem AVAVG wurden derartige Arbeiten nicht mehr als Notstandsarbeiten, sondern als „wertschaffende Arbeitslosenfürsorge“ bezeichnet.¹⁰⁷

Zur Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich in der Weimarer Republik sind in der Anfangszeit verlässliche und mit Zahlen belastbare Aussagen schwierig zu gewinnen. Vorläufer statisti-

¹⁰⁰ Vgl. Sascha Münnich, Interessen und Ideen. Die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland und den USA (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 70, Frankfurt am Main 2010) 225-228.

¹⁰¹ Vgl. Naoki Fukuzawa, Staatliche Arbeitslosenunterstützung in der Weimarer Republik und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung (Europäische Hochschulschriften V/1613, Frankfurt am Main 1995) 255-277.

¹⁰² In Kapitel 3.4. folgen nähere Ausführungen zur Berufsberatung.

¹⁰³ Vgl. Maier, Einleitung, 3.

¹⁰⁴ Vgl. Hans-Walter Schmuhl, Zur Geschichte der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Sozioökonomische Berichterstattung/Werkstattgespräch 2: „Regulierung des Umbruchs – Umbruch der Regulierung?“, Göttingen, 9./10. März 2006, online unter <https://forschungsnetzwerk.ams.at/dam/jcr:c27ace9f-ed08-4e9d-bf94-9fde3e158fe3/arbeitsmarktforschung_historische_perspektive_hans_walter_schmuhl.pdf> (02.08.2025).

¹⁰⁵ Vgl. Hennings, Jüdische Wohlfahrtspflege, 39-42.

¹⁰⁶ Vgl. Susanne Rouette, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg (Reihe Geschichte und Geschlechter 6, Frankfurt am Main/New York 1993) 203-219.

¹⁰⁷ Vgl. Maier, Anfänge und Brüche, 41-43.

scher Erhebungen erfolgten ab 1897 durch die Veröffentlichung von Zahlen bezüglich der Arbeitssuchenden, der offenen sowie der besetzten Stellen, die als private Initiative von Arbeitsnachweisen an den Berliner Universitätsprofessor und Charlottenburger Stadtrat Ignaz Jastrow gemeldet und in dessen Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“¹⁰⁸ veröffentlicht wurden. Die Anzahl der daran beteiligten Arbeitsnachweise nahm von Jahr zu Jahr zu. Auch Krankenkassen und Rentenversicherungsträger begannen zu dieser Zeit, Daten über Beschäftigte zu veröffentlichen. Ebenso gaben die Gewerkschaften (bis 1927) Daten über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder heraus. Letztere Zahlen sind aufgrund der geringen gewerkschaftlichen Durchdringung jedoch nicht als repräsentativ anzusehen.¹⁰⁹

Das Kaiserliche Statistische Reichsamt übernahm ab 1903 die Zahlenerhebung von Jastrow und veröffentlichte die Ergebnisse im zu diesem Zweck gegründeten „Reichs-Arbeitsblatt“. Erst nach dem Ersten Weltkrieg verbesserte sich die Daten-Situation langsam.¹¹⁰ Differenziertere Aussagen zur Arbeitslosigkeit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen waren während der Phase der hohen Inflation jedoch noch nicht möglich,¹¹¹ sodass die These einer Vollbeschäftigung in dieser Zeit aufgrund der wenigen verfügbaren Zahlen nicht haltbar ist.¹¹² Das neu errichtete Reichsamt für Arbeitsvermittlung sah 1920 die Erhebung von Zahlen zur Arbeitsmarktlage als eine seiner zentralen Aufgaben und setzte dementsprechende Initiativen zur Erhebung von Daten. Mit dem Arbeitsnachweisgesetz erfolgte die Verpflichtung, entsprechende Zahlen an die Landesämter für Arbeitsvermittlung zu melden. Mit dem AVAVG ermöglichte die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung einen verhältnismäßig guten Überblick über die Arbeitslosenzahlen, welche ab 1929 als belastbar anzusehen sind.¹¹³

Erwerbslosigkeit war in der Weimarer Republik allgemein sowohl ein Dauer-, als auch ein Massenphänomen. Trotz nicht belastbarer Zahlen für die ersten Jahre der Weimarer Republik ist davon auszugehen, dass Arbeitslosigkeit stets mehrere Millionen Menschen betraf. Arbeitslosigkeit war daher ein Lebensrisiko in der Industriegesellschaft, welches sich vor der Einführung der Arbeitslosenversicherung mit dem AVAVG 1927 individuell sehr negativ

¹⁰⁸ Wie Kapitel 2.1. zeigt, war dies eine jener Zeitschriften, aus der „Arbeit und Beruf“ in der Folge entstanden ist.

¹⁰⁹ Vgl. Maier, Anfänge und Brüche, 31-32 sowie Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft, Titelblatt.

¹¹⁰ Vgl. ebd., 32.

¹¹¹ Vgl. Susanne Rouette, Die Realitäten der Zahlen. Arbeitsmarktstatistik und Politik zu Beginn der Weimarer Republik. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 34, H. 1 (1993) 133-154; hier: 153.

¹¹² Vgl. Heike Knortz, Der Arbeitsmarkt in der frühen Weimarer Republik. Ein Beitrag zur „Vollbeschäftigungsthese“ der Inflationsforschung. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 38, H. 1 (1997) 119-134; hier: 134.

¹¹³ Vgl. Maier, Anfänge und Brüche, 32-33.

auswirken konnte.¹¹⁴ Die verfügbaren Zahlen für den Gesamtstaat, welche wie erwähnt kritisch zu sehen sind, zeigen für die Zeit von April 1924 bis Oktober 1925 die niedrigste Arbeitslosenquote von unter 5%. Davor und danach waren die Zahlen stets höher.¹¹⁵ Lediglich rund 500.000 Personen nahmen in dieser Zeit Instrumente der Erwerbslosenfürsorge in Anspruch. Danach steigen die Zahlen rasch an und erreichen Anfang 1926 eine ausgewiesene Zahl von ca. 2,1 Mio. Personen. Bis zum dritten Quartal 1926 sank die Zahl wieder auf knapp unter 2 Mio. Personen, bevor sie zum Jahresende wieder auf den Ausgangswert von zu Beginn des Jahres zurückkehrte. In den folgenden Jahren stieg die Arbeitslosigkeit weiter an.¹¹⁶ Diese Entwicklung nutzte auch die NSDAP erfolgreich für ihre Propaganda.¹¹⁷

In der Weimarer Republik waren zum Zeitpunkt der Untersuchung 1925/1926 noch die Kommunen für die Arbeitsvermittlung in den Arbeitsnachweisen unter einer zentralen Aufsicht zuständig. Ein neues Gesetz zur Arbeitslosenversicherung wurde diskutiert und Ende 1926 auch zur Beschlussfassung in den Reichstag eingebracht. Die Arbeitslosigkeit war 1925 nach den verfügbaren Daten noch auf einem relativ niedrigen Niveau, erhöhte sich jedoch 1926 drastisch.

3.2.2. Österreich

In der Habsburgermonarchie verlief die Arbeitsvermittlung oftmals auf einer informellen Ebene. Erst Ende des 19. Jahrhunderts wurden kommunale Initiativen zur Arbeitsvermittlung gesetzt, die sich vor allem auf größere Städte wie die späteren Landeshauptstädte der Republik sowie größere Städte wie beispielsweise Dornbirn, Bruck an der Mur, Stockerau, Korneuburg oder Wiener Neustadt beschränkten. Gesetzliche Initiativen auf der Ebene des österreichischen Teils der Monarchie wurden vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr umgesetzt. Ab 1914 wurden „Erntekommissionen“ eingesetzt, die die Zuteilung von Arbeitskräften in die Landwirtschaft während des Ersten Weltkrieges koordinieren sollten. Auch für kriegsversehrte Personen wurden ab 1915 erste Instrumente der Arbeitsvermittlung eingerichtet.¹¹⁸

Die Entwicklungen im Kriegsgeschehen führten auf ministerieller Ebene zu Überlegungen, wie die Demobilisierung der Soldaten nach Kriegsende organisiert werden sollte. Zu diesen

¹¹⁴ Vgl. Knortz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 194-197.

¹¹⁵ Vgl. Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen, 38.

¹¹⁶ Vgl. Knortz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 198.

¹¹⁷ Vgl. Nikolaus Kowall, „Arbeit und Brot“ – die sozioökonomische NS-Propaganda vor 1933. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 103, H. 6 (2023) 406-412, DOI: 10.2478/wd-2023-0118.

¹¹⁸ Vgl. Mathias Krempl, Arbeitsamt und Staatsgewalt. Arbeitsmarktbehördliche Organisation und Sachfragen im politischen Wandel. In: Mathias Krempl, Johannes Thaler, Arbeitsmarktverwaltung in Österreich 1917-1957. Bürokratie und Praxis (Wien 2015) 13-274; hier: 27-32.

Überlegungen gehörte auch die Einrichtung von Organisationen zur Arbeitsvermittlung für die gesamte Bevölkerung. Die freien Gewerkschaften unterstützten derartige Initiativen.¹¹⁹ In der Folge wurde im Jahr 1917 durch das Innenministerium die Arbeitsvermittlungsverordnung (AVVO) entlassen. Diese wurde aufgrund des bevorstehenden Kriegsendes in der Praxis nicht mehr wirksam, stellte aber die Grundlage für die weiteren Entwicklungen in der Ersten Republik dar. Vorgesehen waren freiwillig aufzusuchende staatliche Einrichtungen zur Arbeitsvermittlung mit einer zentralen Reichsstelle und Landesämtern, welche Arbeitsnachweissstellen einzurichten bzw. zu zertifizieren hatten. Bis zum Ende der Monarchie existierten lediglich 23 derartiger Arbeitsnachweissstellen.¹²⁰

1918 wurden zusätzlich zu den Landesstellen für Arbeitsvermittlung Industrielle Bezirkskommissionen eingerichtet, die die Errichtung paritätisch (aus Vertreter*innen der Arbeitgeber*innen sowie der Arbeitnehmer*innen) besetzter Arbeitsnachweissstellen je nach Bedarf begünstigen sollten. Die Industriellen Bezirkskommissionen entwickelten sich innerhalb kurzer Zeit zu den bestimmenden Einrichtungen in der Arbeitsvermittlung. Diese Rolle behielten sie bis 1935. Industrielle Bezirkskommissionen wurden in den Landeshauptstädten sowie zur optimalen regionalen Abdeckung in einigen weiteren größeren Städten wie beispielsweise Wiener Neustadt, Gmünd und (ab 1922 für das neu zu Österreich hinzugekommene Burgenland) im heutigen Bad Sauerbrunn eingerichtet. Österreich erfüllte damit bereits die Vorgaben eines Übereinkommens der ILO (International Labour Organisation) von 1919, welches erst 1924 ratifiziert wurde.¹²¹

Die Unterstützung von Arbeitslosen war in der Habsburgermonarchie nicht von staatlicher Seite vorgegeben. Abgesehen von Naturalverpflegungsstationen, die vorübergehend arbeitslos gewordene Menschen mit Mahlzeiten versorgten, bestand keine Absicherung für erwerbslose Personen. Vielmehr wurde in unterschiedlicher Intensität das Heimatrecht angewendet, auf dessen Basis Arbeitslose von ihrer Wohnsitzgemeinde in ihre Heimatgemeinde abgeschoben wurden. Besonders im 19. Jahrhundert wurde diese Bestimmung in Wien phasenweise rigoros durchgesetzt. Die Heimatgemeinden hatten in Form einer Armenfürsorge für verarmte Gemeindeglieder*innen mit Heimatrecht zu sorgen.¹²²

¹¹⁹ Vgl. Margarete Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 82, Wien/Köln/Weimar 1992) 326-331.

¹²⁰ Vgl. Kremlpl, Arbeitsamt und Staatsgewalt, 37-40.

¹²¹ Vgl. ebd., 45-52.

¹²² Vgl. Ilse Reiter-Zatloukal, „Abgeschobene“, „Notständler“, „Ausgesteuerte“. Von der „Polizeisozialpolitik“ zur Arbeitslosenfürsorge in Österreich. In: juridikum. Zeitschrift für kritik - recht - gesellschaft, H. 1: Arbeitslosigkeit (2016) 69-82, DOI: 10.33196/juridikum201601006901; hier: 69-71.

In der Ersten Republik wurde bereits im November 1918 eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt, die großzügig ausgestaltet war. Alsbald erfolgten Einschränkungen wie beispielsweise jene im August 1919, dass die Arbeitslosenunterstützung erst ab dem achten Tag der Arbeitslosigkeit bezogen werden konnte. Im Mai 1919 waren noch über 180.000 Bezieher*innen der Arbeitslosenunterstützung zu notieren; aufgrund der Verschärfung der Vorschriften und Auslegungen derselben sank die Zahl der Bezugsberechtigten bis Dezember 1919 auf unter 50.000 Personen.¹²³

Im März 1920 wurde die Arbeitslosenunterstützung durch eine gesetzlich garantierte Arbeitslosenversicherung abgelöst, welche zu einem Dritt durch den Staat und zu jeweils einem weiteren Dritt durch Abgaben der Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen finanziert wurde. Damit wurde auch eine Beschäftigungspflicht für zugewiesene Arbeitsstellen verankert. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung entstand auch hier am achten Tag der Arbeitslosigkeit; die Bezugsdauer war zur Motivation der selbständigen Arbeitssuche auf 12 Wochen (in Ausnahmefällen 30 Wochen) begrenzt. In den folgenden Jahren wurden erhebliche Einschränkungen und Leistungskürzungen vorgenommen, sodass der Kreis der Bezugsberechtigten wie auch jener der tatsächlichen Bezieher*innen erheblich zurückging. So zog sich 1926 der Staat aus der Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung im Wesentlichen zurück.¹²⁴

Nach der Arbeitslosenunterstützung war es möglich, bis zu einem Jahr Notstandsaushilfe zu beziehen. Wurde auch dieser Bezug auf der individuellen Ebene eingestellt, war die Person „ausgesteuert“ und fiel auf die Ebene der Armenfürsorge in der Heimatgemeinde zurück. Ab Oktober 1927 wurden arbeitslose Arbeiter*innen mit einem Alter von über 60 Jahren in die Altersfürsorge überführt.¹²⁵

Die Abwicklung der Arbeitslosenunterstützung war bei den Industriellen Bezirkskommissionen angesiedelt, welche dafür eigene Arbeitslosenämter in einer Vielzahl von Orten errichteten. Diese waren grundsätzlich überfachlich organisiert. Lediglich in Wien und Graz existierten eigene Fach-Arbeitslosenämter für bestimmte Branchen.¹²⁶

Eine Form der Beschäftigung für Arbeitslose bestand neben der Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt ähnlich wie im Deutschen Reich auch in der 1922 eingeführten Produktiven Arbeitslosenfürsorge, in deren Rahmen Gebietskörperschaften Arbeiter*innen auf Vermitt-

¹²³ Vgl. ebd., 71-74.

¹²⁴ Vgl. ebd., 74-77.

¹²⁵ Vgl. ebd., 75-77.

¹²⁶ Vgl. Krempl, Arbeitsamt und Staatsgewalt, 50-54.

lung der Arbeitslosenämter für volkswirtschaftlich vorteilhafte Arbeiten einsetzen konnten. Vor allem Bauarbeiter*innen im Straßen- und Brückenbau wurden in dieser Form der Arbeitslosenfürsorge eingesetzt.¹²⁷ Die Produktive Arbeitslosenfürsorge wurde insgesamt auch aufgrund bürokratischer Schwierigkeiten nur verhältnismäßig wenig, wenngleich im Laufe der Jahre doch immer mehr genutzt. Aus rund 500 beschäftigten Personen im Rahmen der Produktiven Arbeitslosenfürsorge in den Jahren 1925 bzw. 1926 wurden bis 1928 über 20.000 Personen.¹²⁸

Die Zahl der Arbeitslosen bzw. die Arbeitslosenquote in Österreich war unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der Demobilisierung mit 147.000 Personen bzw. 8,3% noch verhältnismäßig hoch. Bis 1921 war ein Rückgang auf 23.000 Personen bzw. 1,1% zu verzeichnen. Danach folgte ein steter Anstieg der Arbeitslosen. 1925 betrug die Zahl 380.000 Menschen bzw. 11,7%; 1926 waren 298.000 Arbeitslose bzw. 12,9% zu notieren. Ab 1930 kam es aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Turbulenzen zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit.¹²⁹

In Österreich war zum Zeitpunkt der Untersuchung eine steigende Arbeitslosigkeit festzuhalten. Es existierte eine Arbeitslosenunterstützung, die jedoch bereits im Vergleich zu vorangegangenen Jahren Einschränkungen unterworfen war. In der Arbeitsvermittlung waren die Industriellen Bezirkskommissionen die wichtigsten Institutionen.

3.3. Kontextualisierung des Fachkräftemangels

Der Begriff „Facharbeitermangel“ bzw. „Fachkräftemangel“ in der heutigen, geschlechtsneutralen Version – immerhin sind es nicht nur Männer, die fachlich versiert und gut ausgebildet arbeiten können – ist aus einer historischen Perspektive nicht leicht zu fassen. Aus diesem Grund fallen die betreffenden Ausführungen auch sehr kurz aus.

In „Arbeit und Beruf“ tritt der Begriff „Facharbeitermangel“ in den beiden untersuchten Jahrgängen mehrfach auf, so beispielsweise in einem Artikel aus Heft 4 des Jahrganges 1925 mit dem Titel „Der Facharbeitermangel im Ofensetzerhandwerk“.¹³⁰ Dies zeigt, dass der Begriff bereits im frühen 20. Jahrhundert gebräuchlich war. Als Facharbeiter wurden dabei auf der Basis von Ausführungen in „Arbeit und Beruf“ zu dieser Zeit Personen gesehen, die eine ge-

¹²⁷ Vgl. ebd., 76-79.

¹²⁸ Vgl. Reiter-Zatloukal, Abgeschobene, 76.

¹²⁹ Vgl. Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte, 213.

¹³⁰ Vgl. AuB 1925, H. 4, 78-79. Artikel „Der Facharbeitermangel im Ofensetzerhandwerk“ von Ernst Schindler.

wisse Zeit in einem bestimmten Beruf gearbeitet hatten. Diese Dauer konnte sich von Beruf zu Beruf unterscheiden; oftmals lag die geforderte Zeit der Tätigkeit zwischen sechs und zwölf Monaten.¹³¹ Die Einordnung als „Facharbeiter“ konnte allerdings auch von der Nachfrage im jeweiligen Bereich abhängig sein.¹³² In der Regel bezog sich der Begriff „Facharbeiter“ jedoch auf die Industrie bzw. den sekundären Wirtschaftssektor.

Im Nationalsozialismus wurde der Facharbeitermangel besonders in Bezug auf Rüstungsbetriebe und die damit einhergehenden Vorbereitungen für einen Krieg bzw. für dessen Umsetzung als eine Herausforderung gesehen.¹³³ Es wurden daher mehrere Maßnahmen im Sinne einer verstärkten Berufs(aus)bildung in den geforderten Bereichen getroffen.¹³⁴

Nur durch eine weitere umfassendere Untersuchung, die über den Umfang dieser Masterarbeit hinausgehen würde, wäre feststellbar, wann der Wandel von der Verwendung des Begriffes „Facharbeitermangel“ zu „Fachkräftemangel“ einsetzte. Heute wird darunter das Phänomen verstanden, dass qualifizierte Personen für eine bestimmte Tätigkeit fehlen und dieser Umstand aus gesamtwirtschaftlicher Sicht in einem größeren Umfang auftritt. Dabei muss kein allgemeiner Arbeitskräftemangel auf dem gesamten Arbeitsmarkt herrschen. Die Bedeutung erweiterte sich außerdem über den sekundären Wirtschaftssektor hinaus,¹³⁵ wie auch die für die Migration bedeutsame Fachkräfteverordnung¹³⁶ zeigt, in der aktuelle Mangelberufe definiert werden. Die Bereitstellung von entsprechend qualifizierten Arbeitskräften ist daher auch heute noch für die Ansiedlung von Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor.¹³⁷

In Summe zeigt sich, dass der Begriff „Facharbeitermangel“ bzw. „Fachkräftemangel“ bereits über eine lange zeitliche Periode in Gebrauch und dieses Phänomen weiterhin aktuell ist.

¹³¹ Vgl. AuB 1925, H. 5, 84-86. Artikel „Wer ist Facharbeiter?“ von Dr. Erdmann Graack.

¹³² Vgl. AuB 1925, H. 7, 136-137. Artikel „Wer ist Facharbeiter?“ von Dr. Nerschmann als Replik auf den in der vorigen Fußnote referenzierten Beitrag.

¹³³ Vgl. Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 88, Göttingen 2011) 30.

¹³⁴ Vgl. Friedhelm Schütte, Facharbeitermangel und Berufserziehungspolitik 1933-1936. Die Ausbildungspolitik der Großindustrie und ihre Konflikte mit der Reichsregierung: Hintergründe, Maßnahmen, Ergebnisse. In: Historische Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (Hg.), Jahrbuch für Historische Bildungsforschung. Band 4 (Weinheim/München 1998) 267-295, online unter: <https://www.pedocs.de/volltexte/2018/15839/pdf/Jahrbuch_fuer_Historische_Bildungsforschung_Band_04.pdf> (29.07.2025); hier: 287-289.

¹³⁵ Vgl. Marcel Fink, Gerlinde Titelbach, Stefan Vogtenhuber, Helmut Hofer, Gibt es in Österreich einen Fachkräftemangel?. Analyse anhand von ökonomischen Knappheitsindikatoren (Wien 2015), online unter: <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/3891/1/IHS_Fachkr%C3%A4ftemangel_Endbericht_09122015_final.pdf> (29.07.2025); hier: 4-7.

¹³⁶ Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.), Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der für das Jahr 2025 Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften festgelegt werden (Fachkräfteverordnung 2025) (BGBl II 421/2024), online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgbLAuth/BGBLA_2024_I_421/BGBLA_2024_I_421.pdfsig> (29.07.2025).

¹³⁷ Vgl. Harald Bathelt, Johannes Glückler, Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive (3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart 2012) 170.

3.4. Entwicklung der Berufsberatung im Deutschen Reich und in Österreich

Die Begriffe „Beruf“¹³⁸ und „Beratung“¹³⁹ sind für sich selbst bereits komplexe Konstrukte – der Begriff „Berufsberatung“ daher umso mehr. Schon zeitgenössisch wurden Sinn und Zweck der Berufsberatung reflektiert.¹⁴⁰ Für die Entwicklung aller inhaltlicher Formen von Beratung wird die Berufsberatung als jene gesehen, die den Anstoß zu einem wissenschaftlich fundierten Beratungswesen gab.¹⁴¹

3.4.1. Deutsches Reich

Berufsberatung im Deutschen Reich begann Ende des 19. Jahrhunderts. Die Grundlage für den Begriff bildete die Möglichkeit für Frauen, außerhalb des eigenen Haushalts einer Arbeit nachzugehen. Die Verwendung des Begriffs ist erstmals 1898 durch den „Bund deutscher Frauenvereine“ nachweisbar. Die erste Berufsberatungsstelle wurde als „Auskunftsstelle für Frauenberufe“ im Jahr 1902 gegründet. In der Folge nahmen Bemühungen zur Berufsberatung immer weiter zu.¹⁴² Verschiedene Konzepte werden daraufhin entworfen, wobei beispielsweise in den Überlegungen Paul Oestreichs die Jugendlichen im Zentrum diesbezüglicher Bemühungen standen.¹⁴³ Der Entwurf derartiger neuer Zugänge zur Berufsberatung ist auch im Kontext eines möglichen individuellen Aufstiegs durch Bildung zu sehen, der durch einen entsprechend angesehenen Beruf erfolgen konnte.¹⁴⁴

1917 erfolgte von Bayern ausgehend eine erste staatliche Regelung zur Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Auch einige Jugendorganisationen setzten aus eigenem Antrieb diverse Initiativen in dieser Richtung. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahmen immer mehr die Arbeitsnachweise die Aufgaben der Berufsberatung.¹⁴⁵ Mit dem Arbeitsnachweisgesetz 1922 wurden „Allgemeine Bestimmungen über Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung“ gesetz-

¹³⁸ Dies zeigt sich alleine schon daran, dass es möglich ist, ein ausführliches Buch über diesen Begriff zu schreiben: Gerald Sailmann, *Der Beruf. Eine Begriffsgeschichte* (Histoire 147, Bielefeld 2018).

¹³⁹ Vgl. Franz-Christian Schubert, Dirk Rohr, Renate Zwicker-Pelzer, *Beratung. Grundlagen – Konzepte – Anwendungsfelder* (Basiswissen Psychologie, Wiesbaden 2019) 15-32.

¹⁴⁰ Vgl. Werner Horn, *Eignungsprüfung. Berufsberatung. Berufsfreude. Eine kritische Würdigung* (München/Berlin 1930) 11-17.

¹⁴¹ Vgl. Schubert/Rohr/Zwicker-Pelzer, *Beratung*, 7.

¹⁴² Vgl. Clinton Enoch, *Dimensionen der Wissensvermittlung in Beratungsprozessen. Gesprächsanalysen der beruflichen Beratung* (Wiesbaden 2011) 120.

¹⁴³ Vgl. Katharina Gröning, *Entwicklungsdimensionen pädagogischer Beratung. Zur Geschichte der Erziehungs-, Berufs- und Sexualberatung in Deutschland* (Gießen 2015) 101-102.

¹⁴⁴ Vgl. Alexander Mayer, „Freie Bahn dem Tüchtigen“ und „Aufstieg durch Bildung“. Soziale Mobilität als politisches Problem vom Vormärz bis zur Weimarer Republik. In: *Historische Zeitschrift* 312, H. 3 (2021) 649-686; hier: 677-682.

¹⁴⁵ Vgl. Enoch, *Dimensionen*, 120.

lich normiert,¹⁴⁶ allerdings waren die Arbeitsnachweisämter damit nicht dazu verpflichtet, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt bereits existierende Initiativen konnten damit bestehen bleiben. 1923 wurden durch das Reichsamt für Arbeitsvermittlung konkretere Bestimmungen erlassen, um ein einheitliches Niveau der Berufsberatung zu gewährleisten.¹⁴⁷

Mit dem AVAVG 1927 wurde die Berufsberatung eine verpflichtende Aufgabe der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung.¹⁴⁸ Angebote der Berufsberatung außerhalb staatlicher Einrichtungen wurden damit untersagt. Dies betraf alle gewerbsmäßigen und freien Angebote, insbesondere auch jene für Frauen.¹⁴⁹ Bedarf nach Berufsberatung war gegeben, denn führten öffentliche Arbeitsnachweise 1922/23 für 235.000 Personen Berufsberatung durch, stieg diese Zahl bis 1926/27 auf 426.000 Ratsuchende.¹⁵⁰ Berufsberatungsangebote an Schulen kamen in der Weimarer Republik ebenfalls auf und konnten in der Form von Elternabenden oder „Schulbesprechungen“ eben auch Angebote der Berufsorientierung für Jugendliche umfassen.¹⁵¹

3.4.2. Österreich

Vorformen der Berufsberatung auf dem Gebiet Österreichs entstanden bereits vor dem Ersten Weltkrieg, beispielsweise durch den „Zentralverein für Lehrlingsfürsorge“ ab 1880 oder die „Zentralstelle für Lehrlingsschutz“ ab 1906. Intensiviert wurde die Berufsberatung im Laufe des Ersten Weltkriegs, besonders durch Vereine für Frauen und Arbeitsämter bzw. Arbeitsnachweise, die entsprechende Tätigkeiten durchführten.¹⁵² Nach dem Ersten Weltkrieg entstand „*eine Sozialfigur des Bildungs- bzw. ,Berufsberaters‘‘.*¹⁵³ Der Schulreformer Otto Glöckel stellte die Forderung auf, Bildungs- und Berufsberatung in Schulen flächendeckend ein-

¹⁴⁶ Vgl. Katharina Gröning, Pädagogische Beratung. Konzepte und Positionen (2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2011) 25.

¹⁴⁷ Vgl. Maier, Anfänge und Brüche, 47-48.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., 48.

¹⁴⁹ Vgl. Gröning, Pädagogische Beratung, 25.

¹⁵⁰ Vgl. Maier, Anfänge und Brüche, 48.

¹⁵¹ Vgl. Enoch, Dimensionen, 121.

¹⁵² Vgl. Karin Gugitscher, Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historisch betrachtet. Vom Fürsorgewesen über individualisierte Bildungsberatung zur lebensbegleitenden Beratung und Kompetenzvermittlung. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmagazin für Forschung, Praxis und Diskurs 29: Bildungs- und Berufsberatung in Österreich. Standortbestimmung, Reflexionsräume und Perspektiven (2016) 03-1-03-14, online unter: <<https://www.erwachsenenbildung.at/magazin/16-29/meb16-29.pdf>> (04.08.2025); hier: 03-2-03-3.

¹⁵³ Karin Gugitscher, Birgit Schmidtke, Peter Schlägl, 100 Jahre Bildungs- und Berufsberatung in Österreich – Professionelles Beratungshandeln im Kontext historischer, handlungsstruktureller und selbstdeutungsbezogener Aspekte. In: Olaf Dörner, Anke Grotlüsch, Bernd Käplinger, Gabriele Molzberger, Jörg Dinkelaker (Hg.), Vergangene Zukünfte – neue Vergangenheiten. Geschichte und Geschichtlichkeit der Erwachsenenbildung (Schriftenreihe der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft [DGfE], Opladen/Berlin/Toronto 2020) 199-211; hier: 200.

zuführen, sodass sich in jeder Schule zumindest eine Lehrperson mit diesem Themengebiet befasste.¹⁵⁴

Zwischen 1918 und 1920 entstanden in mehreren österreichischen Städten Einrichtungen zur Berufsberatung, die meist den Jugendämtern angegliedert waren. In Wien und St. Pölten wurde ein eigenes Berufsberatungsamt eingerichtet, das durch die Städte gemeinsam mit der Arbeiterkammer betrieben wurde. In der Regel erfolgte die Berufsberatung jedoch im Zuge der Arbeitsvermittlung durch die Industriellen Bezirkskommissionen,¹⁵⁵ welche teilweise eigene Abteilungen oder Ämter zur Berufsberatung einrichteten.¹⁵⁶ Im Laufe der 1920er-Jahre erhöhte sich sukzessive die Zahl derartiger Einrichtungen. Die Berufsberatung erfreute sich stetiger Beliebtheit, so wurden in Wien im Jahr 1924 12.684 Beratungsfälle gezählt, welche 31.035 Beratungsgespräche in Anspruch nahmen. Auch in den anderen Bundesländern wurden die öffentlichen Einrichtungen der Berufsberatung rege frequentiert.¹⁵⁷

Die Berufsberatung war im Laufe des 20. Jahrhunderts insbesondere auch ein bedeutsames Instrument für Frauen im Sinne des Feminismus. Von der anfänglichen Fokussierung auf grundsätzliche Arbeitsmöglichkeiten in „Frauenberufen“ zur Erzielung eines eigenen Einkommens erfolgte durch Instrumente der Berufsberatung eine Emanzipierung der Frauen auf sämtliche Berufe des Arbeitsmarktes.¹⁵⁸ Bildungs- und Berufsorientierung als Teil der Berufsberatung besitzt heute noch einen Stellenwert, besonders im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen in der Arbeitswelt.¹⁵⁹ Aus diesem Grund wird auch heute noch in Österreich in Schulen ein besonderes Augenmerk auf diesen Bereich gelegt, indem eine verbindliche Übung „Bildungs- und Berufsorientierung“ in der Sekundarstufe I (Mittelschule bzw. AHS-Unterstufe) abzuhalten ist¹⁶⁰ und entsprechend kompetentes Personal an den jeweiligen Schulstandorten vorhanden bzw. verfügbar sein sollte.¹⁶¹

¹⁵⁴ Vgl. ebd., 201. Letztlich wurde dieser Anspruch heute erreicht.

¹⁵⁵ Vgl. Gugitscher, Bildungs- und Berufsberatung, 03-3.

¹⁵⁶ Vgl. Krempl, Arbeitsamt und Staatsgewalt, 43.

¹⁵⁷ Vgl. Gugitscher, Bildungs- und Berufsberatung, 03-4-03-5.

¹⁵⁸ Vgl. Céline Angehrn, Arbeit am Beruf. Feminismus und Berufsberatung im 20. Jahrhundert (Basel 2019) 275-294.

¹⁵⁹ Vgl. Gert-Holger Klevenow, Arbeit 4.0 – Folgerungen für die Berufsorientierung. In: Thomas Freiling, Ralph Conrads, Anne Müller-Osten, Jane Porath (Hg.), Zukünftige Arbeitswelten. Facetten guter Arbeit, beruflicher Qualifizierung und sozialer Sicherung (Wiesbaden 2020) 159-176.

¹⁶⁰ Vgl. Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Lehrpläne der Mittelschulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht (BGBI II 185/2012 idF BGBI II 280/2024). Aktuelle Fassung online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/277-lehrplan-2/download.html?Itemid=0>> (04.08.2025).

¹⁶¹ Vgl. Sabine Fritz, Ulrike Friedwagner-Evers, Michaela Marterer, Kommentar zum Fachlehrplan Bildungs- und Berufsorientierung (Mittelschule/AHS-Unterstufe), online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/411-kommentar-zum-lehrplan-2/download.html?Itemid=0>> (04.08.2025); hier: 3.

4. Allgemeine Analyse der Jahrgänge 1925 und 1926 von „Arbeit und Beruf“

In diesem Kapitel erfolgt eine überblicksmäßige Analyse der Jahrgänge 1925 und 1926 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“. Dabei werden Aspekte wie die Verteilung der Inhalte, der Preis der Zeitschrift sowie Veränderungen in ihrem Aufbau behandelt.

4.1. Jahrgang 1925

Im Jahr 1925 erschienen 24 Hefte von „Arbeit und Beruf“, die in Summe 676 Seiten umfassten. Dies entspricht durchschnittlich rund 28,2 Seiten pro Heft, sodass die Zeitschrift stets ein umfangreiches inhaltliches Spektrum abdecken konnte. Von den insgesamt 369 erfassten Beiträgen konnten in Orientierung am Untertitel der Zeitschrift 76 Beiträge der Kategorie „Arbeitsmarkt“, 59 Beiträge der Kategorie „Erwerbslosenfürsorge“, 82 Beiträge der Kategorie „Berufsberatung“ sowie 105 Beiträge der Kategorie „verwandte Gebiete“ zugeordnet werden. Der Rest (47 Beiträge) entfiel auf Anzeigen und Literatur. Abbildung 12 zeigt die zugehörigen prozentualen Anteile mit gerundeten Zahlen. Daraus ist ersichtlich, dass Beiträge zum Arbeitsmarkt und zur Berufsberatung die größten Anteile einnahmen. Unter „verwandte Gebiete“ ist eine Vielzahl an kleineren Themen wie beispielsweise Abhandlungen zum Arbeitsnachweis, zu psychologischen Aspekten und zur Migration zu finden, welche nicht eindeutig einer der anderen Kategorien zuzuordnen sind.

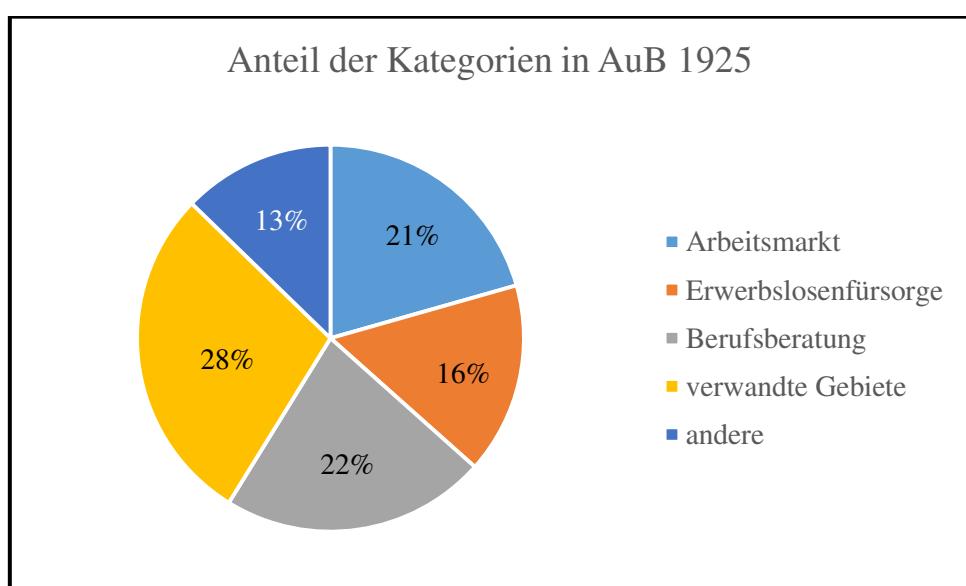


Abbildung 12: Anteile der Kategorien in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925
(Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)

Der Bezugspreis der Zeitschrift veränderte sich im Laufe des Jahres und betrug bis einschließlich Heft 9 „monatlich 2,00 Goldmark, zu bezahlen in wertbeständigem Gelde oder umgerechnet in Papiermark“.¹⁶² Ab Heft 10 wurde der Bezugspreis wie folgt festgesetzt: „vierteljährlich Mark 6,–, Einzelnnummer Mark 1,25, Sondernummer Mark 2,50“.¹⁶³ Daran zeigen sich die Nachwirkungen der in Kapitel 3.1.1. ausgeführten Zeit der Inflation im Deutschen Reich einschließlich der Währungsreform mit Einführung der Reichsmark, in die offensichtlich erst Mitte 1925 so viel Vertrauen gesetzt wurde, dass der Bezugspreis nach der neuen Währung endgültig festgelegt wurde. Im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten der Bevölkerung war der Bezug von „Arbeit und Beruf“ nicht besonders günstig, aber relativ moderat. Bei vierteljährlichem Bezug kommt ein Exemplar auf den Preis von 1 Reichsmark. Der Preis für 1 kg Großbrot betrug im Jahr 1925 in Berlin durchschnittlich 0,38 Reichsmark, für 1 kg Kleingebäck 0,66 Reichsmark. Eine Einzelnnummer entsprach damit knapp 3 kg Großbrot. Die wöchentlichen Mindestausgaben wurden im Dezember 1925 für einen erwachsenen Mann auf einen Betrag von 18,91 Reichsmark kalkuliert, davon 3,78 Reichsmark für den Posten „Sondiges“, welcher auch Zeitungen und Zeitschriften umfasst.¹⁶⁴ Bei der Preisgestaltung von „Arbeit und Beruf“ wäre es daher möglich gewesen, einen vierteljährlichen Bezug der Zeitschrift in diesem Posten unterzubringen.

Während des Jahrganges 1925 durchlief die Zeitschrift auch bezüglich ihres Aufbaus bzw. ihrer Gliederung der Beiträge einen internen Veränderungsprozess. Bis einschließlich Heft 13 umfassten die einzelnen Hefte folgende sechs inhaltliche Blöcke bzw. Rubriken, welche mit Römischen Zahlen zur Ordnung gekennzeichnet waren. Abbildung 13 zeigt die Gliederung, Abbildung 14 auf der folgenden Seite ein vollständiges Inhaltsverzeichnis.

- I. Aufsätze**
- II. Arbeitsmarkt, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung**
- III. Arbeitsnachweisgesetz, Verordnungen, Bescheide**
- IV. Aus den Arbeitsnachweisämtern**
- V. Berufsberatung**
- VI. Literarische Umschau**

Abbildung 13: Gliederung der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Hefte 1-13

¹⁶² Als Beispiel AuB 1925, H. 9, 177.

¹⁶³ Als Beispiel AuB 1925, H. 10, 201.

¹⁶⁴ Vgl. Hans Guradze, Die Brotpreise und Kosten des Lebensbedarfs in Berlin im Jahre 1925. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 124, H. 1 (1926) 129-131; hier: 129-130.

Inhalt:	
I. Aussäge.	Seite
Die Arbeitsdienstpflicht. (Schluß). Von Regierungsrat Max Schlederer, München	130
Wer ist Facharbeiter? Von Direktor Dr. Nerschmann, Dresden	136
Die billige Arbeitskraft der Notstandsarbeiter. Kann Notstandarbeit verweigert werden? Von Stadtrat Dr. rer. pol. Lehmann, Liegnitz	137
Berufsberatung, Berufsauslese, Berufsausbildung. (Schluß.) Von Ministerialrat Prof. Dr. Biermann, Berlin-Steglitz	139
Umschau. Von Dr. Walter Stets, Berlin	141
II. Arbeitsmarkt, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung.	
Kaufmännischer Arbeitsmarkt und Provisionsvertreter. Von Fritz Wagner, Frankfurt a. M.	144
Schwierige Arbeitsvermittlung	145
III. Arbeitsnachweisgesetz, Verordnungen, Bescheide.	
Bescheide	147
IV. Aus den Arbeitsnachweisämtern	
Der Ausbau der weiblichen Arbeitsvermittlungen bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen	148
Der Facharbeitsnachweis für das Baugewerbe Berlin	149
V. Berufsberatung.	
Berufsberatung in Württemberg	150
VI. Literarische Umschau	152

Abbildung 14: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 7 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)

In Abschnitt I waren in der Regel längere Auseinandersetzungen eines*r Autors*in mit einem bestimmten Thema abgedruckt. Diese waren meist mit dem Namen der Person versehen, die den Text verfasst hatte. Block II enthielt gemischt entweder ebenso wie Block I längere, mit Namen gekennzeichnete Texte zum Bereich Arbeitsmarkt, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung oder kürzere Meldungen. Rubrik III enthielt Mitteilungen rechtlicher Art über erlassene Gesetze oder Entscheidungen von Gerichten sowie ähnlichen Justizbehörden. Block IV enthielt ähnlich wie Block II längere Einlassungen oder kürzere Meldungen, die die Arbeitsnachweise betrafen. Abschnitt V widmete sich ebenso in Lang- oder Kurzform Entwicklungen der Berufsberatung. Block VI rundete das jeweilige Heft mit Buchbesprechungen sowie Hinweisen auf aktuelle Literatur ab. Sofern in einem Heft bestimmte Blöcke nicht genutzt wurden, entfiel diese Nummer unter Beibehaltung der Nummerierung der anderen Rubriken. Wenn beispielsweise keine Texte zu Block IV abgedruckt waren, wurde nach III. Arbeitsnachweisgesetz, Verordnungen, Bescheide mit V. Berufsberatung fortgesetzt. Die Reihenfolge der Abschnitte blieb stets gleich. Abbildung 15 auf der folgenden Seite zeigt ein Beispiel einer derartigen Auslassung.

In Heft 14 erfolgte eine umfassende Neustrukturierung der Zeitschrift. Als bedeutendste Neuerung wurde ein neuer Abschnitt „Nachrichten aus der Praxis“ eingeführt. Die Schriftleitung führte dazu aus:

„Vielfachen an uns herangetretenen Wünschen entsprechend, haben wir uns entschlossen, unter gleichzeitiger Vergrößerung des Gesamtumfanges der Zeitschrift von dieser Nummer ab regelmäßig ‚Nachrichten für die Praxis‘ zu bringen. Es sollen unter diesem Titel alle Fragen der Praxis des Arbeitsnachweises, der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zur Erörterung kommen und vor allem eine Sammlung der Erfahrungen aus allen Teilen des Reiches über die Einzelfragen gegeben werden. Eine rege Mitarbeit aus den Kreisen der Praktiker wäre uns hierbei sehr erwünscht.“¹⁶⁵

¹⁶⁵ AuB 1925, H. 14, 335. Äußerung der Schriftleitung.

Inhalt:	
I. Aussäge.	Seite
Arbeitgeber oder gewerbsmäßiger Stellenvermittler? Von Dr. Erwin Münch, Berlin	250
Berliner Arbeitsmarktprobleme. Von Dir. Dr. Erdmann Graack, Dezerent im Landesarbeitsamt Berlin	255
Die Eignung zum hauswirtschaftlichen Berufe. Von Dr. Margarethe Thomae, Berlin	258
Umschau. Von Dr. Walter Stets, Berlin	262
II. Arbeitsmarkt, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung.	
Die neuen Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten. Von Stadtrat Dr. Lehmann, Liegnitz	265
Nichtlinien für die Aurechnung von Vermögensbesitz auf die Erwerbslosenunterstützung. Von Friedrich d'Orville	266
V. Berufsberatung.	
Eine Tagung der badischen Berufsberatungsstellen. Von Dr. Charlotte Anders, Karlsruhe	267
Praktische Lehrlings- und Lehrstellenvermittlung. Von Alex Menne, Frankfurt a. M.	269
Die Berufsberatung in der französischen Schweiz. Von Studienassessorin Käthe Gottschalk, Berlin-Steglitz	270
VI. Literarische Umschau	271

Abbildung 15: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 11 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)

Darüber hinaus erfolgte in Verbindung mit der Einführung der „Nachrichten aus der Praxis“ in Heft 14 eine Änderung der Rubriken, indem diese auf insgesamt acht erhöht wurden. Abbildung 16 zeigt die entsprechende Übersicht. Einzig Heft 22 enthielt – wie in Abbildung 17 auf der nächsten Seite dargestellt – im Jahr 1925 Beiträge zu allen acht dargestellten Rubriken.¹⁶⁶ Die Reihenfolge der Blöcke blieb auch hier stets gleich, jedoch wurde bei Entfall eines Blockes im Gegensatz zur vorherigen Gliederung die Nummerierung ohne Auslassung einer Zahl fortgesetzt. Enthielt ein Heft beispielsweise keine Ausführungen zu Block V. Aus den Arbeitsnachweisämtern, wurde danach mit dem Block „Nachrichten aus der Praxis“ fortgesetzt, der diesfalls mit der Zahl V. versehen war. Abbildung 18 auf der übernächsten Seite zeigt ein Beispiel für eine derartige Auslassung. Mit Heft 16 erfolgte weiters eine optische Vereinfachung des Inhaltsverzeichnisses, indem der Schmuckrand um dieses entfiel.¹⁶⁷

- I. Aufsätze**
- II. Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung**
- III. Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten**
- IV. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung**
- V. Aus den Arbeitsnachweisämtern**
- VI. Nachrichten aus der Praxis**
- VII. Auslandsrundschau**
- VIII. Literarische Umschau**

Abbildung 16: Gliederung der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Hefte 14-24

Die Änderungen zeigen – auch in Verbindung mit den Ausführungen der Schriftleitung –, dass ein erhöhter Bedarf nach noch mehr Informationen und Praxisbezug zu den Themen der Zeitschrift gewünscht war. Im Sinne der Auflagestärkung versuchte die Schriftleitung, den Wünschen der Bezieher*innen gerecht zu werden, um sie weiterhin zu einem Abonnement von „Arbeit und Beruf“ zu motivieren. Hervorzuheben ist, dass explizit auch Äußerungen von allen Angestellten in Behörden angefordert wurden, um eine möglichst breite Beteiligung zu erreichen.

¹⁶⁶ Vgl. AuB 1925, H. 22, 573.

¹⁶⁷ So beispielsweise AuB 1925, H. 18, 441.

Inhalt:		
I. Aufsätze.	Seite	
Die Stellung der Landesarbeitsämter unter den Arbeitsnachweiszämlern. (Von Dr. Ordemann, Münster i. W.)	442	
Das Archiv im Berufssamt, im Arbeitsnachweis und ähnlichen Organisationen. Von Dr. Edith Jacoby-Döcke, Münster i. W. (Fortsetzung)	446	
Umschau. Von Dr. Walter Stets, Berlin	450	
II. Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung.		
Österreichische Arbeitskräfte für Deutschland	453	
III. Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten.		
Die wichtigsten bei der Arbeitsvermittlung für unterstützte Erwerbslose zu beachtenden Bestimmungen	454	
IV. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.		
Aus der Praxis der kaufmännisch-weiblichen Abteilung des Berufssamts Frankfurt a. M. Von Emma Löewe, Frankfurt a. M.	456	
II. (Westdeutscher) Lehrgang für Berufsberatung	459	
Die Lehrlingshaltung in der Schweiz. Von Dr. Max Senger, Bern	461	
V. Nachrichten aus der Praxis.	Seite	
B. Arbeitsvermittlung	462	
Unterbringung von Angestellten	462	
E. Erwerbslosenfürsorge	463	
Versagung des Unlernezußschusses an ausgesteuerte Erwerbslose	463	
Anrechnungsfreiheit sozialer Leistungen	463	
Beitragsfreiheit ist unbedingt von der Anzeige abhängig	463	
Umfang der Befreiung von der Beitragspflicht zu den Kosten der Erwerbslosenfürsorge	464	
Unfallversicherung der Pflicht- und Notstandsarbeiter	464	
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge in Preußen im Monat Juli 1925	464/465	
G. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung	464	
Lehrlingsbewegung im Berliner Handwerk	464	
Die Leipziger Berufsberatung in der Tschechoslowakei	465	
Zur Frage der Ueberfüllung des Bergbaustudiums. Von Bergassessor W. de la Saucce, Halle a. S.	466	
Wohlfahrtschule der Stadt Köln	467	
VI. Literarische Umschau	467	

Abbildung 17: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 18 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)

Inhaltsverzeichnis	
I. Aufsätze	
Die Jugendlichen in der Arbeitslosenversicherung. Von Dr. Franziska Kern-Chüller	Seite 574
Der Seemann. (Ein Berufsbild unter besonderer Berücksichtigung des Nachwuchses für das rein seemannsche Personal.) Von Adalbert Voigt, Leer (Ostf.) — Schluß	576
Umschau	580
II. Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung	
Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung im Deutschen Reich im 2. Vierteljahr 1925	582
Zur Arbeitsmarktlage i. Baugewerbe d. Deutschen Reiches	584
Die Fürsorge für jugendliche Wanderer in Württemberg	585
III. Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten	
Einnahmen und Ausgaben in der ErnFür im Deutschen Reich im Monat September 1925	586
Einnahmen und Ausgaben der Provinzialausgleichskassen für Erwerbslosenfürsorge in Preußen im Monat Oktober 1925 (Tabelle 2)	587
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge in Preußen im Monat September 1925 (Tabelle 1)	588/589
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge in den Ländern außerhalb der Preußisch-Hessisch-Lippischen Gefahrengemeinschaft im Monat September 1925 (Tabelle 3)	588/589
Zur Pflichtarbeitsfrage. Von Reg.-Rat M. Venda, Berlin	590
IV. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung	
Schule und Berufsberatung. Von Dr. Bruno Klopfer, Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin	592
Vorschläge des Breslauer Hilfschulvereins zur beruflichen Betreuung der Schwachbefähigten	594
V. Aus den Arbeitsnachweismärkten	
Jahreshauptkonferenz der ARN im Bezirke des LArBA Niedersachsen	595
Errichtung einer Zweigstelle des Arbeitsnachweises der Landwirtschaftskammer Schlesien in Liegnitz	596
VI. Nachrichten aus der Praxis	
A. Arbeitsnachweis und Arbeitsnachweisangestellte	597
Betriebsrätegesetz und Arbeitsnachweisangestellte. Von Otto Hauffscher, Berlin 597 — Arbeitsnachweiswoche 598 — Bau von Arbeitsnachweisgebäuden in Preußen 598.	
B. Arbeitsvermittlung	Seite 598
Vermittlung von zugereisten Arbeitnehmern aus Bezirken mit Aussperrung oder Ausstand 598 — Vermittlung von Arbeitskräften an Auftraggeber, die nicht Angehörige des betr. Berufes sind 598 — Angestelltenvermittlung 599 — Arbeitsvermittlung für Strafentlassene in Sachsen 599.	
C. Arbeitsmarktbeobachtung und Arbeitsmarktausgleich	600
Anzeigen in Fachzeitschriften zur Gewinnung offener Stellen 600 — Vermittlung von Jugendlichen aus dem Ruhrrevier in die Landwirtschaft 600.	
D. Ausländer	600
Genehmigung der Einstellung kontraktbrüchiger ausländischer Arbeiter auf einer anderen Arbeitsstelle 600 — Genehmigungsverfahren für nicht landwirtschaftlich ausländische Arbeiter 601.	
E. Erwerbslosenfürsorge	601
Bereitstellung von Mitteln für Notstandsmaßnahmen im besetzten und ehemals besetzten Gebiet 601 — Keine Beitragsfreiheit ausländischer Wanderarbeiter 601 — Pflichtarbeit der Erwerbslosen 602 — Streik und öffentliche Fürsorge 602 — Erwerbslosenfürsorge in Preußen: Erwerbslofenunterstützung für Saisonarbeiter 603 — Summarische Abführung der bei den einzelnen Zweigstellen der Erfahrungsfassungen einlaufenden Erwerbslosenfürsorgebeiträge an die Preußische Staatsbank 604.	
F. Notstandsarbeiten	604
Voraussetzungen für die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten 604 — Verwendung ausgefeuerter Erwerbsloser bei Notstandsarbeiten 605 — Herstellung einer Sportplatzanlage keine gemeinnütz. Arbeit 605.	
G. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung	605
Mädchen-Berufsschultag. Von Irma Stöß 605 — Befreiung Jugendlicher während ihres Geschäftsvorlaubes vom Besuch der Berufsschulen 606 — Förderung des Facharbeiternachwuchses im Baugewerbe 606.	
VII. Auslandsrundschau	
Ratifikationen der Übereinkommen von Washington über die Arbeitslosigkeit vom 25. Mai 1919 und von Genua über die Stellenvermittlung der Seeleute vom 10. Juni 1920 607.	
Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung	607
Großbritannien 607 — Japan 609.	
VIII. Literarische Umschau	610

Abbildung 18: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 22 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)

Durch den Neuzuschnitt der Blöcke wurde mehr Gewicht auf die Erwerbslosenfürsorge und die Notstandsarbeiten gelegt, sodass daraus geschlossen werden kann, dass dieses Thema immer mehr Bedeutung erlangte. In Verbindung mit den Ausführungen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Kapitel 3.2.1. ist dies nachvollziehbar, begann die Zahl der Arbeitslosen doch im Laufe des Jahres 1925 nach einer günstigen Phase wieder zu steigen. Weiters wird die Lehrstellenvermittlung explizit als Teil der Berufsberatung angegeben und somit von der Arbeitsvermittlung getrennt, welche einem anderen Block zugeordnet ist. Dies zeigt eine erhöhte Aufmerksamkeit für den Umstand, dass die Vermittlung von Lehrstellen an Jugendliche eine andere Zielgruppe als die Arbeitsvermittlung im Allgemeinen hat. Zuletzt bedeutete die Einführung einer „Auslandsrundschau“, dass der Blick nun explizit mit Beiträgen oder Kurzmeldungen auf das Ausland gerichtet wurde. Dies kann als ein erster Schritt für die im Jahr 1926 vollzogene räumliche Ausweitung der Zeitschrift gesehen werden.

Zur Einführung der Rubrik „Nachrichten aus der Praxis“ ist noch anzumerken, dass im dieser Masterarbeit zugrunde liegenden gebundenen Band aller Hefte eine Inkonsistenz vorliegt. In den Heften 14-16 wird dieser Block im jeweiligen Inhaltsverzeichnis wie oben erwähnt bezeichnet; in der Überschrift im Text selbst jedoch als „Nachrichten für die Praxis“.¹⁶⁸ Diese Ungereimtheit ist auch im obigen Zitat sichtbar. Erst ab Heft 17 wird auch im Text die korrekte Bezeichnung verwendet. Dies könnte daran liegen, dass die Inhaltsverzeichnisse für die Erstellung des Gesamt-Inhaltsverzeichnisses der gebundenen Gesamtausgabe des Jahrganges eventuell noch einmal durchgesehen wurden. Ob die publizierten Einzelhefte von „Arbeit und Beruf“ diese Inkonsistenz auch enthalten, kann mangels Vorliegen dieser Einzelhefte nicht festgestellt werden. Eine Berichtigung allfälliger Druckfehler im Text wurde jedoch offensichtlich nicht durchgeführt, da einerseits eine Berichtigung in Heft 16 vorhanden ist¹⁶⁹ und andererseits der dadurch berichtigte Druckfehler auch weiterhin noch fehlerhaft abgedruckt wurde.¹⁷⁰ Die ausgeführte Inkonsistenz könnte auch daran liegen, dass die Zeitschrift sich in einem dynamischen Prozess der Veränderung befand.

Neben den Veränderungen existierten auch Konstanten im Laufe des Jahrganges. Mit der Ausnahme von Heft 13 stand am inhaltlichen Ende jedes Hefts eine „Literarische Umschau“, welche meist umfangreich, gelegentlich auch kurz ausfiel. In 18 der 24 Hefte (nicht in Heft 4, 10, 16, 19, 21, 24) war eine „Umschau“ von Dr. Walter Stets aus Berlin vorhanden, in der dieser politische und wirtschaftliche Entwicklungen kommentierte. Ganz am Ende (beinahe)

¹⁶⁸ Vgl. AuB 1925, H. 14, 335, H. 15, 364, H. 16, 408.

¹⁶⁹ Vgl. AuB 1925, H. 16, 451. Berichtigung der Schriftleitung.

¹⁷⁰ AuB 1925, H. 14, 351. Beitrag „Psychotechnik bei der öffentlichen Berufsberatung in Württemberg“ von Fräulein [sic!] Prutz.

jedes Hefts (nicht in Heft 1 und 3) waren Anzeigen – überwiegend Stellenanzeigen, gelegentlich auch Werbung für Bücher – abgedruckt. Die Anzeigen dienten zur Finanzierung der Zeitschrift. Im Jahr 1926 betragen die Kosten einer Anzeige in „Arbeit und Beruf“ für eine zweispaltige, 77 Millimeter breite und 1 Millimeter hohe Zeile 30 Pfennig (1 Reichsmark = 100 Pfennig), was im Vergleich zu anderen Zeitschriften als sehr preiswert zu betrachten ist.¹⁷¹

4.2. Jahrgang 1926, Ausgabe A

Der Jahrgang 1926 der Ausgabe A der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ umfasste 24 Hefte. Insgesamt war der Jahrgang 752 Seiten stark. Ein Heft hatte daher durchschnittlich 31,3 Seiten, was im Vergleich zu 1925 einer Steigerung von rund 11% entspricht. Daran zeigt sich, dass die Zeitschrift ihren oben formulierten Anspruch, den Umfang zu erhöhen, erfüllen konnte. 562 Beiträge wurden für diese Ausgabe erfasst. Diese verteilten sich auf 108 Artikel der Kategorie „Arbeitsmarkt“, 150 Beiträge zur Kategorie „Erwerbslosenfürsorge“, 100 Einträge zur Berufsberatung, 157 Artikel zu verwandten Gebieten sowie verbleibende 47 Artikel, die Literatur, Anzeigen oder interne Hinweise enthielten. Wie Abbildung 19 zeigt, trat damit eine bemerkbare Verschiebung der Anteile im Vergleich zu 1925 ein.

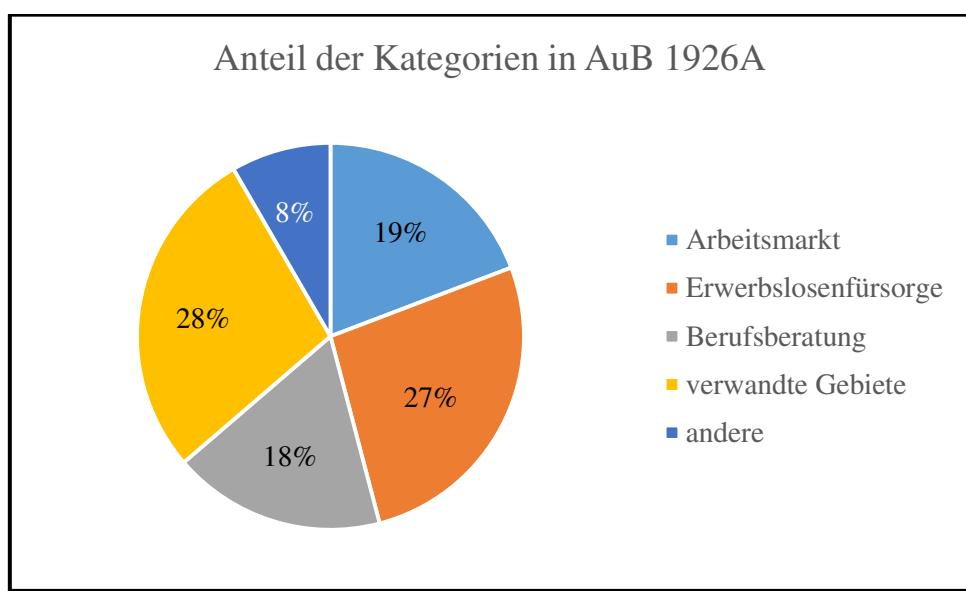


Abbildung 19: Anteile der Kategorien in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B
(Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)

¹⁷¹ Vgl. Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch 1926, 222.

Der Anteil der Beiträge zur Kategorie „verwandte Gebiete“ blieb gleich. Die Texte zu den Kategorien „Arbeitsmarkt“ und „Berufsberatung“ nahmen anteilmäßig jeweils leicht ab (von 21% auf 19% bzw. von 22% auf 18%), während sich der Anteil der Beiträge zur Kategorie „Erwerbslosenfürsorge“ bedeutend erhöhte (von 16% auf 27%). In Verbindung mit der zu dieser Zeit steigenden Arbeitslosigkeit und den Diskussionen zur Einführung des AVAVG ist es nachvollziehbar, dass durch die Autor*innen von „Arbeit und Beruf“ eine intensivere Beschäftigung mit diesem Themenkomplex erfolgte.

Die Auflage der Zeitschrift lag im Jahr 1926 – wie in Kapitel 2.1. dargestellt – bei 3.500 Exemplaren je Heft. Im Vergleich zu anderen Zeitschriften mit einer ähnlichen inhaltlichen Ausrichtung befindet sich die Höhe der Auflage im Mittelfeld. So betrug beispielsweise im Jahr 1926 die Auflage der deutschen Zeitschrift „Soziale Arbeit“ 2.000 Exemplare, jene der österreichischen Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ 10.000 Exemplare.¹⁷² „Arbeit und Beruf“ kann daher als eine solide eingeführte Zeitschrift in ihrem Themenfeld gesehen werden.

Ähnlich wie 1925 war die Zeitschrift auch im Jahrgang 1926 einer Reihe von Änderungen unterworfen. Der bedeutendste Schritt wurde Anfang des Jahres gesetzt, indem die inhaltliche Fokussierung (und damit auch das Verbreitungsgebiet) räumlich um Österreich erweitert wurde. Die Schriftleitung, welche – wie in Kapitel 2.3. ausgeführt – zu diesem Zeitpunkt um eine Person erweitert wurde, begründete dies in einem einführenden Text im ersten Heft des Jahrganges mit dem Titel „An unsere Leser!“ folgendermaßen:

„Die Zeitschrift ‚Arbeit und Beruf‘ tritt mit dem vorliegenden Hefte in den 5. Jahrgang ein. Harte und schwere Zeiten liegen hinter ihr: sie konnten nur durch gemeinsame Arbeit und festen Zusammenhalt aller derjenigen überwunden werden, denen unsere Arbeit am Herzen liegt: ‚Arbeit und Beruf‘ ist eine der wenigen wissenschaftlichen deutschen Zeitschriften, welche die schweren Jahre der Inflation überwinden konnten.“

Diese Erfahrungen haben uns ermutigt, zu Beginn des 5. Jahrganges in neuem Gewande und mit vergrößertem Aufgabengebiete vor unsere Leser zu treten. Nicht nur das äußere Kleid unserer Zeitschrift hat sich gewandelt: vom heutigen Tage ab haben wir unser Arbeitsgebiet auf Oesterreich ausgedehnt. ‚Arbeit und Beruf‘ ist von heute ab ‚Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reiche und in Oesterreich‘, nicht mehr eine reichsdeutsche, sondern eine deutsche Zeitschrift. [...]“

¹⁷² Vgl. Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch, 222.

Reichsdeutsche und österreichische Mitarbeiter werden künftig in gemeinsamer Arbeit alle Fragen unseres Tätigkeitsgebietes behandeln. Einführende Aufsätze aus berufener Feder werden den Reichsdeutschen die österreichischen Verhältnisse, den Oesterreichern die reichsdeutschen klar legen: beide Teile werden aus dieser vermehrten und vertieften Erkenntnis reichen äußeren und inneren Gewinn herleiten. Grenzen, die vor der Geschichte nicht bestehen können, wird der Geist überwinden: zu unserem bescheidenen Teile daran mitzuarbeiten, ist uns Wille und Vorsatz. [...]

*Freilich ist es ein Wagnis, in Zeiten wie den jetzigen Bestehendes zu erweitern und neue große Pläne auszuführen. Wir wagen es trotzdem, weil wir auf die Treue unserer Leser, auf die Kenntnisse unserer Mitarbeiter und vor allem: weil wir auf die Kraft der von uns vertretenen Gedanken vertrauen.*¹⁷³

Dieser einleitende Text ist aus mehrfacher Sicht sehr aufschlussreich. Zunächst stellen die Autoren¹⁷⁴ fest, dass eine Vielzahl von Zeitschriften in der Phase der Inflation im Deutschen Reich ihr Erscheinen eingestellt hat. Daraus folgt, dass für „Arbeit und Beruf“ besondere Bemühungen nötig waren, um diese Periode zu überstehen. Der Erfolg zeigt sich in den Auflagezahlen, welche – wie in Kapitel 2.1. ausgeführt – deutlich angestiegen sind. Ziel ist es, diesen Erfolg durch die gegenseitige Befruchtung aufgrund der intensiven Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in einem anderen Staat weiter auszubauen.

Die Änderung im „äußeren Kleid“ bezieht sich darauf, dass die Zeitschrift nun einen deutlichen optischen Wechsel vom Satz in Fraktur im Jahrgang 1925 auf einen Satz in einer lateinischen Schriftart durchführte. Dies gab der Zeitschrift ein deutlich frischeres sowie moderneres Erscheinungsbild und war offensichtlich ein bewusster gesetzter Schritt.

Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen zur Ausdehnung auf Österreich: Es wird (insbesondere durch die Hervorhebung in Fett) darauf hingewiesen, dass die Zeitschrift nun eine deutsche sei und damit „Grenzen, die vor der Geschichte nicht bestehen können“¹⁷⁵ überwunden würden. Dies zeigt eindeutig, dass der Gedanke eines (politischen) Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich auch 1926 nicht als utopisch gesehen wurde, obwohl er durch die Bestimmungen der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg untersagt worden war. Die Feststellung bestätigt die Ausführungen des Historikers Felix Butschek in Bezug auf Österreich:

¹⁷³ AuB 1926A, H. 1, 1. Artikel „An unsere Leser“ der Schriftleitung von „Arbeit und Beruf“. Hervorhebungen im Original.

¹⁷⁴ Die Schriftleitung bestand ausschließlich aus Männern.

¹⁷⁵ AuB 1926A, H. 1, 1. Artikel „An unsere Leser“.

„Die Bevölkerung hatte sich mit dem neuen Staatswesen abzufinden – was freilich nichts daran änderte, dass der Anschlussgedanke und ein deutschnationales Bekenntnis nicht nur in Kreisen der Akademiker und der Lehrerschaft während der gesamten Zwischenkriegszeit eine politische Konstante blieben.“¹⁷⁶

Auch in der wissenschaftlichen Community im Deutschen Reich, der sich die Zeitschrift nach eigenen Angaben zuordnet, waren der Anschlussgedanke und ein nationaler Zugang unter Einbeziehung Österreichs damit weiterhin verbreitet. Es wurde auch – wie der Schlusssatz der Ausführungen der Schriftleitung zeigt – auf die Kraft dieser Gedanken in einem metaphysischen Sinne vertraut, sodass sie dereinst Realität werden würden. Inwieweit der Verlag, die Schriftleitung oder die Autor*innen der Artikel durchgehend eine deutschationale Gesinnung aufwiesen, konnte trotz umfangreicher Recherche nicht geklärt werden.¹⁷⁷

Dass in diesem einführenden Text ausschließlich die männliche Form verwendet wurde, ist für die untersuchte Zeit nicht außergewöhnlich. Es sei dennoch erwähnt, da es aus der heutigen Perspektive auffallend ist.

Der Aufbau der Zeitschrift blieb mit den erwähnten acht Blöcken gleich wie nach der Änderung im Jahr 1925. Optisch trat jedoch eine Straffung ein, indem ab Jahresbeginn 1926 auf ein Inhaltsverzeichnis auf dem Titelblatt des jeweiligen Heftes verzichtet wurde. Eventuell könnte der Fall gewesen sein, dass das Inhaltsverzeichnis nun anstatt auf dem Titelblatt auf dem Umschlag der Einzelhefte zu finden war. Die Hefte begannen aufgrund dieser Änderung in der vorliegenden gebundenen Ausgabe des Gesamt-Jahrgangs im Gegensatz zu 1925 nun ohne Inhaltsverzeichnis gleich mit dem Abschnitt I. Aufsätze und dem ersten Artikel.¹⁷⁸ Abbildung 20 auf der folgenden Seite zeigt ein Beispiel dafür.

¹⁷⁶ Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte, 182-183.

¹⁷⁷ Der Grüner-Verlag, in dem die Zeitschrift erschien, wurde laut verfügbaren Angaben am 1. Oktober 1922 gegründet und 1927 von Ella Frieda Grüner, geb. Thürling, geführt. Darüber hinausgehende relevante Informationen konnten nicht eruiert werden. Das Gründungsdatum liegt dabei nach dem ersten Erscheinen von „Arbeit und Beruf“; diese Unstimmigkeit konnte nicht erklärt werden. Vgl. Vorstand der Korporation der Berliner Buchhändler (Hg.), Adressbuch für den Berliner Buchhandel. Dreiundfünfzigster Jahrgang (Berlin 1927), online unter <https://digital.zlb.de/viewer/image/34275152_1927/66/LOG_0009/> (15.08.2025); hier: 56. Der heute existierende „Grüner Verlag“ hat mit dem historischen Unternehmen laut Auskunft per E-Mail keine Verbindung (siehe E-Mail-Faksimile in Anhang 1 der Masterarbeit).

¹⁷⁸ Vgl. als Beispiel AuB 1926A, H. 16, 465.

Arbeit und Beruf

Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich mit der ständigen Anlage „Berufskundliche Nachrichten“

Schriftleitung: Dr. Paul Dermietzel, Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes / Ernst Schindler, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe / Dr. Uranitsch, Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Graz / Prof. Dr. Paul Ziermann, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe

Die Zeitschrift erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Bezugspreis vierteljährlich Mark 6.—. Einzelnummer Mark 1,25 Sondernummer Mark 2,50. Der Bezugspreis ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 129664 des Grüner-Verlages, Bernau bei Berlin, zu entrichten. Manuskripte sind zu senden an die Schriftleitung zu Händen des Herrn Direktor Dr. Dermietzel, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Str. 1; soweit sie die Berufsberatung oder Erwerbslosigkeit der Jugendlichen betreffen, zu Händen des Herrn Ministerialrat Schindler, Berlin-Steglitz, Arndtstr. 40. Inseraten-Annahme: Grüner-Verlag, Bernau bei Berlin. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Inserationspreis pro 2 spalt. Millimeter 0,30 Goldmark

Für Oesterreich beträgt der Bezugspreis vierteljährlich S 10,80. Einzelnummer S 2,25, Sondernummer S 4,50. Er ist stets im voraus mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Ausgabe A“ zu zahlen auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 115268 des Grüner-Verlages, Bernau bei Berlin. — Bestellungen sind zu richten an: „Arbeit und Beruf“, Oesterreichische Schriftleitung zu Händen des Herrn Dr. Uranitsch, Graz, Bürgergasse 2/II

I. Aufsätze

Die Inanspruchnahme und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im Jahre 1925.

Von Regierungsoberinspektor Schwanengel,
Berlin.

Bei der gegenwärtigen außerordentlich ungünstigen Arbeitsmarktlage und der dadurch vorhandenen großen Zahl von Arbeitslosen ist es naheliegend, daß sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit denjenigen Einrichtungen in erhöhtem Maße zuwendet, die den Ansturm der Arbeitsuchenden in erster Linie auszuhalten haben, nämlich den Arbeitsnachweisen. Es erscheint daher zeitgemäß, einen Überblick darüber zu geben, was die Arbeitsnachweise auf ihrem Hauptätigkeitsgebiete, der Arbeitsvermittlung, im abgelaufenen Kalenderjahr geleistet haben. Hierzu bietet die Monatsstatistik der Arbeitsnachweise, auf deren Charakter als Geschäftsstatistik hingewiesen wird, die geeignete Handhabe.

Die in dieser Statistik ermittelten Tätigkeitsergebnisse sind in Übersicht A zusammengestellt.

Betrachtet man zunächst den Kreis der an der Berichterstattung beteiligten Arbeitsnachweise, so ergibt sich aus der ersten Spalte der Übersicht B, daß im Januar 1238 (niedrigste Zahl) und im Oktober 1299 (höchste Zahl) Arbeitsnachweise berichtet wurden. Die Jahresdurchschnittszahl der berichtenden Arbeitsnachweise stellt sich auf 1269. Von den berichtenden Arbeitsnachweisen waren über 900 öffentliche, während der Rest sich aus nichtöffentlichen zusammensetzte. Unter letzteren befinden sich hauptsächlich paritätische Arbeitsnachweise, sowie solche von Arbeitnehmern (Arbeitern und Angestellten), Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammern, Innungen) und Wohlfahrtsorganisationen. Die außerdem noch bestehenden 400 bis 500 nichtöffentlichen Arbeitsnachweise sind wegen der Geringfügigkeit ihrer Vermittlungstätigkeit nicht zur Berichterstattung herangezogen.

Wenden wir uns nun den Ergebnissen über Inanspruchnahme und Vermittlung zu. Im Jahre 1925 wurden bei sämtlichen berichtenden Arbeitsnachweisen

6 250 225 neue Arbeitsgesuche von männlichen und 2 328 728 neue Gesuche von weiblichen Personen gezählt, dazu traten aus dem Vorjahr übernommene Reste von 708 749 Gesuchen von Männern und 119 548 von Frauen, so daß sich die Gesamtzahl aller Gesuche für Männer auf 6 958 974, für Frauen auf 2 448 276 und für beide Geschlechter zusammen auf 9 407 250 stellte. Im Jahre 1924 wurden insgesamt 9 286 225 Arbeitsgesuche festgestellt. Demnach haben sich die Gesuche gegen das vorhergehende Jahr um rund 120 000 vermehrt.

An offenen Stellen wurden im abgelaufenen Kalenderjahr für beide Geschlechter insgesamt 5 933 776 gezählt. Diese setzten sich zusammen aus 4 014 505 für Männer (9698 Rest aus dem Vorjahr und 4 004 807 Neumeldungen) und 1 919 271 für Frauen (17 881 Rest aus dem Vorjahr und 1 901 390 Neumeldungen). Da im Jahre 1924 insgesamt 5 546 152 offene Stellen gezählt wurden, so ist im Jahre 1925 eine Zunahme derselben um rund 400 000 zu verzeichnen.

Vermittelt wurden im Berichtsjahr in 3 715 529 Fällen männliche und in 1 539 584 Fällen weibliche Personen, zusammen wurden 5 255 113 Vermittlungen erzielt, gegen 4 955 730 im vorhergehenden Jahre. Hiernach hat sich die Tätigkeit der Arbeitsnachweise im vergangenen Kalenderjahr um rund 300 000 Vermittlungen erhöht. Von den Vermittlungen insgesamt waren 1 681 130 (1 275 946 männliche und 405 184 weibliche) Aushilfen (kurzfristige Vermittlungen bis zu einer Woche). Vergleicht man diese Zahl mit den im Jahre 1924 bewirkten 1 389 138 Aushilfsvermittlungen, so ist auch hier im Jahre 1925 eine Steigerung um fast 300 000 festzustellen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Steigerung der Tätigkeit der Arbeitsnachweise durch diese 300 000 Aushilfsvermittlungen hervorgerufen worden ist. An den Vermittlungen überhaupt waren die öffentlichen Arbeitsnachweise mit 4 698 612, d. s. 89,4 v. H., beteiligt, während auf die nichtöffentlichen die restlichen 10,6 v. H. entfielen.

Die Tätigkeitsergebnisse in den einzelnen Monaten zeigt die Übersicht B.

Abbildung 20: Erste Seite von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 12

(Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)

Mit 1. Oktober 1926 verlegte der Grüner-Verlag, der „Arbeit und Beruf“ publizierte, den Sitz seines Unternehmens. Statt Bernau bei Berlin lautete die Adresse nun: Berlin W 8, Friedrichstraße 78^{IV} (Ecke Französische Straße).¹⁷⁹ Dies ist eine durchaus prominente Adresse in Berliner Innenstadtlage im heutigen Berliner Ortsteil Mitte in der Nähe des Brandenburger Tores. Aus welchem Grund die Änderung des Verlagsortes erfolgte, wurde nicht erwähnt. Plausibel erscheint die Änderung, um räumlich näher an den Bezieher*innen der Publikationen des Verlages zu sein und dadurch eine erhöhte Ansprache der Zielgruppe zu erreichen. Für den konkreten Standort nach dem Umzug vom Vorort Bernau bei Berlin in eine zentrale Lage Berlins könnte gesprochen haben, dass der 1923 eröffnete U-Bahnhof Französische Straße der damaligen Nord-Süd-Bahn (heute U6; Schließung des Bahnhofs: 2020)¹⁸⁰ einschließlich Zugang zu diesem direkt vor dem Gebäude des Verlages lag und somit eine optimale Verkehrsanbindung gewährleistete. Eine zentrale Verlagsadresse war zudem prestigereicher, signalisierte Bedeutung und Renommee, was für die Verbreitung der Zeitschrift produktiv genutzt werden konnte.

Der Preis für den Bezug der Zeitschrift blieb 1926 im Deutschen Reich gleich wie im Jahr 1925.¹⁸¹ Da sich die Brotpreise in Berlin im Jahresvergleich nicht wesentlich änderten,¹⁸² sind die oben getroffenen Ausführungen auch für 1926 noch zutreffend. In Österreich betrug der Bezugspreis der Ausgabe A „vierteljährlich S 10,80, Einzelnnummer S 2,25, Sondernummer S 4,50“.¹⁸³ Bei vierteljährlicher Zahlung kostete ein Exemplar daher 1,80 Schilling. Brot (1 kg) kostete in Wien im Jahr 1926 57 Groschen¹⁸⁴ (1 Schilling = 100 Groschen), sodass der Preis eines Heftes etwas mehr als 3 kg Brot entsprach. Ein Heft von „Arbeit und Beruf“ war daher bezogen auf den Brotpreis in Österreich etwas teurer als im Deutschen Reich. Ähnlich wie im Deutschen Reich war der Bezug der Zeitschrift in Österreich daher nicht billig und damit grundsätzlich nur für Personen leistbar, die über eine entsprechende finanzielle Ausstattung verfügten.

Weiterhin stabil blieben im Jahrgang 1926 die Konstanten aus dem Jahrgang 1925. Anzeigen am Ende des jeweiligen Heftes wurden in jedem Exemplar mit Ausnahme der Hefte 3, 13 und

¹⁷⁹ Vgl. AuB 1926A, H. 19, 561. Bekanntgabe auf dem Titelblatt des Heftes.

¹⁸⁰ Vgl. Rundfunk Berlin-Brandenburg, rbb24, Warum am stillgelegten Bahnhof Französische Straße ein neues U-Bahn-Portal steht, 11.10.2023, online unter: <<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/10/berlin-mitte-u-bahnhof-franzoesische-strasse-portal-nord-sued.html>> (08.08.2025).

¹⁸¹ Vgl. als Beispiel AuB 1926A, H. 11, 305.

¹⁸² Vgl. Hans Guradze, Die Brotpreise und Kosten des Lebensbedarfs in Berlin im Jahre 1926. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 126, H. 1 (1927) 164-165; hier: 164.

¹⁸³ Als Beispiel AuB 1926A, H. 11, 305.

¹⁸⁴ Vgl. Stadt Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv (MA 8) (Hg.), Wien Geschichte Wiki, Kaufkraftrechner/Daten, online unter <<https://www.geschichtewiki.wien.gov.at/Kaufkraftrechner/Daten>> (15.08.2025).

21 abgedruckt. Auch die Beiträge von Dr. Walter Stets blieben erhalten, jedoch wurden sie deutlich seltener: Nur mehr in den Heften 1, 4, 7, 12, 14, 17 und 23 sind sie zu finden; in Heft 1 als „Rückschau“, sonst wie üblich als „Umschau“. Einige weitere besondere Beiträge sind noch erwähnenswert: Eine Meldung „Persönliches“ in Heft 21¹⁸⁵ gibt Auskunft über berufliche Veränderungen zweier Autoren, die des Öfteren Beiträge für „Arbeit und Beruf“ verfassten. Berichtigungen aufgrund von Druckfehlern mussten im gesamten Jahrgang vier Mal (in Heft 8, 15, 16 und 20) vorgenommen werden, was auf eine höhere Arbeitsbelastung aufgrund des erhöhten Umfangs der Zeitschrift und der parallelen Betreuung einer weiteren Ausgabe schließen lässt. Zuletzt noch ein Kuriosum: Heft 23 beginnt ausnahmsweise nicht mit dem Block I. Aufsätze, sondern unter dem Titel „In eigener Sache“ mit einem Erlass des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe.¹⁸⁶ Schriftleiter Ernst Schindler führt einleitend dazu in einer besonders schönen Formulierung aus:

„Der Herr Preußische Minister für Handel und Gewerbe hat mir den nachstehenden Erlaß zugehen lassen mit dem Bemerk, daß gegen die Veröffentlichung nichts zu erinnern sei.“¹⁸⁷

Inhaltlich geht es um mehrere Vorwürfe der Berufsberaterin Else Sander, die 1925 zwei Beiträge für „Arbeit und Beruf“ verfasste, gegen Beamte des genannten Ministeriums. Diese hatte sie in einer anderen Zeitschrift in Form eines Aufsatzes verbreitet. Es hätten sich aus Sanders Sicht unzulässige Einmischungen und ungebührliches Verhalten der Beamten zugetragen.¹⁸⁸ Der Minister weist die Anschuldigungen nach der Einholung von Stellungnahmen der beteiligten Personen zurück und spricht der Autorin Sander, da sie ihre Vorwürfe nicht zurücknahm, seine „schärfste Mißbilligung“¹⁸⁹ aus. Diese Episode zeigt, dass das Verhältnis zwischen Zentralbehörde und im Bereich der Berufsberatung arbeitenden Personen nicht frictionsfrei war. Ob bei der Erteilung der öffentlichen Rüge eine Rolle gespielt hat, dass kein Mann, sondern eine Frau die Vorwürfe erhoben hat, kann heute nicht mehr geklärt werden.

¹⁸⁵ Vgl. AuB 1926A, H. 21, 656.

¹⁸⁶ Vgl. AuB 1926A, H. 23, 689-690.

¹⁸⁷ AuB 1926A, H. 23, 689.

¹⁸⁸ Ein Vorwurf besteht auch darin, dass praxisfremde Personen aus dem Ministerium Ratschläge für die Arbeit von Berufsberater*innen verbreiten würden. Derartige Gedanken sind heute noch Lehrpersonen in Schulen nicht fremd.

¹⁸⁹ AuB 1926A, H. 23, 690.

4.3. Jahrgang 1926, Ausgabe B

Ab April 1926 erschien „Arbeit und Beruf“ nicht nur in einer Ausgabe A, sondern auch in einer Ausgabe B. Der Jahrgang 1926 dieser Ausgabe umfasste neun Hefte mit insgesamt 216 Seiten, sodass ein Heft durchschnittlich 24 Seiten stark war. Ein durchschnittliches Heft der Ausgabe B war damit um knapp ein Viertel schmäler als eines der Ausgabe A. Von den 148 Beiträgen des Jahrgangs 1926 der Ausgabe B entfielen 64 Artikel auf die Kategorie „Berufsberatung“, 72 Texte auf „verwandte Gebiete“ sowie 12 Beiträge auf den Rest wie Literarische Umschau und Anzeigen. Der Anspruch, dass der Schwerpunkt auf einer ausführlichen Beschäftigung mit der Berufsberatung liegt, konnte damit eingelöst werden. Abbildung 21 zeigt die Verteilung der Kategorien in einem Diagramm mit Prozentwerten.

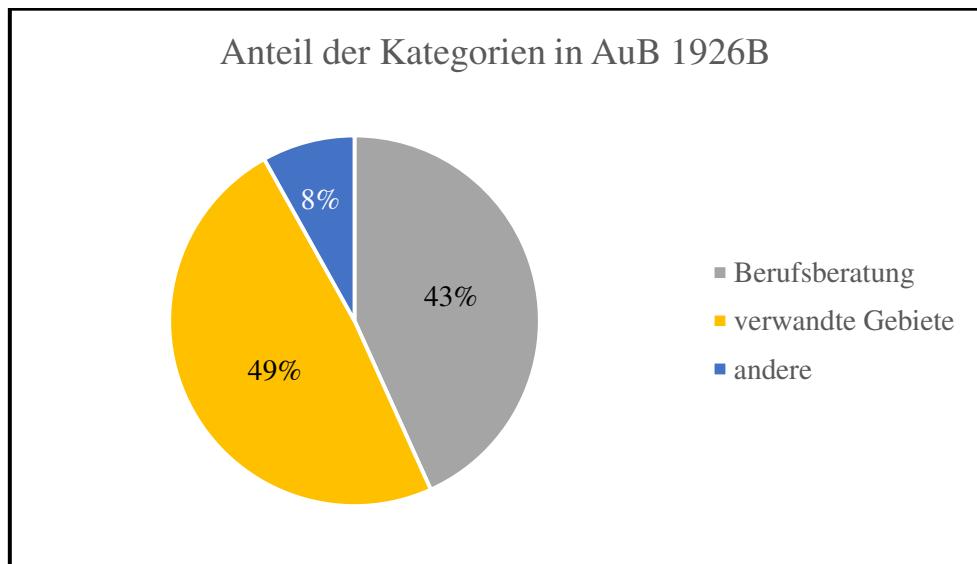


Abbildung 21: Anteile der Kategorien in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B
(Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)

Diese Ausgabe von „Arbeit und Beruf“ war im ersten Jahrgang ihres Bestehens hinsichtlich ihres Aufbaus keinen wesentlichen Änderungen unterworfen. Der Aufbau wurde von der Ausgabe A adaptiert übernommen. Dabei wurde auf die Abschnitte „II. Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung“ sowie „III. Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten“ verzichtet, welche vom Kern dieser Ausgabe zu weit entfernt gewesen wären, um sie extra hervorzuheben. Der Aufbau der Ausgabe B gliederte sich daher in nur sechs Blöcke bzw. Rubriken, wie in Abbildung 22 auf der folgenden Seite dargestellt wird.

- I. Aufsätze**
- II. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung**
- III. Aus den Arbeitsnachweisämtern**
- IV. Nachrichten aus der Praxis**
- V. Auslandsrundschau**
- VI. Literarische Umschau**

Abbildung 22: Gliederung der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B

Die „Nachrichten aus der Praxis“ waren nach Bedarf in zwei Abschnitte „Deutsches Reich“ und „Oesterreich“ unterteilt. Auch in der Ausgabe B des Jahrganges 1925 rückten im Falle des Fehlens eines Blocks die Nummern der verbleibenden Blöcke nach, wie es in Kapitel 4.3. bezüglich der Hefte 14-24 des Jahrganges 1925 dargestellt wurde. Wie auch in der Ausgabe A des Jahrgangs 1926 wurde auf ein den einzelnen Heften vorangestelltes Inhaltsverzeichnis verzichtet.

Die Ausgabe B von „Arbeit und Beruf“ besaß den Schwerpunkt Berufsberatung, welcher durch weitere komplementäre Felder ergänzt wurde. Daher war auch im Untertitel nur von der Berufsberatung und verwandten Gebieten die Rede. Schon im die Ausgabe A eröffnenden Text des Jahres 1926 wurde auf die Absicht eingegangen, ebenso eine Ausgabe B mit diesem Schwerpunkt erscheinen zu lassen.¹⁹⁰ Im einleitenden Text „An unsere Leser!“ im ersten Heft der Ausgabe B wird die Publikation dieser eigenständigen Ausgabe wie folgt begründet:

„Inzwischen hat die Berufsberatung eine Entwicklung genommen, die eine besondere Berücksichtigung notwendig macht. [...] Trotzdem hat gerade die Berufsberatung auch enge Zusammenhänge mit zahlreichen außerhalb des öffentlichen Arbeitsnachweises stehenden Stellen, Vereinigungen und Gruppen, auf deren Mitwirkung unter keinen Umständen verzichtet werden kann. Dazu gehört insbesondere die Schule.

Wenn auch einsichtige Schulmänner längst erkannt haben, daß die Schule selbst weder Berufsberatung noch Lehrstellenvermittlung ausüben soll, so steht doch auf der anderen Seite nicht minder fest, daß ohne bereitwillige und verständnisvolle Mitarbeit der Schule die Berufsberatung auch durch die öffentlichen Arbeitsämter nicht ausgeübt werden kann. Beide – Berufsamrt und Schule – sind aufeinander angewiesen und müssen zusammen an dem großen Ziele arbeiten, die Jugend unseres Volkes in das Berufsleben der Nation nach Möglichkeit so einzugliedern, wie es in den Bedürfnissen

¹⁹⁰ Vgl. AuB 1926A, H. 1, 1.

*der Wirtschaft wie es aber auch den Anlagen und Neigungen der Jugend entspricht.
[...]*

Wir hoffen damit nicht nur der Berufsberatung, sondern auch der Schule zu dienen: denn nicht nur die Schule hat der Berufsberatung, sondern auch die Berufsberatung der Schule viel zu geben. Die Schule wird Einsicht erhalten in wirtschaftliche und soziale Tatsachen und Zusammenhänge, die ihr bisher fern lagen, und durch die auch Unterricht und Leben der Schule befruchtet und gefördert werden können.“¹⁹¹

Die Zielgruppe änderte sich daher im Vergleich zur Ausgabe B. Fokussierte Ausgabe A noch auf ein breiteres Publikum, welches sich mit dem Arbeitsmarkt, der Arbeitslosigkeit und der Berufsberatung beschäftigte, konzentrierte sich Ausgabe B im Wesentlichen auf das Feld der Berufsberatung. Die wichtigsten angesprochenen Personen waren in der Schule tätige Menschen, die über die Grundsätze der Berufsberatung in Kenntnis gesetzt werden und diese in ihrem Wirken in der Schule umsetzen sollten. Damit sollten die Jugendlichen so gefördert werden, dass sie im Sinne der Berufsorientierung den nötigen Wissensbestand als Grundlagen dafür besaßen, Berufsberatung beispielsweise von Mitarbeiter*innen der Arbeitsnachweise annehmen zu können. Damit sollte ein Einstieg in das Berufsleben ermöglicht werden, der für die Jugendlichen aufgrund ihrer individuellen Vorlieben geeignet war und auch die Bedürfnisse der Wirtschaft zufriedenstellte. Auch heute gelten diese Grundsätze noch (oder wieder), indem in Lehrplänen für Schulen die Entrepreneurship Education verankert wird¹⁹² oder Hochschullehrgänge an tertiären Bildungseinrichtungen in ihren Curricula ihre Employability für die Absolvent*innen nachweisen müssen.¹⁹³

Der Preis für den Bezug der Ausgabe B belief sich auf „vierteljährlich RM 3,–, Einzelnummer RM 1,–, Sondernummer RM 2,–“¹⁹⁴ im Deutschen Reich bzw. „vierteljährlich S 5,40, Einzelnummer S 1,80, Sondernummer S 3,60“¹⁹⁵ in Österreich. Im Gegensatz zur Ausgabe A erfolgte hier bei vierteljährlicher Zahlung keine Rabattierung in Bezug auf die Einzelnummern. Der Preis der Ausgabe B entspricht damit – wie in Kapitel 4.2. angeführt – jenem der Ausgabe A

¹⁹¹ AuB 1926B, H. 1, 1-2. Text „An unsere Leser!“. Äußerung der Schriftleitung.

¹⁹² Als Beispiel sei der aktuelle Lehrplan für das Unterrichtsfach Geografie und wirtschaftliche Bildung in der Sekundarstufe I (AHS-Unterstufe und Mittelschule) angeführt: Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Lehrpläne der Mittelschulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht (BGBI II 185/2012 idF BGBI II 280/2024). Aktuelle Fassung online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/252-lehrplan-2/download.html?Itemid=0>> (09.08.2025).

¹⁹³ Vgl. als Beispiel: Pädagogische Hochschule Niederösterreich, Curriculum Hochschullehrgang Bildungs- und Berufsorientierung (13 ECTS-Anrechnungspunkte), Studienkennzahl 710 536. Version 1.1 (Baden 2024), online unter: <https://www.ph-noe.ac.at/fileadmin/lehrgaenge/710_536_Bildungs-_und_Berufsorientierung.pdf> (09.08.2025) 4.

¹⁹⁴ AuB 1926B, H. 1, 1.

¹⁹⁵ Ebd.

bei vierteljährlichem Bezug. Der Brotpreis in Berlin lag 1926 für jeweils 1000 g bei durchschnittlich 0,38 Reichsmark (Großbrot) bzw. 0,69 Reichsmark (Kleingebäck). Dieselbe Menge Roggenmehl belief sich durchschnittlich auf 0,41 Reichsmark; für Weizenmehl waren im Durchschnitt 0,52 Reichsmark zu zahlen.¹⁹⁶ Die Einzelnnummer der Ausgabe B von „Arbeit und Beruf“ entsprach im Deutschen Reich daher in etwa 2 kg Mehl, knapp 3 kg Großbrot oder rund 1,5 kg Kleingebäck. Dies war ein moderater Preis für die in der Zeitschrift angebotene Leistung, der auch für die intendierte Zielgruppe der im Feld der Berufsberatung sowie in Schulen tätigen Personen leistbar gewesen sein sollte. Die Ausführungen für Österreich entsprechen jenen in Kapitel 4.2. mit der Einschränkung, dass für die Zielgruppe der Ausgabe B die Aufbringung der nötigen Summe aufgrund allfälliger Einkommensunterschiede eventuell etwas schwieriger war als für jene der Ausgabe A im Bereich der Akademiker*innen und Wissenschafter*innen.

Es ist naheliegend, dass für die Ausgabe B nicht ausschließlich eigenständige Texte publiziert wurden, da es schließlich eine Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ war, die in zwei Ausgaben erschien. Insgesamt wurden 66 Texte der Ausgabe B auch in der Ausgabe A abgedruckt. Dies entspricht 45% der Beiträge in Ausgabe B. Es ist dabei keine besondere Rangfolge zwischen den beiden Ausgaben festzustellen, da ein Teil der Beiträge zuerst in Ausgabe A erschien, ein weiterer Teil zuerst in Ausgabe B und der verbleibende Teil in beiden Ausgaben im selben Monat. Insgesamt zeigt sich dabei die enge Verflechtung der beiden Ausgaben, wobei jeweils auch Beiträge exklusiv in nur einer Ausgabe erschienen.

Im Gegensatz zur Ausgabe A erschienen in Ausgabe B nur sehr wenige Anzeigen. Lediglich in einem Drittel der Hefte (1, 2 und 4) sind Anzeigen zu finden, die jedoch auf die Zielgruppe dieser Ausgabe abgestimmt sind – es wurden insgesamt vier Berufsberater und eine Arbeitsvermittlerin gesucht. Die sparsame Ausstattung mit Anzeigen könnte daher röhren, dass sich die Ausgabe B erst etablieren musste und potentielle Anzeigekund*innen aus diesem Grund noch zurückhaltender mit ihren Schaltungen waren. Auch ist die Zielgruppe der Leser*innen und der Anzeigenden in Ausgabe B kleiner als in Ausgabe A, was ebenso zum geringeren Ausmaß der Anzeigen beigetragen haben könnte. Abbildung 23 auf der folgenden Seite zeigt ein Beispiel für eine derartige Anzeige. Zuletzt sei angemerkt, dass die Umschau von Dr. Walter Stets offensichtlich nicht in das Konzept der Ausgabe B passte, da diese hier nicht abgedruckt wurde.

¹⁹⁶ Vgl. Guradze, Die Brotpreise 1926, 164.

Für den öffentlichen Arbeitsnachweis Euskirchen,

umfassend die Stadt Euskirchen, Kreis Euskirchen, Kreis Schleiden, sowie die Bürgermeistereien Cuchenheim, Münstereifel-Stadt und Land des Kreises Rheinbach wird beabsichtigt, einen

Berufsberater

einzustellen.

Verlangt wird praktische Tätigkeit auf dem Gebiete der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, der Berufs- und Jugendkunde. Die Annahme erfolgt zunächst auf monatliche Kündigung und bei Bewährung Anstellung auf Privatdienstvertrag. Bewerbungen mit Lebenslauf begl. Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsforderung sind bis zum 25. April 1926 bei uns einzureichen. Persönliche Vorstellung nur auf besondere Aufforderung.

Euskirchen, den 1. April 1926.

Der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises.

1. A.

Blaß.

Abbildung 23: Anzeige für einen Berufsberater in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 1
(Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)

4.4. Zwischenfazit

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass sich die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ in den Jahren 1925 und 1926 sehr dynamisch entwickelte. Es existierten bei einigen Konstanten interne Veränderungen im Aufbau und es erfolgte die Publikation einer zusätzlichen Ausgabe. Der Preis der Zeitschrift ist als moderat anzusehen, wenngleich nicht billig. Wirtschaftliche Entwicklungen spiegeln sich in der Zeitschrift wider, indem die Auseinandersetzung mit der Arbeitslosigkeit anstieg. Auch weitere Entwicklungen bilden sich in der Zeitschrift ab, indem die steigende Bedeutung der Berufsberatung zur Kenntnis genommen und durch die Einfüh-

rung einer weiteren Ausgabe gewürdigt wurde. Ebenso bildete sich der größere Diskurs der potentiellen Zugehörigkeit Österreichs zum Deutschen Reich durch entsprechende Äußerungen der Schriftleitung in der Zeitschrift ab.

5. Analyse ausgewählter thematischer Bereiche der Jahrgänge 1925 und 1926 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“

In diesem Kapitel erfolgt eine eingehende Auseinandersetzung mit ausgewählten thematischen Bereichen, welche in der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ in den Jahrgängen 1925 und 1926 behandelt wurden. Nach einer Betrachtung der Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich und Österreich erfolgt ein Blick auf Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit. Ausführungen zum Fachkräftemangel und zur Berufsberatung bilden die weiteren Teile dieses Kapitels.

5.1. Deutsches Reich vs. Österreich

Im Jahrgang 1925 war „Arbeit und Beruf“ eine Zeitschrift, die sich – laut ihrem Untertitel – mit dem Deutschen Reich beschäftigte. Diesen Anspruch der intensiven Beschäftigung mit dem genannten Staat konnte „Arbeit und Beruf“ einlösen, da beinahe alle Beiträge räumlich dem Deutschen Reich zuzuordnen waren. Von den 369 erfassten Texten des Jahrganges beschäftigten sich 350 Beiträge, somit rund 96%, mit dem Deutschen Reich. Vier Beiträge konnten Österreich zugeordnet werden (ca. 1% aller Beiträge); die restlichen 15 anderen Staaten. Abbildung 24 zeigt diese Verhältnisse in einem Diagramm.

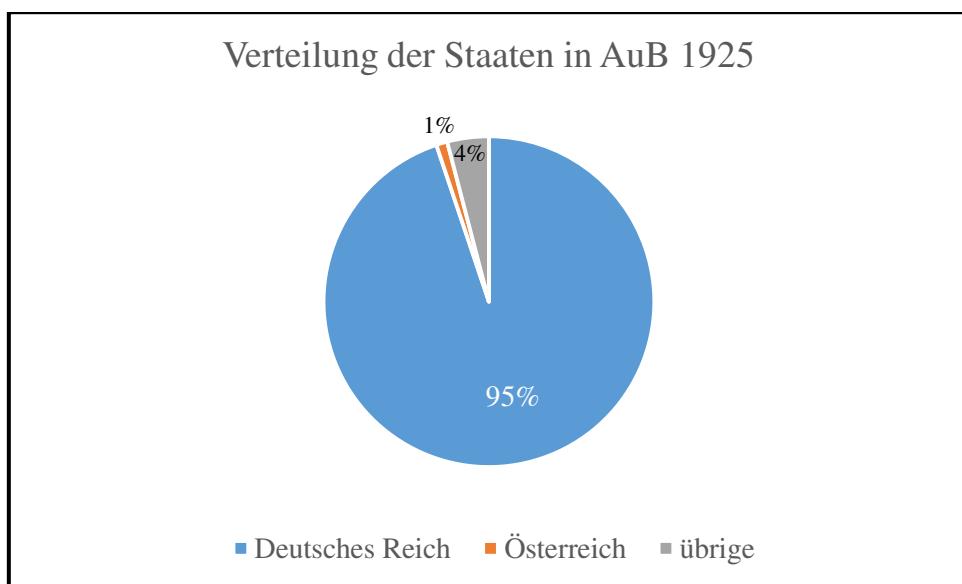


Abbildung 24: Anteile der Staaten in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925
(Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)

Österreich kam im Jahrgang 1925 in folgenden, in Tabelle 1 dargestellten Artikeln zur Sprache:

Tabelle 1: Übersicht der Artikel mit Themenschwerpunkt Österreich in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite
1925	10	Die österreichische Arbeitslosenversicherung. Eine rechtsvergleichende Betrachtung	Dr. Gustav Böhm, München	236-241
1925	10	Einiges aus der österreichischen Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung	Dr. Rudolf Schindler, Düsseldorf	243-245
1925	13	Das österreichische Auswanderungsprojekt und Deutschland	Dr. O. Michalke, Düsseldorf	298-299
1925	18	Oesterreichische Arbeitskräfte für Deutschland	Industrielle Bezirkskommission Wien	453-454

Wie aus der Autorenliste ersichtlich ist, wurde über Österreich aus der Außensicht geschrieben, indem Personen aus dem Deutschen Reich darüber Texte verfassten. Auf Beiträge österreichischer Expert*innen wurde verzichtet. Da die Zeitschrift im Deutschen Reich erschien und sich nur an Publikum in diesem Staat richtete, ist diese Entscheidung der Schriftleitung nachvollziehbar.

Inhaltlich beschäftigten sich die vier genannten Texte mit drei Themen: einem Rechtsvergleich, Entwicklungen der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung sowie der Migration von Österreicher*innen in das Deutsche Reich. Auffallend ist dabei, dass in den Titeln der Beiträge nicht vom „Deutschen Reich“, sondern von „Deutschland“ gesprochen wird.

In „Die österreichische Arbeitslosenversicherung. Eine rechtsvergleichende Betrachtung“ stellt Dr. Gustav Böhm in Heft 10 des Jahrganges 1925 einen ausführlichen Rechtsvergleich zwischen dem österreichischen Arbeitslosenversicherungsgesetz und dem Entwurf für ein derartiges deutsches Gesetz hinsichtlich Umfang, Gegenstand, Durchführung und Mittelaufbringung der Versicherung.¹⁹⁷ Im selben Heft berichtet Dr. Rudolf Schindler im Text „Einiges aus der österreichischen Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung“ auf Basis eines Artikels in einer Wiener Zeitschrift über die diesbezügliche österreichische Praxis. Dabei berichtet Schindler über statistische Erfassungen, die rege Inanspruchnahme der Berufsberatung,

¹⁹⁷ Vgl. AuB 1925, H. 10, 236-241. Artikel „Die österreichische Arbeitslosenversicherung. Eine rechtsvergleichende Betrachtung“ von Dr. Gustav Böhm.

Probleme mit dem Schutz von Lehrlingen und den Abbau von Ausbildungskapazitäten für Lehrlinge bei den Österreichischen Bundesbahnen.¹⁹⁸ Dr. O. Michalke stellt in Heft 13 im Beitrag „Das österreichische Auswanderungsprojekt und Deutschland“ die Bemühungen der österreichischen Arbeitsvermittlungsstellen zur Vermittlung von Arbeitslosen ins Ausland (beispielsweise nach Frankreich, in die USA, aber auch in das Deutsche Reich) dar, da in Österreich der Arbeitsmarkt erschöpft sei, jedoch im Deutschen Reich allenfalls Kapazitäten vorhanden wären. Daher spricht er sich dafür aus, eine „*systematische Einwanderungspolitik*“ zu betreiben.¹⁹⁹ Unter dem Titel „Oesterreichische Arbeitskräfte für Deutschland“ wird ein Schreiben der Industriellen Bezirkskommission Wien abgedruckt, in dem diese auf den zuvor genannten Artikel von Dr. Michalke reagiert. Sie weist darin auf die vor dem Ersten Weltkrieg bestehenden Verflechtungen hinsichtlich der Arbeitskräfte zwischen Österreich und dem Deutschen Reich hin. Weiters werden die Vorteile der österreichischen Arbeitnehmer*innen herausgestrichen und Bemühungen zur Vermittlung dargestellt, die weitergeführt werden sollen. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass die konjunkturelle Entwicklung im Deutschen Reich noch unsicher sei.²⁰⁰ Mit den vier dargestellten Artikeln zeigt sich eine wesentliche Breite der behandelten Themen, wobei auch die wirtschaftliche Lage hier jeweils eine Rolle spielt und entsprechend dargestellt wird. Dass die Industrielle Bezirkskommission Wien auf einen Artikel von „Arbeit und Beruf“ reagiert, zeigt, dass die Zeitschrift auch schon 1925 in Österreich rezipiert wurde.

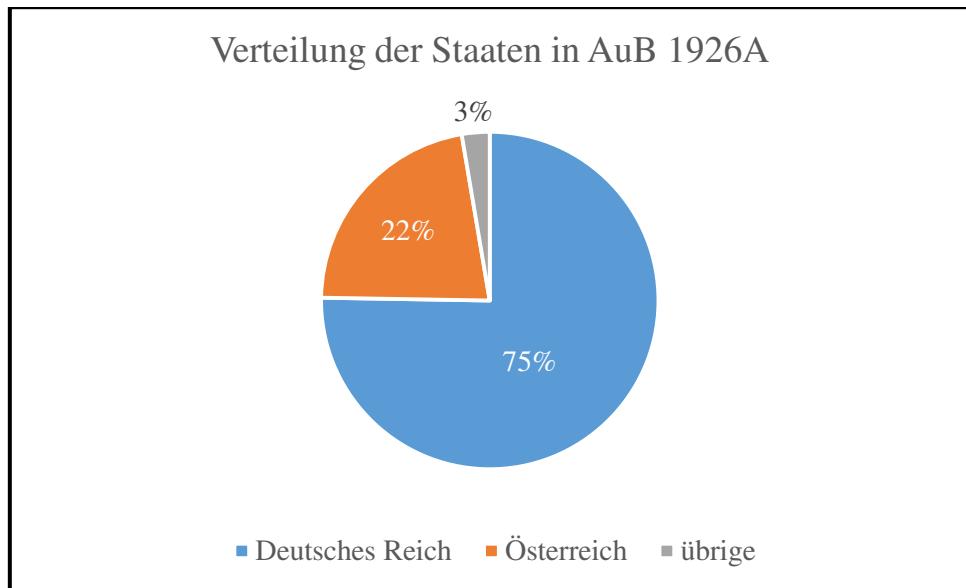
Mit dem Jahrgang 1926 erweiterte die Zeitschrift ihren räumlichen Fokus um Österreich. Dies schlägt sich in den Artikeln nieder, die in diesem Jahr publiziert wurden. Mehrheitlich wurden weiterhin Texte verfasst, die räumlich dem Deutschen Reich zugeordnet werden konnten,

¹⁹⁸ Vgl. AuB 1925, H. 10, 243-245. Artikel „Einiges aus der österreichischen Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung“ von Dr. Rudolf Schindler.

¹⁹⁹ Vgl. AuB 1925, H. 13, 298-299. Artikel „Das österreichische Auswanderungsprojekt und Deutschland“ von Dr. O. Michalke. Interessant dabei die Begründung für die Einrichtung einer solchen Einwanderungspolitik: „*Das deutsche Reich, das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft sollten sich diese Gelegenheit zu einer Tat für die Deutschen Oesterreichs nicht entgehen lassen. Wir hatten bisher infolge unserer eigenen trostlosen Lage noch kaum Gelegenheit den Deutschen Oesterreichs zu helfen. Hier ist eine solche Gelegenheit, die mit den nationalen und auch mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Oesterreichs übereinstimmt und trotz der augenblicklichen politischen Aengstlichkeit der beiderseitigen Regierungen als ein Werk der Menschlichkeit ungehindert durchgeführt werden könnte.*“ Die Argumentation erfolgt daher nicht nur aus wirtschaftlicher Perspektive, sondern eine derartige Initiative wird als ein humanitärer Akt dargestellt, der vor allem nationalen Interessen dient. Österreich wird nicht als von Österreicher*innen bevölkert gesehen, sondern als ein Staat von Deutschen in einer anderen Gebietseinheit. Dies ähnelt der in Kapitel 4.2. vorgestellten Argumentation für die räumliche Ausweitung der Zeitschrift.

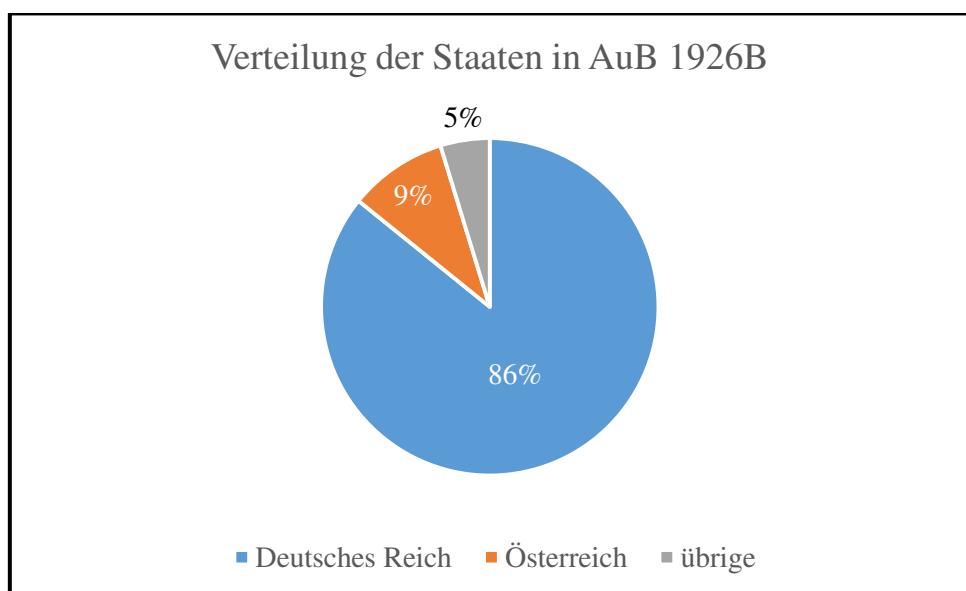
²⁰⁰ Vgl. AuB 1925, H. 18, 453-454. Artikel „Oesterreichische Arbeitskräfte für Deutschland“ auf Basis eines Schreibens der Industriellen Bezirkskommission Wien. Angelehnt an die Argumentation von Dr. Michalke wird „*die Beschaffung stammesverwandter Arbeiter aus Oesterreich*“ erwähnt, wobei auch die Formulierung „*die stammverwandten Oesterreicher*“ verwendet wird. Damit zeigt sich doch eine Selbständigkeit aufseiten der Industriellen Bezirkskommission Wien, da nicht von „Deutschen“ gesprochen wird. Der Begriff der „stammverwandten Oesterreicher“ lässt hinsichtlich seiner Auslegung einiges offen.

konkret in Ausgabe A 422 der 562 erfassten Beiträge (75%). 125 Texte (22%) beschäftigten sich mit Österreich, nun ein bedeutsamer Anteil, der das österreichische Publikum auch zufriedenstellen konnte. 15 Texte (3%) entfielen auf andere Staaten. Abbildung 25 zeigt das zugehörige Diagramm.



*Abbildung 25: Anteile der Staaten in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A
Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)*

In Ausgabe B stellt sich dies etwas anders dar: Von den 148 erfassten Beiträgen beschäftigte sich ein größerer Teil (127 Texte, 86%) räumlich mit dem Deutschen Reich. 14 Texte (9%) konnten Österreich zugeordnet werden; sieben Beiträge (5%) entfielen auf andere Staaten. Abbildung 26 visualisiert diesen Umstand.



*Abbildung 26: Anteile der Staaten in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B
Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)*

Österreich stellte damit in Ausgabe A kein „Anhängsel“ zu Belangen des Deutschen Reiches dar, sondern konnte mehr als ein Fünftel der Beiträge für sich verbuchen. Die Artikel waren daher ein wesentlicher Bestandteil von „Arbeit und Beruf“. In Ausgabe B konnte jedoch nur ein knappes Zehntel der Texte Österreich zugeordnet werden. Der Grund für den Unterschied könnte darin liegen, dass sich die Ausgabe B erst im Aufbau befand und etablieren musste, sodass zunächst ein Fokus auf das Deutsche Reich gelegt wurde, um dies zu erreichen.

Texte über Österreich kamen im Jahrgang 1926 von „Arbeit und Beruf“ nun zum großen Teil aus der Innensicht Österreichs, indem Österreicher*innen diese verfassten. Dies zeigt, dass die Zeitschrift vermehrt in Österreich rezipiert wurde, da eine entsprechende Beteiligung auch vonseiten österreichischer Autor*innen vorhanden war.

In der Ausgabe A des Jahrganges 1926 wird hinsichtlich Österreichs ein breites Themenspektrum behandelt. Tabelle 2 zeigt einige ausgewählte Beiträge, die diesen Umstand verdeutlichen sollen:

Tabelle 2: Auswahl an Artikeln mit Themenschwerpunkt Österreich in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite
1926A	1	Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung in Oesterreich	Dr. Forchheimer, Wien	2-5
1926A	3	Das Inlandarbeitergeschutzgesetz	Dr. Heinrich Moertel, Wien	57-59
1926A	6	Der Stand der Berufsberatung in Oesterreich	Dr. Leifhelm, Graz	164-166
1926A	9	Arbeiter für die Landwirtschaft. Die Rückführungsaktion der Industriellen Bezirks-Kommission Wien	Dr. Heinrich Einspinner, Wien	245-246
1926A	11	Auswanderung nach Uebersee, Einwanderung im Jahre 1925 in Oesterreich	Dr. Egon Uranitsch, Graz	316-319
1926A	13	Produktive Arbeitslosenfürsorge in Vorarlberg	Fritz Preiß, Bregenz	392-393
1926A	17	Historische Entwicklung des paritätischen Arbeitsnachweises der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe	M. L. Spielmann, Wien	501-504

1926A	20	Die Berufe des Gerichtswesens in Österreich	Dr. Vinzenz Bauer, Graz	599-603
1926A	22	Die XVIII. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (Bundesgesetz vom 28.7.1926, B.G.Bl. Nr. 206)	Dr. Franz Keller, Wien	660-662
1926A	24	Produktive Arbeitslosenfürsorge vom Standpunkte des Burgenlandes	Dr. Theodor Möbius	741

Diese Aufstellung zeigt, dass die Themen der Zeitschrift auch in Bezug auf Österreich breit gefächert dargestellt und diskutiert wurden. Aus diesem Grund kann Österreich – wenn auch nur ein Teil der Artikel sich mit Österreich-Themen beschäftigte – im Jahrgang 1926 bezüglich der Ausgabe A durchaus als vollwertiger Teil der Zeitschrift gesehen werden.

5.2. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit

Arbeitsvermittlung bzw. Stellenvermittlung, Angelegenheiten der Arbeitsnachweise sowie Inhalte, die sich mit Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit auseinandersetzen, traten in „Arbeit und Beruf“ in den Jahren 1925 und 1926 vielfach auf. Dabei wurde jeweils ein breites Spektrum dieser Themenbereiche behandelt.

23 Beiträge beschäftigten sich im Jahrgang 1925 mit Aspekten der Arbeits- bzw. Stellenvermittlung, soweit es nicht die Vermittlung von Lehrstellen betraf, welche zur Berufsberatung zu zählen ist. Ab der Einführung von „Nachrichten aus der Praxis“ in Heft 14 waren derartige Ausführungen meist dort unter dem betreffenden Punkt „B. Arbeitsvermittlung“ zusammengefasst. 39 betreffende Beiträge sind für die Ausgabe A des Jahrganges 1926 zu identifizieren. In Ausgabe B dieses Jahrganges konnten keine entsprechenden Beiträge gefunden werden. Dies ist aufgrund der Tatsache, dass die Berufsberatung hier im Vordergrund stand, welche intensiv mit der Lehrstellen-, jedoch nicht der Arbeitsvermittlung in Verbindung steht, nicht verwunderlich. Beispiele für Texte zu diesem Themengebiet sind Tabelle 3 zu entnehmen.

Tabelle 3: Auswahl an Artikeln mit Themenschwerpunkt Arbeits- und Stellenvermittlung in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 und 1926

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite
1925	2	Landwirtschaft und gewerbsmäßige Stellenvermittlung	Dr. Erwin Münch, Berlin	19-22
	3			42-45
	4			58-59

1926A	2	Die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung	Kanut Schäfer, Dresden	42-44
1926A	9	Saisonvermittlung von gastwirtschaftlichem Personal	Dr. Schreiber, Magdeburg	255-256
1926A	21	Arbeitsvermittlung für Erwerbsbeschränkte	E. Auzinger, Wien	635-636

Zum Bereich des Arbeitsnachweises sind in „Arbeit und Beruf“ im Jahrgang 1925 39 Beiträge zu finden. Auch hier ist der Großteil der Ausführungen ab Heft 16 dieses Jahrganges in den „Nachrichten aus der Praxis“ unter „A. Arbeitsnachweis und Arbeitsnachweisangestellte“ zu finden. In Ausgabe A des Jahrganges 1926 konnten 43 Texte identifiziert werden. Ausgabe B enthielt keine relevanten Beiträge, wofür die Gründe auch hier wie oben beschrieben liegen. Tabelle 4 zeigt nachstehend einige exemplarische Artikel, welche die inhaltliche Breite der Zeitschrift anschaulich machen:

Tabelle 4: Auswahl an Artikeln mit Themenschwerpunkt Arbeitsnachweis in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 und 1926

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite
1925	4	Zur Frage der Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsnachweisen und Gefangenengenanstalten	Gairing, Erfurt	68-69
1925	8	Allgemeine deutsche Arbeitsnachweis-Tagung in Düsseldorf vom 27. bis 29. Mai 1925	Dr. Walter Stets, Berlin	166-167
1925	16	Arbeitsnachweis und Wanderfürsorge	Dr. Frey, Gießen	388-391
1926A	6	Die öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweise und die Vermittlung in die Landwirtschaft	Dr. H. Gschließer, Innsbruck	150-155
1926A	12	Einige Glossen zu den Preußischen Vorschriften über die halbmonatlichen Bedarfserkundigungen der Arbeitsnachweise	Dr. C. Wolf, Münster i.W.	354
1926A	24	Die Verbundenheit der öffentlichen Arbeitsnachweise	Kanut Schäfer, Dresden	735-736

Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit bzw. der Erwerbslosigkeit sowie der Arbeitslosenversicherung wurden im Jahrgang 1925 von „Arbeit und Beruf“ 70 Artikel verfasst. Hier sind ebenso nach der Reorganisation der Zeitschrift ab Heft 14 viele Beiträge in den Nachrichten aus der Praxis unter „E. Erwerbslosenfürsorge“ zu finden. In der Ausgabe A des Jahrganges 1926 wurden 170 für diesen Bereich relevante Texte identifiziert; auch in Ausgabe B sind zu diesen Themen fünf Texte zu finden. Letztere beschäftigen sich aufgrund des Fokus dieser Aufgabe auf die Schule ausschließlich mit Belangen, die Jugendliche betreffen. Tabelle 5 zeigt einen Überblick über ausgewählte Beiträge. Erstmals ist hier eine Frau als Autorin auszumachen; dies könnte auch schon früher der Fall gewesen sein, lässt sich aber aufgrund fehlender Vornamennennungen nicht nachweisen.

Tabelle 5: Auswahl an Artikeln zum Thema Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit sowie Arbeitslosenversicherung in „Arbeit und Beruf“

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite
1925	3	Die Entwicklung von Theorie und Praxis des örtlichen und zeitlichen Gefahrenausgleichs in der Erwerbslosenfürsorge	Dr. Gustav Böhm, München	45-47
1925	10	Ablehnung von Notstandsarbeit durch Erwerbslose. Ein Beitrag zum „Recht der Notstandsarbeiter“	Dr. Lehmann, Liegnitz	241-242
1925	16	Bemerkungen zum preußischen Ausgleichsverfahren in der Erwerbslosenfürsorge	Dr. Ordemann, Münster i.W.	399-401
1926A	2 3	Der Gegenentwurf des Deutschen Städtetages zum Arbeitslosenversicherungsgesetz	Dr. Gustav Böhm, München	33-35 62-66
1926A	8	Zur produktiven Arbeitslosenfürsorge in Oesterreich	Dr. Egon Uranitsch, Graz	226-229
1926A	14	Gelegenheitsarbeit Erwerbsloser	Dr. Lehmann, Liegnitz	418-419
1926A	16	Der Helferdienst der weiblichen erwerbslosen Jugend beim Städt. Berufsamt Frankfurt a. Main	Johanna Ernst	482-483
1926A	24	Werksbeurlaubung und Erwerbslosenfürsorge	Dr. Lehmann, Liegnitz	739-740

1926B	2	Das Erziehungsproblem der erwerbslosen Großstadtjugend	Josef Honé, Essen	48-49
1926B	4	Bewahrung und Förderung erwerbsloser Jugendlicher in Leipzig	Dr. Kurz Kunze, Leipzig	95-99

Für alle behandelten Teile Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsnachweis, Arbeitsvermittlung, Stellenvermittlung zeigt sich eine Vielzahl an Themen, die dabei in der Zeitschrift diskutiert wurden, und auch an Autor*innen, die dazu beitrugen. Zur Zeit der Publikation aktuelle Themen wie der Entwurf und die Diskussion zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reich spiegeln sich in den Beiträgen wider. Auch aktuelle Publikationen außerhalb der Zeitschrift werden in verkürzter Form bzw. kompakten Fachbeiträgen von deren Verfasser*innen wiedergegeben, wie beispielsweise der Beitrag „Die Düsseldorfer Arbeitsschule. Ein wertvoller Beitrag zur Lösung des Erziehungsproblems der arbeitslosen Großstadtjugend“ von Josef Honé in der Ausgabe A des Jahrganges 1926 zeigt.²⁰¹

Die finanzielle Komponente der Versorgung von Arbeitslosen wurde in „Arbeit und Beruf“ ebenso dargestellt. Es erfolgte eine regelmäßige (monatliche) Publikation von Zahlen über die Erwerbslosenfürsorge im Deutschen Reich, indem die Einnahmen und Ausgaben der Institutionen für diesen Bereich einander gegenübergestellt wurden.²⁰² Auch für Österreich wurden regelmäßig statistische Angaben geliefert, die die Zahl der unerledigt gebliebenen Stellensuche sowie der unterstützten Erwerbslosen, Arbeitslosigkeit und Migration betrafen.²⁰³ Die Zeitschrift war daher auch ein wichtiges Organ für die Veröffentlichung von belastbarem Zahlenmaterial.

Abbildung 27 auf der folgenden Seite zeigt eine Grafik mit den jeweiligen Anteilen der drei in diesem Teilkapitel behandelten Bereiche am gesamten jeweiligen Jahrgang. Mehrfachnennungen sind dabei möglich, da einige Artikel mehreren Bereichen zugeordnet werden können. Daraus ist ersichtlich, dass die Ausführungen zum Thema Arbeits- und Stellenvermittlung in den Jahrgängen 1925 und 1926 anteilmäßig mit zwischen 6% und 7% in etwa gleich blieben. Ausführungen zum Arbeitsnachweis traten 1926 etwas seltener auf als 1925 (Rückgang von

²⁰¹ Vgl. AuB 1926A, H. 6, 166-167. Artikel „Die Düsseldorfer Arbeitsschule. Ein wertvoller Beitrag zur Lösung des Erziehungsproblems der arbeitslosen Großstadtjugend“ von Josef Honé. Dieser Artikel bezieht sich auf folgendes Buch: Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises Düsseldorf (Hg.), Erwerbslose Großstadtjugend. Ein Düsseldorfer Erziehungsversuch an erwerbslosen Jugendlichen (Düsseldorf 1925).

²⁰² Vgl. als Beispiel AuB 1926A, H. 15, 447-451.

²⁰³ Vgl. als Beispiel AuB 1926A, H. 16, 474-477.

ca. 11% auf ca. 8%), während Ausführungen zur Arbeitslosigkeit und der diesbezüglichen Versicherung stark anstiegen (von 19% auf 30%). Dies zeigt die Beschäftigung mit den Entwürfen für das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Deutschen Reich sowie den allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch in Ausgabe B des Jahrganges 1926 ist das Thema der Erwerbslosigkeit im Gegensatz zu den anderen inhaltlichen Bereichen vertreten, jedoch mit etwa 3% von nur untergeordneter Bedeutung. In Summe zeigt sich auf Basis dieser Zahlen, dass die Auseinandersetzung mit Inhalten der Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung sowie der Arbeitsnachweise in der wissenschaftlichen Diskussion und damit in „Arbeit und Beruf“ sehr präsent war.

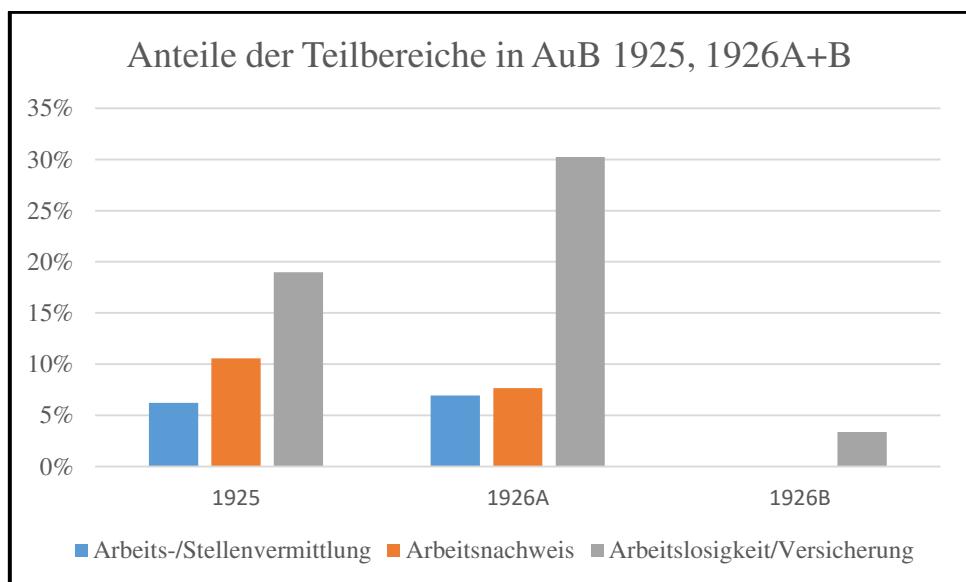


Abbildung 27: Anteile der Bereiche Arbeits-/Stellenvermittlung, Arbeitsnachweis, Arbeitslosigkeit/Versicherung in den Jahrgängen 1925 und 1926 von „Arbeit und Beruf“ (Quelle: eigene Berechnung und Darstellung)

Zum Abschluss dieses Teilkapitels soll der Blick noch auf einen speziellen Inhalt zu den dargestellten Themenbereichen gelenkt werden, nämlich auf die Auseinandersetzung mit der Landwirtschaft in der Ausgabe A des Jahrganges 1926 von „Arbeit und Beruf“. Landwirtschaftliche Produktion stellte zu diesem Zeitpunkt noch einen relevanten Teil der Wirtschaft dar. Insgesamt erschienen in den Heften der genannten Ausgabe 13 Texte, die sich mit landwirtschaftlichen Belangen beschäftigten. Eine Übersicht dazu bietet Tabelle 6 auf der nächsten Seite.

Tabelle 6: Artikel zur Landwirtschaft in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite	Nr.
1926A	5	Die Hemmung des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktausgleichs durch die von Betriebsfremden bewohnte Werkwohnung und ihre Beseitigung	Paul Schulze, Dresden	113-115	(1)
1926A	6	Die Ausländerbeschäftigung in der ostdeutschen Landwirtschaft	Hugo Flemke, Berlin	145-148	(2)
1926A	6	Ueberführung städtischer Arbeitsloser in die Landwirtschaft. (Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen.)	Dr. Michalke, Düsseldorf	148-150	(3)
1926A	6	Die öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweise und die Vermittlung in die Landwirtschaft	Dr. H. Gschließer, Innsbruck	150-155	(4)
1926A	7	Zur Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft	von Byern, Zabackuck Locher, Berlin	189-191	(5)
1926A	8	Die Polenfrage im Zuckerrübenbau, oder gibt es Möglichkeiten, ohne Polen fertig zu werden?	H. Görg, Preußlitz (Anh.)	218-219	(6)
1926A	8	Zur Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft. (Berichtigung.)	Schriftleitung von „Arbeit und Beruf“	219	(7)
1926A	9	Arbeiter für die Landwirtschaft. Die Rückführungsaktion der Industriellen Bezirks-Kommission Wien	Dr. Heinrich Einspinner, Wien	245-246	(8)
1926A	12	Beitrag zum Nachwuchsmangel in der Landwirtschaft	Adalbert Voigt	340-341	(9)
1926A	14	Ueberleitung von Industriearbeitern zur Landwirtschaft	K. Vorderwinkler, Steyr	409-411	(10)
1926A	17	Landwirtschaftliche Kinderarbeit	Dr. Lehnhardt, Berlin	497-499	(11)

1926A	21	Eine landwirtschaftliche Arbeitsnachweiswoche	Edmund Schreiber, Magdeburg	644-646	(12)
1926A	23	Arbeitsnachweise und Landwirtschaft	Faulborn, Halle a.S.	696-698	(13)

Die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex der Landwirtschaft wurde daher aus mehreren Blickwinkeln durchgeführt, wobei besonders im Zeitraum zwischen Heft 5 (erschienen am 10. März 1926) und Heft 9 (erschienen am 10. Mai 1926) in „Arbeit und Beruf“ eine intensive Beschäftigung damit erfolgte. Tabelle 7 gibt einen Überblick über die angesprochenen Problemstellungen und vorgelegte Lösungsvorschläge hinsichtlich Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Bezug auf den landwirtschaftlichen Sektor.

Tabelle 7: Analyse der Bereiche Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit im Kontext der Landwirtschaft in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A

Nr.	Problemstellung	Lösungsvorschlag
(1)	Werkwohnungen (Dienstwohnungen) in landwirtschaftlichen Betrieben in Sachsen werden von Personen bewohnt, die nicht mehr im Betrieb arbeiten. Dies führt zur erhöhten Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte.	Es wird auf Vermittlung des Sächsischen Landesarbeitsamtes nach der Einholung von Fragebögen ein Tausch von Werkwohnungen durchgeführt, sodass die Wohnungsbesitzer*innen wieder attraktive Arbeitsstellen haben und die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte nicht nötig ist.
(2)	Beschäftigte aus Polen arbeiten für einen geringen Lohn in landwirtschaftlichen Betrieben, besonders in Preußen, während deutsche Arbeitskräfte nicht eingestellt werden. Dies ist nicht statthaft, weil Ausländer*innen damit Arbeit haben, Deutsche jedoch nicht.	Die Anstellung von polnischen Arbeitskräften muss unterbunden und mithilfe der Arbeitsnachweise danach getrachtet werden, deutsche Arbeiter*innen in die Landwirtschaft zu vermitteln. Die „völkisch-nationalen Grundlage“ der Landwirtschaft wird dadurch gestärkt.
(3)	Aufgrund der sich verschlechternden Wirtschaftslage werden weniger Jugendliche in der Industrie ausgebildet, sodass die Arbeitslosigkeit unter dieser Gruppe in Städten steigt.	Mehr Jugendliche sollen auf landwirtschaftliche Stellen vermittelt werden. Dafür ist der Ausbau der Arbeitsnachweise in preußischen Gebieten nötig.
(4)	In der österreichischen Landwirtschaft werden Personen gesucht, die in den Betrieben mitarbeiten. Die Vermittlung	Die Vermittlung in die Landwirtschaft soll durch Maßnahmen wie eine straffere Organisation und die gezielte Ansprache

	von Personen auf derartige Stellen ist noch nicht in vollem Umfang zufriedenstellend.	von landwirtschaftlichen Arbeitgeber*innen sowie geeigneten Arbeitnehmer*innen intensiviert werden.
(5)	Rittergutsbesitzer von Byren stößt sich an Ausführungen des Diplom-Landwirts Locher in einem früheren Artikel.	Locher tritt für einen allmählichen Abbau von polnischen Arbeitskräften in der Landwirtschaft ein, während von Byren den Standpunkt vertritt, dass er sie zwar persönlich nicht schätzt, aber es ohne „Polacken“ nicht ginge.
(6)	Eigentümer*innen landwirtschaftlicher Betriebe vertreten die Ansicht, ihre Betriebe ohne die Verwendung von polnischen Arbeitskräften nicht bewirtschaften zu können.	Görg vertritt aufgrund seiner Erfahrungen als Oberamtmann eines Ritterguts die Ansicht, dass die Heranziehung polnischer Arbeitskräfte bei intensivem Einsatz moderner Maschinen nicht nötig sei.
(7)	Aufgrund eines technischen Fehlers ist der Artikel (5) verkürzt abgedruckt worden.	Die fehlende Passage wird im gegenständlichen Heft nachgereicht.
(8)	Der Mangel von Arbeitskräften in der österreichischen Landwirtschaft ist eine Ursache der schlechten Wirtschaftslage sowie der unausgeglichenen Zahlungsbilanz. Viele landwirtschaftliche Arbeitskräfte sind vom Land in die Stadt gezogen, sodass dieser Umstand verschärft wurde.	Durch ein eigenes Schulungsprogramm einschließlich attraktiver monetärer Prämien werden gezielt ehemalige landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Städten angesprochen und qualifiziert, um sie wieder in den landwirtschaftlichen Bereich vermitteln zu können.
(9)	Im Landkreis Leer ist der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt ausgeglichen. Aufgrund fehlender Jugendlicher kann dieses Gleichgewicht in Zukunft ins Wanken geraten.	Gezielte Maßnahmen in der Berufsberatung wie die Anwerbung geeigneter Personen und Ausbildung in ruralen Arbeitsmethoden sollen dazu beitragen, einen drohenden lokalen Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft zu verhindern.
(10)	Der Mangel in Arbeitskräften in der Landwirtschaft in Österreich wird immer wieder hervorgehoben. In den vergangenen Jahren haben immer mehr Arbeitskräfte landwirtschaftliche Betriebe verlassen. Diese sollen in die Landwirtschaft zurückgeführt werden.	Das Arbeitsamt Steyr führte ein Programm durch, mit dem ehemals in der Landwirtschaft Beschäftigte gezielt identifiziert, angesprochen und vermittelt wurden. Entsprechende Richtlinien zur Durchführung für andere Arbeitsämter wurden erlassen.
(11)	Kinderarbeit in der Landwirtschaft wurde im Gegensatz zu jener im Gewerbe nicht durch das Kinderschutzgesetz von	Dr. Lehnhardt stellt aktuelle Befunde mithilfe eines Buches von Helene Simon zu diesem Thema dar. Die Einführung

	1903 untersagt. Aus diesem Grund ist Kinderarbeit in diesem Bereich immer noch weit verbreitet, was zu negativen sozialen und physischen Folgen führen kann.	eines Verbots der Kinderarbeit im landwirtschaftlichen Sektor wird gefordert, dessen zeitnahe Einführung aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Deutschen Reich allerdings als unrealistisch angesehen.
(12)	Die Effektivität und Effizienz der Vermittlungstätigkeit von Arbeitsnachweisen hängt maßgeblich von der Kompetenz der dort beschäftigten Mitarbeiter*innen ab. Diese ist nicht durchgehend gegeben, sodass „Arbeitsnachweiswochen“ zur Ausbildung veranstaltet werden.	Arbeitsnachweiswochen können ein Instrument sein, um die Ausbildung des Personals zu vertiefen. Eine fundierte und längere Ausbildung ist jedoch weiterhin anzustreben. Eine Fortführung dieses Formats ist dennoch wünschenswert.
(13)	Der Artikel ergänzt einen früheren Artikel eines anderen Autors um die Perspektive der Landwirtschaft. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise wird dabei in den Blick genommen. Ebenso soll Schwarzarbeit in der Landwirtschaft vorkommen.	Faulborn tritt der Behauptung der grässierenden Schwarzarbeit in der Landwirtschaft entgegen. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise in die Landwirtschaft gestaltet sich aufgrund mehrerer Herausforderungen komplex. Es sollte mehr Bewusstsein für die Arbeitsfähigkeit von Frauen geschaffen und die Reduktion ausländischer Arbeitskräfte zurückgenommen werden.

Diese Übersicht zeigt die vielfältige Auseinandersetzung mit Belangen der Landwirtschaft. Die Frage der Beschäftigung ausländischer (besonders polnischer) Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zieht sich dabei wie ein roter Faden durch die Artikel. Äußerungen sind dabei nicht immer, aber doch in vielen Fällen nationalistisch geprägt, welche eine Abwertung von polnischen Arbeitskräften bzw. eine Besserstellung von reichsdeutschen Personen beinhalten. Die Schriftleitung gibt dabei beiden Sichtweisen entsprechenden Raum; in eigenen Anmerkungen zu Text (13) wird durch die Schriftleitung eine eher ausgewogene Position eingenommen, wobei angemerkt wird: „*Polen und Deutsche sind nicht ein und dasselbe.*“²⁰⁴ Das Überwiegen der nationalistischen Töne²⁰⁵ unterstreicht eine tendenziell national-völkische Ausrichtung der Zeitschrift.

²⁰⁴ AuB 1926A, H. 23, 697. Anmerkung der Schriftleitung. Dieser Satz bezieht sich jedoch eher auf die unterschiedlichen Anforderungen, die die jeweiligen Gruppen nach der Ansicht der Schriftleitung an landwirtschaftliche Arbeitgeber*innen bezüglich Entlohnung, Kost und Logis stellen würden.

²⁰⁵ Diese konnten hier eher in Texten von Autor*innen aus dem Deutschen Reich wahrgenommen werden, weniger in Texten österreichischer Autor*innen.

Diese Ausrichtung soll nochmals eingehender auf Basis des Textes „Die Polenfrage im Zuckerrübenbau, oder gibt es Möglichkeiten, ohne Polen fertig zu werden?“ von H. Görg, Oberamtmann, Rittergut Preußlitz (Anh.),²⁰⁶ analysiert werden. Die Schriftleitung nimmt zu diesem Text eine positive Haltung ein, kommentiert sie diesen doch einleitend folgendermaßen:

„Wir freuen uns, hierzu nachstehende Ausführungen eines anerkannten praktischen Landwirts und des langjährigen Vorsitzenden der Gerätestelle der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft bringen zu können.“²⁰⁷

Der Beitrag beginnt mit der Darstellung des Erfahrungsschatzes des Autors, den dieser in Sachsen und Anhalt erworben hatte. Auf den von ihm betreuten Feldern würde „[...] fast jede Frau in den Rüben mit[arbeiten], auch oft Mädchen, und mit wahrem Feuereifer die Kinder [...]“.²⁰⁸ Damit wird das Faktum der Kinderarbeit deutlich dokumentiert. Die erste aus einer national-völkischen Sicht relevante Stelle lautet wie folgt:

„An Geschicklichkeit und Fleiß lassen sich die einheimischen Frauen bestimmt nicht von den Polen übertreffen, und nur bei nassem Wetter gefällt ihnen das Rübenroden weniger als den Polen, vermöge ihrer ungleich höheren Kulturstufe. Aber selbst die preuß. Polen fingen bereits an, empfindlicher zu werden, und nur die Russenpolen und Galizier kümmerten sich weniger um schlechtes Wetter.“²⁰⁹

Dies zeigt eine deutliche Abstufung einzelner Volksgruppen. Deutsche Personen wurden auf der höchsten Entwicklungsstufe gesehen, polnische Menschen eindeutig darunter. Selbst hier wird noch eine Unterscheidung vorgenommen: Mit der Formulierung „preußische Polen“, welche die Änderungen der Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg nicht akzeptiert, sind Pol*innen aus den ehemals preußischen Gebieten Polens gemeint. Personen mit Abstammung von weiter östlichen Gebieten („Russenpolen“, „Galizier“) werden als Teil der untersten Stufe gesehen. Dabei wird ein aus heutiger Sicht bestenfalls zweifelhafter Konnex zwischen der Tolerierung schlechten Wetters und der Entwicklungsstufe von Volksgruppen hergestellt.

Nach einem weiteren Appell zur Kinderarbeit („Zum Verziehen sind Kinder zu haben und anzulernen, wenn die Methoden angewandt werden, welche die Kinder hiesiger Gegend schließlich doch auch erst zu begeisterten Anhängern des Rübenbaues, und das auch erst all-

²⁰⁶ AuB 1926A, H. 8, 218-219. Artikel „Die Polenfrage im Zuckerrübenbau, oder gibt es Möglichkeiten, ohne Polen fertig zu werden?“ von H. Görg.

²⁰⁷ AuB 1926A, H. 8, 218. Anmerkung der Schriftleitung.

²⁰⁸ AuB 1926A, H. 8, 218.

²⁰⁹ Ebd.

mählich, gemacht haben.“²¹⁰), folgt eine Darstellung der organisatorischen Durchführung bezüglich menschlicher, tierischer und maschineller Arbeitskraft. Vor der Hervorhebung der volkswirtschaftlichen Bedeutung neuer Verfahren und maschineller Innovationen sticht noch diese Passage ins Auge:

„Die Rübenarbeiterfrage und damit auch die Poleneinfuhr halte ich damit für gelöst, und es sollte mich persönlich herzlich freuen, wenn den Polen die enorme deutsche Einnahmequelle durch die Saisonarbeiter, sogenannte Sachsengänger, recht bald und gründlich versiegen würde.“²¹¹

Die völkische Ausrichtung dieser Passage zeigt sich alleine schon dadurch, dass polnische Menschen durch die Verwendung des Begriffs „Poleneinfuhr“ von Menschen zu Material entwertet werden. Darauf hinaus tritt die offene Feindseligkeit des Autors gegenüber Pol*innen dadurch zutage, dass eine besondere Freude über das Ausbleiben von Einnahmen für Pol*innen durch den Arbeitsplatzverlust geäußert wird.

Dieser im Detail analysierte Artikel passt sich daher in die Wahrnehmung der nationalistischen Ausrichtung der Zeitschrift ein, zumal die Schriftleitung diesen Ausführungen explizit zustimmt. Der Text ist daher auch eine Dokumentation der zu dieser Zeit herrschenden Ressentiments gegenüber der polnischen Bevölkerung, welche eindeutig rassistische Züge aufweisen.

5.3. Facharbeitermangel

Eine Auseinandersetzung zum Phänomen des „Facharbeitermangels“ erfolgte in beiden Jahrgängen 1925 und 1926 von „Arbeit und Beruf“. Aufgrund der überschaubaren Zahl der Artikel kann im Gegensatz zu den anderen Analysegebieten eine erschöpfende Beschäftigung mit diesem Thema erfolgen. Im weiteren Sinne mit dem Facharbeitermangel befassten sich die sieben Beiträge, die in Tabelle 8 auf der nächsten Seite dargestellt werden:

²¹⁰ Ebd. Hervorhebung im Original. Ob die Formulierung „Kinder zu haben“ in einem nationalistischen Sinne der möglichst großen Fortpflanzung der (deutschen) Volksgruppe zu sehen ist, kann nicht abschließend geklärt werden.

²¹¹ AuB 1926A, H. 8, 219. Hervorhebung im Original.

Tabelle 8: Artikel zum Facharbeitermangel in „Arbeit und Beruf“

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite
1925	4	Der Facharbeitermangel im Ofensetzerhandwerk	E. Schindler, Berlin	78-79
1925	5	Wer ist Facharbeiter?	Dr. Erdmann Graack, Berlin	84-87
1925	7	Wer ist Facharbeiter?	Dr. Nerschmann, Dresden	136-137
1925	7	Der Facharbeitsnachweis für das Baugewerbe Berlin	---	149-150
1925	12	Qualitätsarbeiternachwuchs	Rudolf Eisner, Berlin	279-280
1926A	16	Der Facharbeitermangel im Bau- gewerbe und die Möglichkeiten seiner Behebung. Ein Beitrag zur baugewerblichen Lehrlingsfrage	Dr. Richard Andrée, Düsseldorf	470-472
1926B	5	Der Facharbeitermangel im Bau- gewerbe und die Möglichkeiten seiner Behebung. Ein Beitrag zur baugewerblichen Lehrlingsfrage	Dr. Richard Andrée, Düsseldorf	105-107

Im ersten Beitrag mit dem Titel „Der Facharbeitermangel im Ofensetzerhandwerk“ berichtete Ernst Schindler von einem Rundschreiben des Landesarbeitsamtes Münster. Darin wurde festgehalten, dass es im Westen des deutschen Reiches im Bereich des Ofensetzerhandwerks einen zunehmenden Mangel gab – auch aufgrund der steigenden Nachfrage nach Kachelöfen, welche eiserne Öfen ersetzten. Bei der zu erwartenden weiteren Bautätigkeit wurde mit einer Verschärfung dieses Mangels gerechnet. Eine Anwerbung von entsprechenden Meistern aus dem Westen des Deutschen Reiches verlief bis zu diesem Zeitpunkt fruchtlos. Als Maßnahme wird im Artikel empfohlen, mehr Lehrlinge auszubilden, welche selbständige Meister werden und eigene Betriebe gründen könnten. Ein Mangelzustand war zum damaligen Zeitpunkt sowohl bei der Zahl der Betriebe als auch der selbständigen Meister zu beobachten.²¹²

Unter dem Titel „Wer ist Facharbeiter?“ berichtete Dr. Erdmann Graack in seiner Funktion als Dezernent im Landesarbeitsamt Berlin von der Praxis der Arbeitsnachweise. Seinen Beobachtungen nach würden sich die Grenzen zwischen den Facharbeiter*innen verwischen, da eine „*Vielgestaltigkeit der modernen Arbeitsmethoden*“ auftreten würde. Facharbeiter*innen

²¹² Vgl. AuB 1925, H. 4, 78-79. Artikel „Facharbeitermangel im Ofensetzerhandwerk“ von Ernst Schindler.

als solche wurden je nach Branche unterschiedlich definiert. In den Berliner Arbeitsnachweisen, welche aufgrund der großen Anzahl der zu betreuenden Personen in mehrere Bezirksarbeitsnachweise und eigene Abteilungen je nach Fachrichtung gegliedert waren, wurde versucht, korrekte Zuordnungen zu treffen, um die hohe Qualität der Arbeitsvermittlung zu gewährleisten. Dr. Graack empfahl anderen Landesarbeitsämtern, dem Berliner Beispiel in der Führung der Arbeitsnachweise hinsichtlich der Facharbeiter*innen zu folgen.²¹³

Direktor Dr. Nerschmann, Dresden, verfasste eine Erwiderung zum soeben dargestellten Beitrag mit dem selben Titel „Wer ist Facharbeiter?“. In Dresden erfolgte die Zuordnung von Facharbeiter*innen über eine zentrale Kartothek, welche eine schnelle Änderung der Zuordnung zu einer bestimmten Fachabteilung möglich machte und auch bei einer Wiedervorstellung der Personen nützlich war. Besonders hervorgehoben wurden dabei die Mitarbeiter*innen in der Aufnahmestelle, welche die verantwortungsvolle Aufgabe der Zuordnung durchführten. Aufgrund der einfacheren internen Organisation und des problemlosen Ablaufs der in Dresden geübten Praxis lehnte Dr. Nerschmann eine Übernahme der Empfehlungen Dr. Graacks ab.²¹⁴

Unter dem Titel „Der Facharbeitsnachweis für das Baugewerbe in Berlin“ wird ein Artikel einer anderen Zeitschrift („Zentralblatt für das Deutsche Baugewerbe“) abgedruckt, welcher sich mit der Organisation des neu gegründeten Facharbeitsnachweises beschäftigt. Nach einer Darstellung über die Genese und Bestimmungen des Arbeitsnachweisgesetzes von 1922 werden die diesem Facharbeitsnachweis zur Vermittlung zugewiesenen Gruppen der Facharbeiter*innen (sämtliche, die mit dem Baugewerbe in allen Facetten zu tun hatten, wie beispielsweise „*die Vermittlung von Maurern, Putzern, Zementfacharbeitern, Einschalern, Zimmerern*“ aber auch „*Einstiefer, Hilfsschlosser, Kanalschachter*“) angeführt. Weitere Aufgaben waren die Abwicklung von Unterstützungsmaßnahmen, Arbeitsmarktbeobachtung sowie statistische Erfassungen. Am Ende werden die Arbeitgeber*innen in der Baubranche dazu aufgerufen, den Facharbeitsnachweis rege zu nutzen und auf die althergebrachte Methode der Umschau zu verzichten, da keine Annahmeverpflichtung für zugewiesene Arbeitnehmer*innen bestehe und die Vermittlung auf Basis der individuellen Qualifikation passend zum geäußerten Bedarf erfolgen würde.²¹⁵

Rudolf Eisner, Abteilungsleiter im Landesberufsamts Berlin, diskutierte in seinem Beitrag „Qualitätsarbeiternachwuchs“ die gestiegenen Anforderungen für Jugendliche, um Facharbei-

²¹³ Vgl. AuB 1925, H. 5, 84-87. Artikel „Wer ist Facharbeiter?“ von Dr. Erdmann Graack.

²¹⁴ Vgl. AuB 1925, H. 7, 136-137. Artikel „Wer ist Facharbeiter?“ von Dr. Nerschmann.

²¹⁵ Vgl. AuB 1925, H. 7, 149-150. Artikel „Der Facharbeitsnachweis für das Baugewerbe in Berlin“.

ter*innen zu werden. Eine Vielzahl an Lehrherren verlangte seinen Beobachtungen nach einen Abschluss einer höheren Schule (Obersekunda) oder ein Abitur. Wenngleich es begrüßenswert sei, eine möglichst gute Ausbildung der Lehrlinge mit Eignungsprüfungen, begleitenden Kontrollen und abschließenden Prüfungen auf höchstem Niveau anzustreben, werden dabei doch viele übersehen, die ebenso über sehr geeignete Fähigkeiten verfügten. Aus Eisners Sicht war daher angezeigt, die Anforderungen an die Lehrlinge zu überdenken und auch vorzeitige Schulabgänger*innen zu berücksichtigen. Auch setzte er sich für eine fundierte Ausbildung von „*körperlich oder geistig erwerbsbehinderten Jugendlichen*“ nach deren Neigungen ein, um diesen eine Teilnahme an einem Arbeitsprozess je nach ihren Anlagen und Fertigkeiten zu ermöglichen. Dies sei alleine schon deshalb vorteilhaft, weil auf diese Weise eine Versorgung dieser Bevölkerungsgruppe aus Instrumenten der Armenfürsorge verringert werden könnte.²¹⁶

Der Aufsatz „Der Facharbeitermangel im Baugewerbe und die Möglichkeiten seiner Behbung. Ein Beitrag zur baugewerblichen Lehrlingsfrage“ von Dr. Richard Andrée erschien 1926 sowohl in Ausgabe A als auch in Ausgabe B von „Arbeit und Beruf“. Gleich der erste Satz ist bedeutungsschwer und könnte (mit sprachlichen Einschränkungen) auch aus dem Jahr 2025 stammen: „*Die Beschaffung eines ausreichenden Facharbeiternachwuchses ist zurzeit eine der größten Sorgen der gesamten deutschen Wirtschaft.*“ Gründe für den Mangel an Facharbeiter*innen im Baugewerbe sieht Andrée im (Ersten) Weltkrieg, wo aufgrund des intensiven Einsatzes wegen ihrer Fähigkeiten viele Gefallene im Baugewerbe zu beklagen waren und bedingt durch die Kriegsergebnisse darüber hinaus so gut wie keine Lehrlinge ausgebildet wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg konnten in andere Branchen abgewanderte Bauarbeiter*innen nur mehr unzureichend zur Rückkehr in ihren erlernten Beruf motiviert werden. Auch sei der Lohnunterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeiter*innen zu klein, um die Absolvierung einer fundierten Ausbildung zu rechtfertigen. Ebenso wäre die Einführung des Achtstundentages hinderlich gewesen. Ausländische Bauarbeiter*innen wür-

²¹⁶ Vgl. AuB 1925, H. 12, 279-280. Artikel „Qualitätsarbeiternachwuchs“ von Rudolf Eisner. Vielen der im gegenständlichen Artikel getätigten Aussagen kann der Verfasser dieser Masterarbeit aus seinen eigenen Erfahrungen als Lehrer an einer Mittelschule zustimmen – besonders dieser Passage: „*Fassen wir aber einmal die praktischen Berufe in Handwerk und Industrie allein ins Auge, sehen also von kaufmännischen und anderen überwiegend geistig tätigen Berufen ab, so kann man bezweifeln, ob bei der hohen Einschätzung der Oberklasse und des guten Schulzeugnisses bei der Lehrlingsauswahl wirklich der brauchbarste Nachwuchs für diese Berufe gewonnen wird. „Gute Schüler“ sind in der Mehrzahl begrifflich–sprachlich befähigt, während unter den Durchschnitts- und minderguten Schülern die Masse der sinnestüchtig bewegungsmäßig Befähigten zu finden ist. Und gerade auf diese zweite Gruppe kommt es doch bei den Handwerksberufen an, sie, nicht die besten Schüler werden die Qualitätsarbeiter stellen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz, 7 bis 10 Prozent aller Jugendlichen, ist nach beiden Richtungen hin als begabt anzusprechen. Dieser Teil der Jugendlichen mag unsere Werkmeister, Betriebsingenieure u.ä. ergänzen, die erforderliche Zahl tüchtigster Facharbeiter wird er nicht stellen können.“*

den aufgrund fehlender Genehmigungen für die Aufnahme dieser keine Rolle spielen. Als Maßnahmen zur Behebung des Facharbeitermangels im Baugewerbe schlägt Andrée in seinem Artikel vor, die Arbeitszeit gleichmäßig über das Jahr verteilen zu können, um saisonale Schwankungen auszugleichen, mehr Lehrlinge auszubilden und intensive Anwerbemaßnahmen zur Bekämpfung von Vorurteilen – einschließlich „*Propagandatätigkeit unter den Jugendlichen*“ und „*Belehrung der Elternschaft*“ – durchzuführen, die gegenüber der Baubranche existieren. Ebenso sollte der Lohnunterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeiter*innen wieder erhöht werden und die Lehrzeit je nach Fähigkeiten der Lehrlinge individualisiert werden.²¹⁷

In der Gesamtschau wurde der Facharbeitermangel bzw. Fachkräftemangel in „Arbeit und Beruf“ aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Aus der Sicht der Arbeitsnachweise bzw. der Arbeitsvermittlung wurden organisatorische Voraussetzungen geschaffen, um den zu dieser Zeit bestehenden Fachkräftemangel zu bekämpfen. Aus der Perspektive der Ausbildung war zu überdenken, ob das Arbeitskräftepotential mit den gestellten Anforderungen optimal ausgeschöpft wurde. Das Ofensetzerhandwerk war regional vom Fachkräftemangel betroffen; das Baugewerbe litt allgemein darunter und suchte nach Möglichkeiten, den Problemen Abhilfe zu schaffen, wobei mehrere Ansätze diskutiert wurden und die Ausbildung von Lehrlingen als ein möglicher Schlüssel gesehen wurde – neben weiteren nötigen Maßnahmen, um eine Arbeitsstelle im Baugewerbe grundsätzlich zu ergreifen. Damit zeigt sich in „Arbeit und Beruf“ in den Jahrgängen 1925 und 1926 hinsichtlich des „Facharbeitermangels“ eine Auseinandersetzung mit Debatten, die zum damaligen Zeitpunkt relevant waren und ausgewogen erfolgte. Auch 100 Jahre später sind Teile davon noch bzw. wieder aktuell.

5.4. Berufsberatung

Wie in Kapitel 4 ausgeführt wurde, beschäftigte sich in den Jahrgängen 1925 und 1926 (Ausgabe A) von „Arbeit und Beruf“ jeweils etwa ein Fünftel der Artikel mit Berufsberatung. In Ausgabe B, welche eigens zum Zweck der Förderung der Berufsberatung ins Leben gerufen wurde, der Anteil diesbezüglicher Beiträge in etwa doppelt so hoch. Dies zeigt jeweils den hohen Stellenwert der Berufsberatung als aufstrebendes Feld in dieser Zeitschrift. Auch die Lehrstellenvermittlung an Jugendliche, welche der Berufsberatung zuzuordnen ist, wurde in der Publikation behandelt.

²¹⁷ Vgl. AuB 1926B, H. 5, 105-107. Artikel „Der Facharbeitermangel im Baugewerbe und die Möglichkeiten seiner Behebung. Ein Beitrag zur baugewerblichen Lehrlingsfrage“ von Dr. Richard Andrée.

Tabelle 9 bietet einen Überblick über ausgewählte Artikel, die sich in den Jahrgängen 1925 und 1926 von „Arbeit und Beruf“ mit Berufsberatung beschäftigten. Wie in den übrigen Themenfeldern wurden hier ab dem Heft 14 des Jahrganges 1925 viele Inhalte in den Nachrichten aus der Praxis unter Abschnitt „G. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung“ zusammengefasst.

Tabelle 9: Artikel zur Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in „Arbeit und Beruf“

Jahrgang	Heft	Titel	Autor	Seite
1925	11	Praktische Lehrlings- und Lehrstellenvermittlung	Alex Menne, Frankfurt a.M.	269-270
1925	17	Berufsberatung für Frauen und Mädchen	Hans Münch, Nürnberg	431-433
1925	20	Betriebsbesichtigungen für Berufsberater?	J.H.E. Büttner, Ranis (Kreis Ziegenrück)	518
1926A	6	Der Stand der Berufsberatung in Oesterreich	Dr. Leifhelm, Graz	164-166
1926A	13	Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange bei der Berufsberatung	Dr. Kurt Kunze, Leipzig	379-383
1926A	16	Die Laufbahn des Schutzpolizeibeamten. (Ein Beitrag zur Berufsberatung)	Polizei-Hauptmann Peter, Münster	467-469
1926A	21	Der berufsethische Einfluß des Berufsberaters	Dr. Hilde Grünbaum-Sachs, Berlin	631-633
1926B	7	Grundsätzliches zu den Lehrgängen über Berufsberatung	Paul Knoff, Berlin	160-161
1926B	8	Lehrstellenvermittlung für Frauenberufe. (Aus der Vermittlungstätigkeit des städt. Berufsamtes Frankfurt a.M.)	Margrit Klühsendorf	177-178
1926B	8	Inlandarbeiterfrage und Berufsberatung	Dr. Rudolf Uchann, Klagenfurt	180-181

Die Übersicht zeigt, dass das Feld der Berufsberatung einschließlich Lehrstellenvermittlung breit gefächert war und in dieser Form auch diskutiert wurde. Wie einige der angeführten Ar-

tikel zeigen, erfolgte die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für Frauen noch explizit im Hinblick auf eigene „Frauenberufe“. Dies deckt sich mit den Ausführungen in Kapitel 3.4. über diese Frühphase der Berufsberatung. Weiters wurden laufend Bekanntgaben über anstehende und laufende Lehrgänge, Tagungen und Ausbildungen für Berufsberater*innen in „Arbeit und Beruf“ publiziert, welche auch genaue Ausführungen über die Inhalte der Ausbildungen einschließlich Stundenanzahl der einzelnen Teilbereiche mit den Namen der Vortragenden enthielten. Dies zeigt, dass die Ausbildung von Berufsberater*innen zu dieser Zeit in dem sich neu formierenden Feld laufend erfolgte und eine entsprechende Kommunikation das Interesse dafür fördern sollte.

Damit in Verbindung steht, dass Berufsberater*innen (teilweise auch explizit Frauen) gesucht wurden, um den steigenden Bedarf an Berufsberatung zu decken. Dies spiegelt sich in den Anzeigen wider, die in „Arbeit und Beruf“ geschaltet wurden. Ein Teil davon betraf Publikationen wie Bücher und Tagungsbände, der größere Teil jedoch offene Stellen. Abbildung 28 und Abbildung 29 auf der nächsten Seite zeigen die Anteile der Anzeigen in den Jahrgängen 1925 und 1926 (Ausgabe A).

Im Jahrgang 1925 wurden 86 Anzeigen geschaltet, von denen knapp ein Viertel auf Publikationen (20 Anzeigen) und rund drei Viertel (66 Anzeigen) auf offene Stellen entfallen. In knapp der Hälfte von Letzteren (32 Anzeigen) werden Stellen von Berufsberater*innen gesucht. Etwa ein Viertel entfällt auf Arbeitsvermittler*innen (17 Anzeigen), die übrigen Anzeigen teilen sich auf Geschäftsführer*innen, Abteilungsleiter*innen und andere Arten von Stellen auf. Damit zeigt sich, dass das Feld der Berufsberatung im Jahr 1925 ein dynamisches Wachstum verzeichnete, da eine erhebliche Zahl von Berufsberater*innen gesucht wurde. Die teilweise verlangte Vorerfahrung wird nicht bei allen Bewerber*innen vorhanden gewesen sein; diesem Mangel konnte durch die Teilnahme an den laufenden Ausbildungen abgeholfen werden.

Im Jahr 1926 zeigen sich die laufende Eintrübung der Wirtschaftslage und die langsame Sättigung im Bereich der Berufsberatung. Die Gesamtzahl der Anzeigen in der Ausgabe A ging knapp um die Hälfte auf 46 Anzeigen zurück. Davon entfielen nur mehr zwei Anzeigen auf Publikationen; die übrigen 44 Anzeigen betrafen offene Stellen. Von den Stellenanzeigen entfiel etwas mehr als ein Drittel (16 Anzeigen) auf Berufsberater*innen, etwa ein Viertel auf Geschäftsführer*innen und etwa ein Fünftel auf Arbeitsvermittler*innen, der Rest auf andere Stellen. Der Rückgang hinsichtlich der gesuchten Berufsberater*innen und Arbeitsvermittler*innen ist daher durchaus bemerkbar, wenngleich weiterhin berufliche Möglichkeiten für diese vorhanden waren.

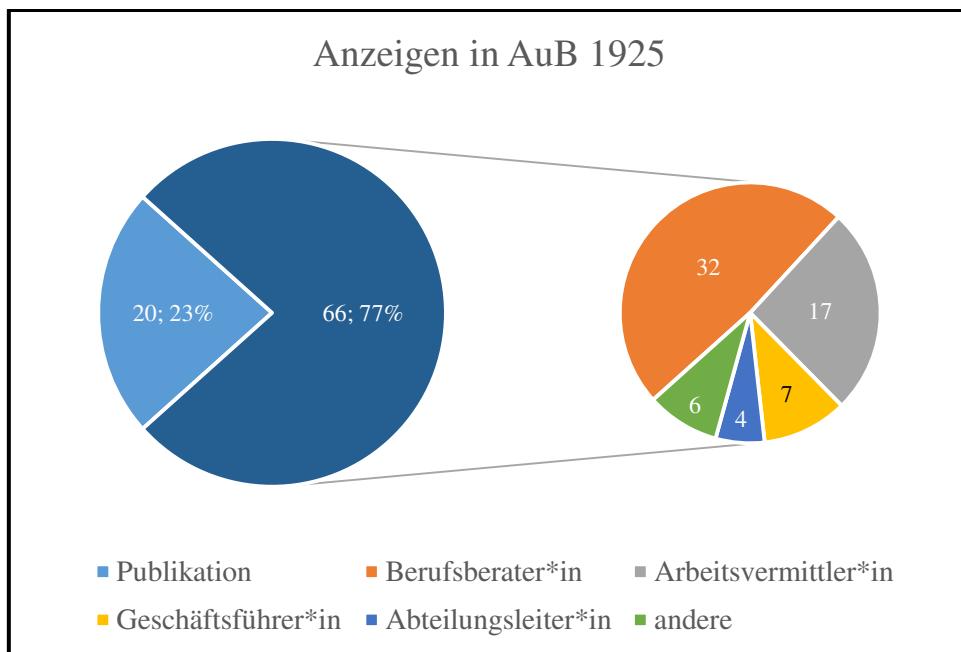


Abbildung 28: Anzeigen in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)

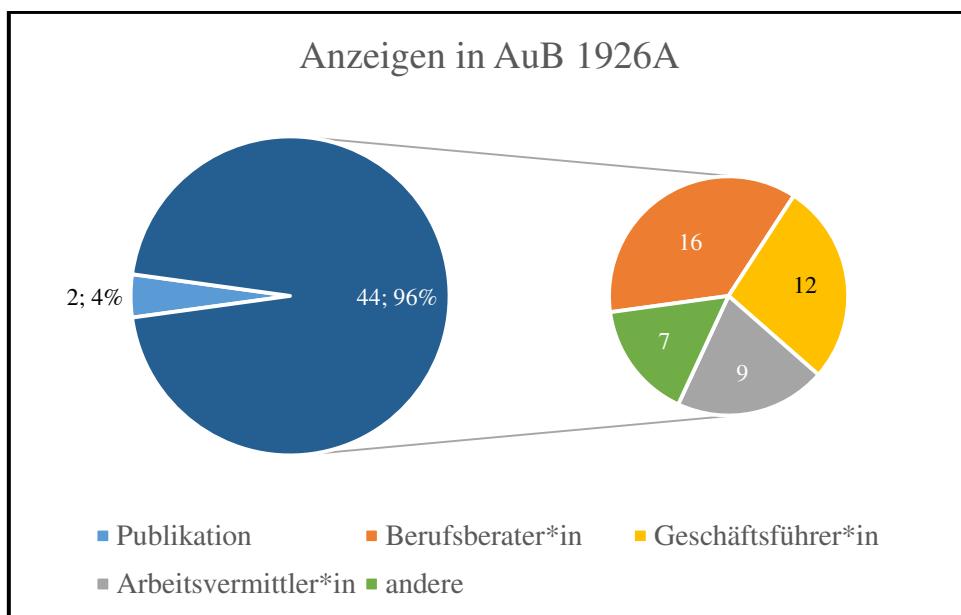


Abbildung 29: Anzeigen in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A
(Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)

Die Berufsberatung wurde durch zur damaligen Zeit innovative psychologische Ansätze ergänzt. Beispiele dafür sind die Beiträge „Psychologische Betrachtungen zur Berufsneigung“ von Dr. Hilde Grünbaum-Sachs, in dem die äußeren Umstände bei der Formung der Berufs-

neigungen betrachtet werden,²¹⁸ weiters „Charakterkunde im Wirtschaftsleben. (Handschrift-psychologie als Hilfsmittel bei Fragen der Berufsberatung und Organisation)“ von Dr. Max von Kreusch, der Zusammenhänge zwischen dem Aussehen der Handschrift und charakterlichen Zügen der Schreibenden herstellt,²¹⁹ ebenso „Psychologische Arbeitstagung für die württemb. Berufsberater“ von H. Prutz, in dem die Ergebnisse dieser Veranstaltung dargestellt werden,²²⁰ und „Berufspychologischer Kursus in Stettin“ von H. Hische, welcher eine Zusammenfassung über den Aufbau sowie der Inhalte des Kurses beinhaltet.²²¹

Auch die Vorstellung von Berufsbildern – nicht im wörtlichen, sondern im übertragenen Sinne – gehörte zum Repertoire der Berufsberatung in „Arbeit und Beruf“. Diese dienten als Arbeitsgrundlage für Berufsberater*innen, um einen besseren Eindruck von den Anforderungen der jeweiligen Berufe in der Praxis zu erhalten. Beispiele für vorgestellte Berufe sind Seemann,²²² Hebamme,²²³ Masseurin²²⁴ und Landmesser.²²⁵ Damit werden mehrere unterschiedliche Neigungen von Jugendlichen und auch Erwachsenen angesprochen.

In Summe zeigt sich hinsichtlich der Berufsberatung eine Vielzahl an Einflüssen, denen die Beiträge in „Arbeit und Beruf“ ausgesetzt waren. Zu dieser Zeit aktuelle Theorien und Entwicklungen im Bereich der Berufsorientierung und Lehrstellenvermittlung nahmen auf Basis dieser Texte Einfluss auf die Inhalte der Zeitschrift.

5.5. Zwischenfazit

Die Auseinandersetzung mit den einzelnen Analysegebieten von „Arbeit und Beruf“ in den Jahrgängen 1925 und 1926 zeigt, dass die Zeitschrift auch in einzelnen Themengebieten eine dynamische Entwicklung durchlief. Österreich wurde als ein bedeutsamer Staat in die Zeitschrift eingeführt, was der ausgegebenen Linie der Publikation gemäß Schriftleitung entsprach; Arbeitsnachweis und Arbeitslosigkeit wurden in unterschiedlichen Facetten diskutiert, wobei die wirtschaftliche Entwicklung darauf Einfluss nahm; der herrschende Fachkräfte-

²¹⁸ Vgl. AuB 1925, H. 23, 620-622. Artikel „Psychologische Betrachtungen zur Berufsneigung“ von Dr. Hilde Grünbaum-Sachs.

²¹⁹ Vgl. AuB 1925, H. 23, 622-624 im Wirtschaftsleben. (Handschriftpsychologie als Hilfsmittel bei Fragen der Berufsberatung und Organisation)“ von Dr. Max von Kreusch.

²²⁰ Vgl. AuB 1925, H. 24, 666-667. Artikel „Psychologische Arbeitstagung für die württemb. Berufsberater“ von H. Prutz.

²²¹ Vgl. AuB 1926A, H. 23, 701-703. Artikel „Berufspychologischer Kursus in Stettin“ von H. Hische.

²²² Vgl. AuB 1925, H. 21, 547-551 und H. 22, 576-580. Artikel „Der Seemann. (Ein Berufsbild unter besonderer Berücksichtigung des Nachwuchses für das rein seemännische Personal.)“ von Adalbert Voigt, Leer (Osts.).

²²³ Vgl. AuB 1926A, H. 9, 246-250. Artikel „Der Beruf der Hebamme“ von Dr. Klara Grünebaum, Köln.

²²⁴ Vgl. AuB 1926B, H. 3, 69-71. Artikel „Der Beruf der Masseurin“ von Dr. Klara Grünebaum, Köln.

²²⁵ Vgl. AuB 1926B, H. 1, 13-14. Artikel „Der Beruf des Landmessers“ von Lorenz, Hagen i.W.

mangel bzw. Facharbeitermangel wurde aufgegriffen und mit möglichen Lösungsansätzen dargestellt; die Berufsberatung wurde unter Berücksichtigung von zu dieser Zeit aktuellen Strömungen behandelt. Damit zeigt sich, dass „Arbeit und Beruf“ auf die wissenschaftlich einschlägigen Diskussionen in der Zeit ihrer Publikation reagierte und sich dazu progressiv mit Bezug auf die Anwendung in der Praxis positionierte.

5.6. Exkurs: Unterrichtsbeispiel für Bildungs- und Berufsorientierung

Am Ende dieser Masterarbeit sei ein kleiner Exkurs hinsichtlich der Umsetzung von Bildungs- und Berufsorientierung in der heutigen Zeit gestattet. Da der Verfasser dieser Masterarbeit eine Lehrperson ist und im Schuljahr 2025/26 voraussichtlich zwei 4. Klassen einer Mittelschule im Unterrichtsfach „Bildungs- und Berufsorientierung“ (BBO) betreuen wird (eine davon auch im Unterrichtsfach „Geschichte und Politische Bildung“ (GPB)), bietet sich dieser Exkurs an.

Das Unterrichtsbeispiel verwendet einen fächerübergreifenden Ansatz unter Heranziehung von BBO und GPB. In BBO wird damit der „*Kompetenzbereich ,Chancen erkennen und bildungs- und berufswahlrelevante Entscheidungen treffen*“ mit der Kompetenz „*Die Schülerinnen und Schüler können [...] Entscheidungen über den weiteren (Aus-)Bildungsweg auf Grundlage ihrer individuellen Begabungen und Interessen vorbereiten, umfassend begründen und treffen*“²²⁶ abgedeckt. Für GPB wird damit die „*Historische Fragekompetenz*“ geschult, welche der Kompetenzbeschreibung „*Die Schülerinnen und Schüler können Fragen zu Kontinuität und Wandel stellen*“²²⁷ entspricht.

Heute ist ein durch das Bundesministerium für Bildung zertifiziertes „Bildungs- und Berufsorientierungstool“ online verfügbar, welches als Kernelement einen „*wissenschaftlich fundierte[n] Online-Fragebogen*“ für die Schüler*innen besitzt.²²⁸ Schon vor einem Jahrhundert wurden derartige Fragebögen durch Schüler*innen ausgefüllt, welche sich noch etwas anders als heute darstellten. In Ausgabe B des Jahrganges 1926 ist ein derartiger Fragebogen abgedruckt, der vom Psychologen Professor Ernst Mally entwickelt und zu diesem Zeitpunkt be-

²²⁶ Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Lehrpläne der Mittelschulen, <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/277-lehrplan-2/download.html?Itemid=0>> (04.08.2025).

²²⁷ Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Lehrpläne der Mittelschulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht (BGBI II 185/2012 idF BGBI II 280/2024). Aktuelle Fassung online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/639-lehrplan-3/download.html?Itemid=0>> (15.08.2025).

²²⁸ Bundesministerium für Bildung (Hg.), Pädagogik-Paket, Bildungs- und Berufsorientierungstool (BBO-Tool), online unter: <www.paedagogikpaket.at/massnahmen/bbo-tool.html> (15.08.2025).

reits einige Jahre in Schulen in der Steiermark eingesetzt wurde.²²⁹ Abbildung 30 auf der nächsten Seite zeigt den Fragebogen.

Zunächst soll im Verlauf der geplanten Unterrichtseinheit der historische Fragebogen gemeinsam mit den Schüler*innen besprochen werden, sodass mögliche Missverständnisse aus sprachlicher Sicht aufgrund der veralteten Formulierungen bereits im Vorfeld ausgeräumt werden können. Dabei ist beispielsweise darauf zu achten, dass „Studium“ hier nicht im Sinne eines Studiums an einer tertiären Bildungseinrichtung zu verstehen ist, sondern als Beschäftigung mit einem bestimmten Gegenstand. Auch ist die Unterscheidung zwischen der „Lebenslage innerlich und äußerlich“ bzw. der „inneren und äußeren Gründe“ zu bearbeiten, bei der die eigenen Interessen bzw. die Einflüsse von außen wie zum Beispiel Wünsche der Eltern zu beachten sind.

In der Folge sollen im Sinne der Historischen Fragekompetenz durch die Schüler*innen Fragen an den Fragebogen als Quelle gestellt werden. Ein Ansatz dafür wäre, eine Auseinandersetzung mit der Lebensrealität von Schüler*innen zur damaligen Zeit zu führen, indem allfällige „Lieblingsbeschäftigungen außerhalb des Schullebens“ mit den zu dieser Zeit zur Verfügung stehenden Möglichkeiten herausgearbeitet werden. Ebenso kann auf die „Lebenslage mit 40 Jahren“ der Personen, die den Fragebogen ausgefüllt hatten, abgestellt werden, indem Perspektiven und Realitäten besprochen werden können. Dabei kann jeweils eine Verbindung zur heutigen Zeit und den eigenen Erwartungen der Schüler*innen hergestellt werden. Auch andere Themen sind je nach Kreativität der Fragen der Schüler*innen möglich.

Im letzten Teil der Stunde füllen die Schüler*innen den Fragebogen individuell auf einem eigenen Blatt aus, um eine Reflexion der eigenen Entscheidung durchzuführen. Damit kann die Erkenntnis gewonnen werden, dass auch vor einem Jahrhundert schon Berufsorientierung bzw. Berufsberatung durchgeführt wurde, sodass die Entwicklungen in der heutigen Zeit nicht völlig neu sind.

²²⁹ Vgl. AuB 1926B, H. 1, 23-24. Artikel „Berufsberatungsarbeit für Mittelschüler“ von H.L.

Fragebogen für Mittelschüler.

Die Fragen sind auf einem besonderen Bogen zu beantworten. Es wird empfohlen, die Antwort in einem verschlossenen Briefumschlag abzugeben. Alle Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt und dienen ausschließlich dem Zwecke der Berufsberatung.

1. Welche Lehrgegenstände waren Ihnen
 - a) die liebsten,
 - b) die unliebsten,
 - c) für das Studium die leichtesten,
 - d) für das Studium die schwersten,
 - e) welchen kommt nach ihrer Meinung der höchste Wert zu,
 - f) welchen der geringste?

Angabe der Gründe.

2. Lieblingsbeschäftigungen außerhalb des Schullebens. Auch verglichen mit dem bevorzugten Gegenstande unter 1.
3. Zu welcher Art Tätigkeit glauben Sie die besten Anlagen zu haben, und worauf gründet sich diese Ihre Meinung?
4. Wie soll nach Ihren Wünschen Ihre Lebenslage innerlich und äußerlich sein, wenn Sie 40 Jahre alt sein werden?
5. Haben Sie eine ausgesprochene Neigung zu einem Beruf?
 - a) zu welchem?
 - b) weshalb?
6. Welchen Beruf werden Sie tatsächlich oder wahrscheinlich ergreifen?

Innere und äußere Gründe dieser Wahl?

Abbildung 30: Fragebogen zur Berufswahl für Mittelschüler
(Quelle: AuB 1926B, H. 1, 23/eigene Aufnahme von Alexander Stadler am 15.08.2025)

Einen Planungsraster für die entworfene Unterrichtseinheit zeigt abschließend die nachstehende Tabelle 10.

Tabelle 10: Planungsraster für Unterrichtseinheit zu historischem Berufsberatungs-Fragebogen

Zeit	Inhalt	Sozialform	Material
15‘	Austeilen des Fragebogens, Erschließung nach sprachlichen Aspekten	Plenum	Fragebogen
20‘	Fragen an den Fragebogen als Quelle stellen und diskutieren	Plenum	Fragebogen
15‘	Ausfüllen des Fragebogens auf eigenem Blatt	Einzelarbeit	Papier, Stift

6. Zusammenfassung

Diese Masterarbeit beschäftigte sich mit den Jahrgängen 1925 und 1926 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“. Folgende Hauptforschungsfrage sowie ergänzende Forschungsfragen lagen dieser Masterarbeit zugrunde:

Auf welche Weise spiegeln sich zeitgenössische facheinschlägige Debatten in den Inhalten einer wirtschaftlichen Fachzeitschrift der 1920er-Jahre im deutschsprachigen Raum wider?

Wie positioniert sich die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ in den Jahren 1925 und 1926 zu einschlägigen zeitgenössischen Tendenzen in für sie relevanten Themenfeldern?

Inwiefern beeinflusste die Lage in Österreich die Inhalte der genannten Zeitschrift?

Zur ersten Forschungsfrage, welche die Hauptforschungsfrage darstellt, ist festzuhalten, dass sich diese Debatten in der Form von Texten zu bestimmten zu dieser Zeit aktuellen Themen wiederfinden. Bereiche wie der Fachkräftemangel, die Rückführung von abgewanderten Arbeitskräften in die Landwirtschaft oder die Führung von Arbeitsnachweisen werden ebenso diskutiert wie zu dieser Zeit neue Inhalte am Beispiel des geplanten Gesetzes zur Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reich oder des aufstrebenden Feldes der Berufsberatung. Dabei wurden die Artikel von einer Vielzahl an Wissenschaftler*innen, aber in besonderem Maße von Praktiker*innen verfasst, welche ihre Erfahrungen auf diese Weise weitergeben konnten. Es zeigt sich daher, dass derartige facheinschlägige Debatten mit einem erhöhten Auftreten von Texten einhergehen, die diese abbilden und den Verlauf dieser Debatten auch nachvollziehen lassen. Der Debatte um die Bedeutung der Berufsberatung wurde so viel Bedeutung zugemessen, dass in der untersuchten Zeitschrift mit der Einrichtung einer eigenen, speziell darauf zugeschnittenen Ausgabe darauf reagiert wurde. „Arbeit und Beruf“ zeigt daher als ein Beispiel auf, wie sich facheinschlägige Debatten in einer wirtschaftlichen Fachzeitschrift widerspiegeln.

Zur zweiten Frage, welche als erste ergänzende Forschungsfrage fungiert, ist festzustellen, dass die Positionierung von „Arbeit und Beruf“ differenziert zu sehen ist. Die Zeitschrift gibt nach dem allgemeinen Eindruck zu den diversen wirtschaftlichen Themen unterschiedlichen Positionen Raum, sodass keine eindeutige inhaltliche Positionierung in Bezug auf wirtschaftliche Fragen erfolgt. Da auch neuen Ansätzen wie der Psychologie oder der Berufsberatung sowie Berufsorientierung, gerade im Hinblick auf Jugendliche und das Bildungswesen, bemerkbar Raum gegeben wird, ist die Zeitschrift aus dieser Perspektive als progressiv anzuse-

hen. Dies zeigt sich auch an den einzelnen thematischen Bereichen der Zeitschrift, die analysiert wurden. Aus einer politischen Sicht, welche mit wirtschaftlichen Debatten zwar verflochten ist, jedoch grundsätzlich nicht den Hauptfokus der Zeitschrift darstellt, konnten mehrere Texte bzw. Passagen festgestellt werden, die auf eine national-völkische Ausrichtung der Schriftleitung hinweisen. Dennoch werden Autor*innen, die in ihren Texten eine andere politische Ausrichtung durchschimmern lassen, nicht grundsätzlich aus der Zeitschrift ausgeschlossen, was auf eine zu diesem Zeitpunkt innerhalb der Wissenschaft bzw. der Praxis noch funktionierende Debatte ohne allgemein gesetzte (z.B. rassische) Vorannahmen hinweist.

Die dritte Forschungsfrage, die zugleich die zweite ergänzende Forschungsfrage ist, beschäftigt sich mit Österreich. Hierbei zeigte sich, dass mit der expliziten räumlichen Erweiterung der Zeitschrift um Österreich im Jahr 1926 eine deutliche Zunahme von Texten einherging, die Österreich zum Gegenstand hatten. Dabei waren die Verfasser*innen nun auch aus einer österreichischen Innensicht tätig, die davor in den wenigen Texten zu Österreich nicht eingenommen wurde. Die wirtschaftliche Lage in Österreich spiegelte sich auch in den Inhalten der Texte zu diesem Staat wider, indem zeitgenössisch relevante Inhalte behandelt wurden. Die Argumentation, warum die Erweiterung um Österreich erfolgte, passt mit dem Fokus auf das Deutsche wiederum in den Eindruck der potentiell national-völkischen politischen Ausrichtung der Schriftleitung.

„Arbeit und Beruf“ deckte als anerkannte Fachzeitschrift auf ihrem Gebiet eine Vielzahl an Themen ab. Deren Auftreten richtete sich auch nach der Wirtschaftslage und aktuellen Diskussionen, wie die Analyse ausgewählter Themenbereiche zeigte. Die allgemeine Betrachtung der Zeitschrift zeigte ihren dynamischen Wandel in den Jahren 1925 und 1926.

Diese Masterarbeit kann als ein Anfang gesehen werden, um mehrere weitere Forschungsfelder zu erschließen. Einerseits könnte eine noch intensivere Beschäftigung mit der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ erfolgen, indem entweder die beiden betreffenden Jahrgänge noch eingehender analysiert oder weitere Jahrgänge zur Betrachtung herangezogen werden, um ein vollständigeres Bild über den gesamten Zeitraum ihres Erscheinens zu erhalten. Darüber hinaus würde sich andererseits ein Vergleich mit anderen zeitgenössischen Zeitschriften lohnen, die im selben thematischen Umfeld angesiedelt waren. Dabei könnten auch Publikationen herangezogen werden, die eine eindeutigere politische Ausrichtung als „Arbeit und Beruf“ besaßen.

Abschließend kann diese Masterarbeit als ein Beitrag zur wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Beforschung der Zwischenkriegszeit gesehen werden, die Potential besitzt, noch weiter ausgebaut zu werden. Dieses Potential zu heben, wäre ein lohnenswertes Unterfangen.

Verzeichnisse

Abkürzungsverzeichnis

AuB	Arbeit und Beruf
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AVVO	Arbeitsvermittlungsverordnung
BBO	Unterrichtsfach „Bildungs- und Berufsorientierung“
ILO	International Labour Organisation
GPB	Unterrichtsfach „Geschichte und Politische Bildung“

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einzelhefte der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ (Quelle: Der Buchfreund Walter R. Schaden, online unter: < https://buch-schaden.at/website2021/wp-content/uploads/2021/02/80593073.jpg > [24.07.2025]).....	10
Abbildung 2: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 8 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	12
Abbildung 3: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 15 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	13
Abbildung 4: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 3 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	16
Abbildung 5: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 4 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	17
Abbildung 6: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 7 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	18
Abbildung 7: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 19 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	19
Abbildung 8: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 24 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	20
Abbildung 9: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 1 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	22
Abbildung 10: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 7 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	23
Abbildung 11: Titelblatt der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 9 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 28.07.2025)	24
Abbildung 12: Anteile der Kategorien in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung).....	43
Abbildung 13: Gliederung der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Hefte 1-13 ...	44
Abbildung 14: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 7 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)	45
Abbildung 15: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 11 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)	47

Abbildung 16: Gliederung der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Hefte 14-24	48
Abbildung 17: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 18 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)	49
Abbildung 18: Inhaltsverzeichnis von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925, Heft 22 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)	50
Abbildung 19: Anteile der Kategorien in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)	52
Abbildung 20: Erste Seite von „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A, Heft 12 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)	56
Abbildung 21: Anteile der Kategorien in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)	59
Abbildung 22: Gliederung der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B ...	60
Abbildung 23: Anzeige für einen Berufsberater in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B, Heft 1 (Quelle: Alexander Stadler/eigene Aufnahme am 10.08.2025)	63
Abbildung 24: Anteile der Staaten in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)	65
Abbildung 25: Anteile der Staaten in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)	68
Abbildung 26: Anteile der Staaten in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe B Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)	68
Abbildung 27: Anteile der Bereiche Arbeits-/Stellenvermittlung, Arbeitsnachweis, Arbeitslosigkeit/Versicherung in den Jahrgängen 1925 und 1926 von „Arbeit und Beruf“ (Quelle: eigene Berechnung und Darstellung)	74
Abbildung 28: Anzeigen in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)	87
Abbildung 29: Anzeigen in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A (Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung)	87
Abbildung 30: Fragebogen zur Berufswahl für Mittelschüler (Quelle: AuB 1926B, H. 1, 23/eigene Aufnahme von Alexander Stadler am 15.08.2025)	91
Abbildung 31: E-Mail des Unternehmens „Grüner Verlag“ betreffend eine allfällige historische Verbindung	104

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht der Artikel mit Themenschwerpunkt Österreich in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925	66
Tabelle 2: Auswahl an Artikeln mit Themenschwerpunkt Österreich in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A.....	69
Tabelle 3: Auswahl an Artikeln mit Themenschwerpunkt Arbeits- und Stellenvermittlung in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 und 1926.....	70
Tabelle 4: Auswahl an Artikeln mit Themenschwerpunkt Arbeitsnachweis in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1925 und 1926.....	71
Tabelle 5: Auswahl an Artikeln zum Thema Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit sowie Arbeitslosenversicherung in „Arbeit und Beruf“	72
Tabelle 6: Artikel zur Landwirtschaft in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A.....	75
Tabelle 7: Analyse der Bereiche Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit im Kontext der Landwirtschaft in „Arbeit und Beruf“, Jahrgang 1926, Ausgabe A	76

Tabelle 8: Artikel zum Facharbeitermangel in „Arbeit und Beruf“	81
Tabelle 9: Artikel zur Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in „Arbeit und Beruf“	85
Tabelle 10: Planungsraster für Unterrichtseinheit zu historischem Berufsberatungs-Fragebogen	92

Quellenverzeichnis

Historische Quellen

Arbeit und Beruf. Halbmonatsschrift für die Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete. Bernau b. Berlin, Jahrgang 4, 1925.

Arbeit und Beruf. Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Erwerbslosenfürsorge, der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich. Bernau b. Berlin, Jahrgang 5, Ausgabe A, 1926.

Arbeit und Beruf. Monatsschrift für Fragen der Berufsberatung und verwandter Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich. Bernau b. Berlin, Jahrgang 1, Ausgabe B, 1926.

Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (Hg.), Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch. Handbuch der deutschen Presse (50. Ausgabe, Leipzig 1923).

Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (Hg.), Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch. Handbuch der deutschen Presse (52. Ausgabe, Leipzig 1926).

Vorstand der Korporation der Berliner Buchhändler (Hg.), Adreßbuch für den Berliner Buchhandel. Dreiundfünzigster Jahrgang (Berlin 1927), online unter <https://digital.zlb.de/viewer/image/34275152_1927/66/LOG_0009/> (15.08.2025).

Rezente Quellen

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.), Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der für das Jahr 2025 Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften festgelegt werden (Fachkräfteverordnung 2025) (BGBl II 421/2024), online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2024_II_421/BGBLA_2024_II_421.pdfsig> (29.07.2025).

Pädagogische Hochschule Niederösterreich, Curriculum Hochschullehrgang Bildungs- und Berufsorientierung (13 ECTS-Anrechnungspunkte), Studienkennzahl 710 536. Version 1.1 (Baden 2024), online unter: <https://www.ph-noe.ac.at/fileadmin/lehrgaenge/710_536_Bildungs-_und_Berufsorientierung.pdf> (09.08.2025).

Stadt Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv (MA 8) (Hg.), Wien Geschichte Wiki, Kaufkraftrechner/Daten, online unter <<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Kaufkraftrechner/Daten>> (15.08.2025).

Universitätsbibliothek Leipzig, Bibliothekskatalog, Arbeit und Beruf, Schriftenreihe Arbeit und Beruf : Schriftenreihe für Fragen d. Arbeitsmarktes, d. Erwerbslosenfürsorge, d. Berufsberatung u. verwandter Gebiete, online unter <<https://katalog.ub.uni-leipzig.de/Record/0-130130885/HierarchyTree>> (26.07.2025).

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Lehrpläne der Mittelschulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht (BGBI II 185/2012 idF BGBI II 280/2024). Aktuelle Fassung online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/252-lehrplan-2/download.html?Itemid=0>> (09.08.2025).

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Lehrpläne der Mittelschulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht (BGBI II 185/2012 idF BGBI II 280/2024). Aktuelle Fassung online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/277-lehrplan-2/download.html?Itemid=0>> (04.08.2025).

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Lehrpläne der Mittelschulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht (BGBI II 185/2012 idF BGBI II 280/2024). Aktuelle Fassung online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/639-lehrplan-3/download.html?Itemid=0>> (15.08.2025).

Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Arbeit, Beruf und Arbeitslosenhilfe : das Arbeitsamt ; Fachzeitschrift für die Aufgabengebiete der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, online unter <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=010003320>> (27.07.2025).

Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Arbeit und Beruf : Fachzeitschrift für die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=010730230>> (27.07.2025).

Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Arbeit und Beruf : Monatsschrift für Fragen d. Arbeitsmarktes, d. Berufsberatung u. verwandter Gebiete, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=01267379X>> (27.07.2025).

Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Der Arbeitsmarkt : Monatsschrift d. Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=012674109>> (27.07.2025).

Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Der Arbeitsnachweis in Deutschland : Zeitschrift d. Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=012673897>> (27.07.2025).

Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek, Der Arbeitsnachweis in Westfalen : Mitteilungen d. Landesarbeitsamtes Westfalen und Lippe in Münster, online unter: <<https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=012673951>> (27.07.2025).

Literaturverzeichnis

Céline Angehrn, Arbeit am Beruf. Feminismus und Berufsberatung im 20. Jahrhundert (Basel 2019).

Herbert Arlt, Michael Ludwig (Hg.), Literatur und Arbeiterbewegung. Dokumentation einer internationalen Konferenz vom 15.–18.10.1991 an der Volkshochschule Floridsdorf in Wien (Europäische Hochschulschriften 1354, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1992).

Karl Bachinger, Österreich 1918-1945. In: Karl Bachinger, Hildegard Hemetsberger-Koller, Herbert Matis (Hg.), Grundriss der Österreichischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart (2. Auflage, Wien 1989) 40-83.

Harald Bathelt, Johannes Glückler, Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive (3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart 2012).

Peter Becker, Politisierung der Verwaltung in Zeiten der Krise: Drei Szenarien aus dem Österreich der Monarchie und Ersten Republik. In: Soziale Systeme. Zeitschrift für Soziologische Theorie 29, H. 1-2 (2024) 182-215, DOI: 10.1515/sosys-2024-0008.

Lars Bluma, Karsten Uhl (Hg.), Kontrollierte Arbeit - disziplinierte Körper?. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert (Bielefeld 2012).

Thomas Buchner, Arbeitsmärkte ordnen oder konstruieren?. Öffentliche Arbeitsnachweise in Deutschland (circa 1890 bis 1914). In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 100, H. 3 (2013) 292-310, DOI: 10.25162/vswg-2013-0009

Karin Büchter, Arbeitserfahrungen im Kontext von Produktionspolitik und Betriebserziehung — Industrialisierung, Wissenschaftliche Betriebsführung und Arbeitspädagogik der 1920er Jahre. In: Axel Bolder, Rolf Dobischat (Hg.), Eigen-Sinn und Widerstand. Kritische Beiträge zum Kompetenzentwicklungsdiskurs (Bildung und Arbeit, Wiesbaden 2009) 19-35.

Karin Büchter, Berufsschule und Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag zwischen den 1920ern und 1970er Jahren – Die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel als blinder Fleck berufsbildungswissenschaftlicher Diskussion. In: Maja Maier, Thomas Vogel (Hg.), Übergänge in eine neue Arbeitswelt?. Blinde Flecke der Debatte zum Übergangssystem Schule-Beruf (Wiesbaden 2013) 27-47.

Bundesministerium für Bildung (Hg.), Pädagogik-Paket, Bildungs- und Berufsorientierungstool (BBO-Tool), online unter: <www.paedagogikpaket.at/massnahmen/bbo-tool.html> (15.08.2025).

Felix Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (2., verbesserte Auflage, Wien/Köln/Weimar 2012).

Clinton Enoch, Dimensionen der Wissensvermittlung in Beratungsprozessen. Gesprächsanalysen der beruflichen Beratung (Wiesbaden 2011).

Gerald D. Feldman, Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 60, Göttingen 1984).

Marcel Fink, Gerlinde Titelbach, Stefan Vogtenhuber, Helmut Hofer, Gibt es in Österreich einen Fachkräftemangel?. Analyse anhand von ökonomischen Knappheitsindikatoren (Wien 2015), online unter: <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/3891/1/IHS_Fachkr%C3%A4ftemangel_Endbericht_09122015_final.pdf> (29.07.2025).

Sabine Fritz, Ulrike Friedwagner-Evers, Michaela Marterer, Kommentar zum Fachlehrplan Bildungs- und Berufsorientierung (Mittelschule/AHS-Unterstufe), online unter: <<https://www.paedagogikpaket.at/component/edocman/411-kommentar-zum-lehrplan-2/download.html?Itemid=0>> (04.08.2025).

Naoki Fukuzawa, Staatliche Arbeitslosenunterstützung in der Weimarer Republik und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung (Europäische Hochschulschriften V/1613, Frankfurt am Main 1995).

Dieter Gessner, Marktregulierende Agrarpolitik in Deutschland 1924/25 bis 1967: Entwicklung, Ziele, Alternativen und Handlungsspielräume. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93, H. 2 (2006) 131-171, DOI: 10.25162/vswg-2006-0006.

Margarete Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 82, Wien/Köln/Weimar 1992).

Karin Gugitscher, Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historisch betrachtet. Vom Fürsorgewesen über individualisierte Bildungsberatung zur lebensbegleitenden Beratung und Kompetenzvermittlung. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmagazin für Forschung, Praxis und Diskurs 29: Bildungs- und Berufsberatung in Österreich. Standortbestimmung, Reflexionsräume und Perspektiven (2016) 03-1-03-14, online unter: <<https://www.erwachsenenbildung.at/magazin/16-29/meb16-29.pdf>> (04.08.2025).

Karin Gugitscher, Birgit Schmidtke, Peter Schlägl, 100 Jahre Bildungs- und Berufsberatung in Österreich – Professionelles Beratungshandeln im Kontext historischer, handlungsstruktureller und selbstdeutungsbezogener Aspekte. In: Olaf Dörner, Anke Grotlüschen, Bernd Käplinger, Gabriele Molzberger, Jörg Dinkelaker (Hg.), Vergangene Zukünfte – neue Vergangenheiten. Geschichte und Geschichtlichkeit der Erwachsenenbildung (Schriftenreihe der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft [DGfE], Opladen/Berlin/Toronto 2020) 199-211.

Hans Guradze, Die Brotpreise und Kosten des Lebensbedarfs in Berlin im Jahre 1925. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 124, H. 1 (1926) 129-131.

Hans Guradze, Die Brotpreise und Kosten des Lebensbedarfs in Berlin im Jahre 1926. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 126, H. 1 (1927) 164-165.

Christa Hämerle, 1918 – Vom Ersten Weltkrieg zur Ersten Republik. In: Martin Scheutz, Arno Strohmeyer (Hg.), Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995) (VGS Studientexte 1, Innsbruck/Wien/Bozen 2010) 251-272.

Verena Hennings, Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik (Schriftenreihe des Arbeitskreises Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland 3, Frankfurt am Main 2008).

Werner Horn, Eignungsprüfung. Berufsberatung. Berufsfreude. Eine kritische Würdigung (München/Berlin 1930).

Ignaz Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft. Band I: Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis. Gewerbegerichte und Einigungsämter (Berlin 1902).

Stefan Jöchtl, Homeoffice wird zu Telearbeit. In: GÖD – Der Öffentliche Dienst aktuell 78, H. 7 (2024) 38-39.

Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925-1936. In: Werner Conze, Hans Raupach (Hg.), Die Staats und Wirtschaftskrise des

Deutschen Reichs 1929/33 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 8, Stuttgart 1967) 35-81.

Hermann Kellenbenz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Band II: Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (München 1981).

Gert-Holger Klevenow, Arbeit 4.0 – Folgerungen für die Berufsorientierung. In: Thomas Freiling, Ralph Conrads, Anne Müller-Osten, Jane Porath (Hg.), Zukünftige Arbeitswelten. Facetten guter Arbeit, beruflicher Qualifizierung und sozialer Sicherung (Wiesbaden 2020) 159-176.

Heike Knortz, Der Arbeitsmarkt in der frühen Weimarer Republik. Ein Beitrag zur „Vollbeschäftigungsthese“ der Inflationsforschung. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 38, H. 1 (1997) 119-134.

Heike Knortz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit. Eine Einführung in Ökonomie, Gesellschaft und Kultur der ersten deutschen Republik (Göttingen 2021).

Heike Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik (Göttingen/Oakville 2010).

Gerald Kohl, Die außerordentliche Gesetzgebung im Rahmen der Genfer Protokolle. Theorie und Praxis des „außerordentlichen Kabinettsrates“ 1922–1924. In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs. Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 8, H. 2: Normsetzung im Notstand. Außerordentliche Gesetzgebungsbefugnisse im 19. und 20. Jahrhundert (2018) 318-343.

Nikolaus Kowall, „Arbeit und Brot“ – die sozioökonomische NS-Propaganda vor 1933. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 103, H. 6 (2023) 406-412, DOI: 10.2478/wd-2023-0118.

Wolfgang R. Krabbe, Die Gründung städtischer Arbeiterschutz-Anstalten in Deutschland: Arbeitsnachweis, Arbeitslosenfürsorge, Gewerbegericht und Rechtsauskunftstelle. In: Werner Conze, Ulrich Engelhardt (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 33, Stuttgart 1981) 425-445.

Mathias Krempl, Arbeitsamt und Staatsgewalt. Arbeitsmarktbehördliche Organisation und Sachfragen im politischen Wandel. In: Mathias Krempl, Johannes Thaler, Arbeitsmarktverwaltung in Österreich 1917-1957. Bürokratie und Praxis (Wien 2015) 13-274.

Karl Kumpmann, Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Mit besonderer Rücksicht auf Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reich (Tübingen 1920).

Max Lederer, Grundriß des österreichischen Sozialrechts (Wien 1929).

Dieter G. Maier, Anfänge und Brüche der Arbeitsverwaltung bis 1952. Zugleich ein kaum bekanntes Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte. (Brühl/Rheinland 2004), online unter: <<https://core.ac.uk/download/pdf/71728319.pdf>> (02.08.2025).

Dieter G. Maier, Einleitung. In Dieter G. Maier (Hg.), Geschichte der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland. Ausgewählte Texte 1877-1952 (Schriftenreihe der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung 52, Brühl/Rheinland 2008) 1-6, online unter: <https://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2010/2067/pdf/band_52.pdf> (29.07.2025).

Alexander Mayer, „Freie Bahn dem Tüchtigen“ und „Aufstieg durch Bildung“. Soziale Mobilität als politisches Problem vom Vormärz bis zur Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 312, H. 3 (2021) 649-686.

Philipp Müller, Zeit der Unterhändler. Koordinierter Kapitalismus in Deutschland und Frankreich zwischen 1920 und 1950 (Hamburg 2019).

Sascha Münnich, Interessen und Ideen. Die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland und den USA (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 70, Frankfurt am Main 2010).

Manfred Nussbaum, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik (Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jh. bis 1945 in drei Bänden, Band 2, Berlin 1978).

Österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, Verein für Bildungswesen (Hg.), Industrielle und andere Revolutionen. Gesellschaftliche Umbrüche im 19. und 20. Jahrhundert in Österreich (Wirtschaft in der Praxis, Wien 1988).

Richard Pape, Handbuch der Fachpresse. Für Zeitschriften-Verleger, Herausgeber, Verlags- u. Schriftleiter, Anzeigenvertreter und Angestellte der gesamten Fachpresse (Berlin 1926).

Rechnungshof Österreich (Hg.), Bestandsaufnahme Fachkräftemangel. Bericht des Rechnungshofes, Reihe BUND 2024/12 (Wien 2024); online unter: <https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2024_12_Fachkraeftemangel.pdf> (24.07.2025).

Ilse Reiter-Zatloukal, „Abgeschobene“, „Notständler“, „Ausgesteuerte“. Von der „Polizeisozialpolitik“ zur Arbeitslosenfürsorge in Österreich. In: juridikum. Zeitschrift für kritik - recht - gesellschaft, H. 1: Arbeitslosigkeit (2016) 69-82, DOI: 10.33196/juridikum201601006901.

Ilse Reiter-Zatloukal, Von der Demokratie zur Diktatur. Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz in der Ersten Republik. In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs. Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 8, H. 2: Normsetzung im Notstand. Außerordentliche Gesetzgebungsbefugnisse im 19. und 20. Jahrhundert (2018) 294-317.

Susanne Rouette, Die Realitäten der Zahlen. Arbeitsmarktstatistik und Politik zu Beginn der Weimarer Republik. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 34, H. 1 (1993) 133-154.

Susanne Rouette, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg (Reihe Geschichte und Geschlechter 6, Frankfurt am Main/New York 1993).

Rundfunk Berlin-Brandenburg, rbb24, Warum am stillgelegten Bahnhof Französische Straße ein neues U-Bahn-Portal steht, 11.10.2023, online unter: <<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/10/berlin-mitte-u-bahnhof-franzoesische-strasse-portal-nord-sued.html>> (08.08.2025).

Christoph Sachße, Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871-1929 (Stuttgart 1988).

Gerald Sailmann, Der Beruf. Eine Begriffsgeschichte (Histoire 147, Bielefeld 2018).

Hans-Walter Schmuhl, Zur Geschichte der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Sozioökonomische Berichterstattung/Werkstattgespräch 2: „Regulierung des Umbruchs – Umbruch der Regulierung?“, Göttingen, 9./10. März 2006, online unter <https://forschungsnetzwerk.ams.at/dam/jcr:c27ace9f-ed08-4e9d-bf94-9fde3e158fe3/arbeitスマrktforschung_historische_perspektive_hans_walter_schmuhl.pdf> (02.08.2025).

Franz-Christian Schubert, Dirk Rohr, Renate Zwicker-Pelzer, Beratung. Grundlagen – Konzepte – Anwendungsfelder (Basiswissen Psychologie, Wiesbaden 2019).

Friedhelm Schütte, Facharbeitermangel und Berufserziehungspolitik 1933-1936. Die Ausbildungspolitik der Großindustrie und ihre Konflikte mit der Reichsregierung: Hintergründe, Maßnahmen, Ergebnisse. In: Historische Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (Hg.), Jahrbuch für Historische Bildungsforschung. Band 4 (Weinheim/München 1998) 267-295, online unter: <https://www.pedocs.de/volltexte/2018/15839/pdf/Jahrbuch_fuer_Historische_Bildungsforschung_Band_04.pdf> (29.07.2025).

Kathrin Spoerr, Recht und Revolution: Deutsche Ökonomen und ihr Einfluss auf das Recht der Weimarer Republik – eine Zeitschriftenschau 1917-1920 (Rechtshistorische Reihe 412, Frankfurt am Main 2011).

Mark Spoerer, Jochen Streb, Die Weimarer Republik in der Weltwirtschaftskrise: Geschichte oder Erfahrung?. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 15, H. 4 (2014) 291-306.

Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises Düsseldorf (Hg.), Erwerbslose Großstadtjugend. Ein Düsseldorfer Erziehungsversuch an erwerbslosen Jugendlichen (Düsseldorf 1925).

Irmgard Voß, Wertorientierungen in der bürgerlichen Mädchenziehung am Beispiel der illustrierten Mädchenzeitung „Das Kränzchen“ 1888/89-1933/34 (Studien zur Kindheits- und Jugendforschung 15, Hamburg 1997).

Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (5., aktualisierte Auflage, Köln/Weimar/Wien 2011).

Hubert Weitensfelder, Technologische Entwicklungen. In: Markus Cerman, Franz X. Eder, Peter Eigner, Andrea Komlosy, Erich Landsteiner (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000-2000 (VGS Studientexte 2, Innsbruck/Wien/Bozen 2011) 161-177.

Paul Wölbling, Der Arbeitsnachweis. Handbuch für den Gebrauch bei der Stellenvermittlung im Deutschen Reiche (Berlin 1918).

Carina Wurz, Die Herkules-Aufgabe des AMS zwischen Sparkurs und Reformdruck. In: GÖD – Der Öffentliche Dienst aktuell 79, H. 5 (2025) 22-27.

Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 88, Göttingen 2011).

Anhang 1: E-Mail-Faksimile

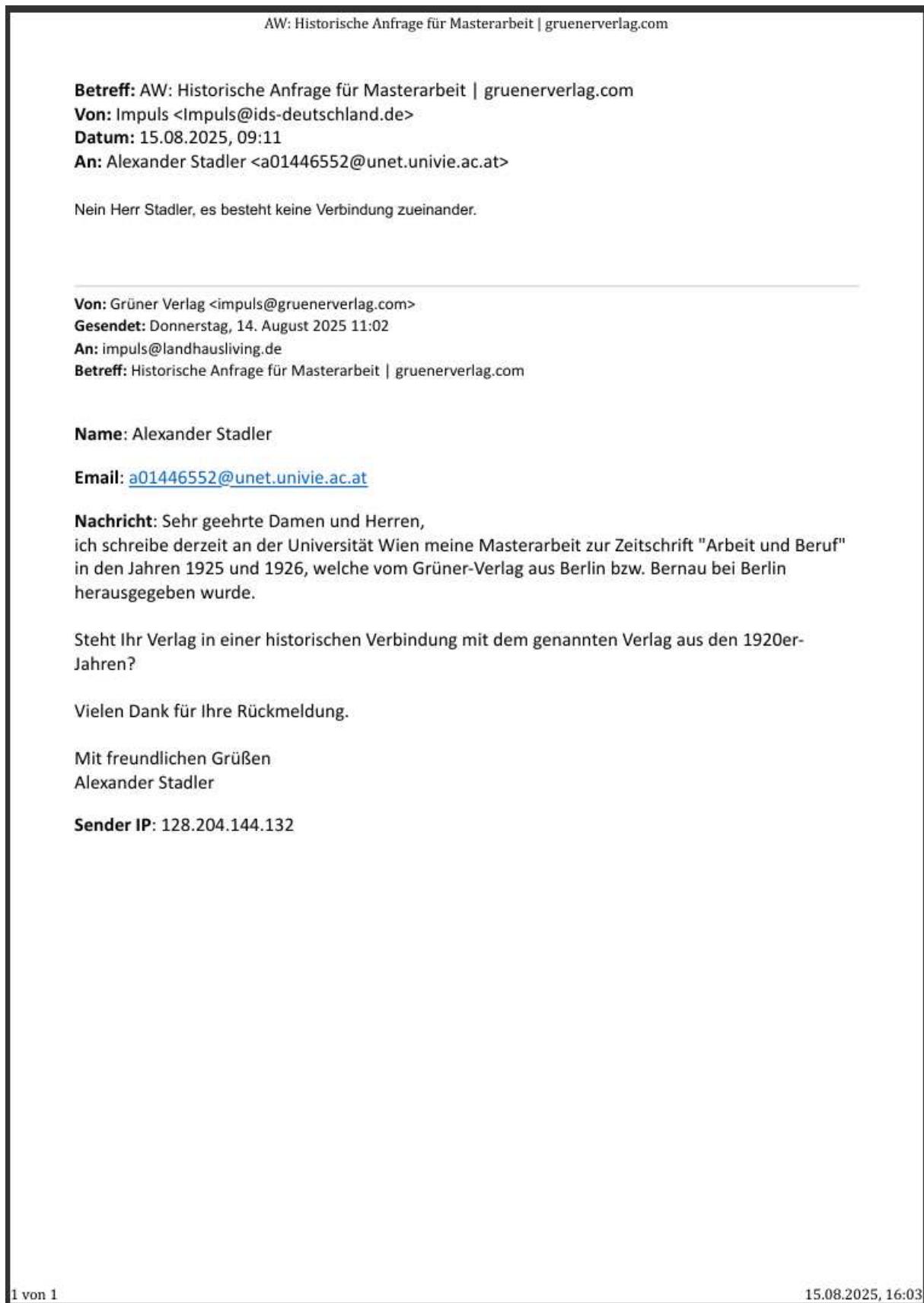


Abbildung 31: E-Mail des Unternehmens „Grüner Verlag“ betreffend eine allfällige historische Verbindung

Anhang 2: Abstract

Diese Masterarbeit befasst sich mit der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ in den Jahren 1925 und 1926. Diese spezialisierte sich im Besonderen auf die Felder Arbeitsmarkt, Erwerbslosenfürsorge und Berufsberatung. Behandelt wird die Fragestellung, auf welche Weise sich zeitgenössische fachliche Debatten in dieser widerspiegeln. Dies zeigt sich im erhöhten Auftreten von Texten zu Entwicklungen, die in der damaligen Zeit aktuell waren. Weiters wird die Positionierung der Publikation beleuchtet, wobei sich Hinweise auf eine national-völkische Ausrichtung finden lassen. Darüber hinaus wird der Einfluss der wirtschaftlichen Lage in Österreich auf die Zeitschrift diskutiert, welche sich in einer räumlichen Ausdehnung der Zeitschrift und einem vermehrten Auftreten von Texten über Österreich äußert.

This master's thesis examines the journal "Arbeit und Beruf" (Work and Profession), which specialized in the fields of the labor market, unemployment benefits, and career counseling. It examines how contemporary professional debates are reflected in the journal in 1925 and 1926. This is evident in the increased number of articles on developments that were relevant at the time. Furthermore, the thesis focuses on the publication's political positioning, revealing indications of an ethno-nationalistic orientation. Additionally, the thesis discusses the influence of the economic situation in Austria on the journal, which it dealt with by expanding to Austria and featuring an increased number of articles about this country.